

**Für ein weltoffenes,
lebenswertes, sicheres und
mobiles Hamburg der Zukunft**

**Wahlprogramm
der Hamburger Freien Demokraten
zur Wahl der Bürgerschaft am 2. März 2025**

Beschlüsse des 121. Landesparteitags vom 8. September 2024
und des Landesvorstands vom 1. Oktober 2024

Vorwort

Hamburg ist eine Perle. Eine der schönsten Städte der Welt.

Aber Schönheit allein reicht nicht.

Es braucht mehr, um den Herausforderungen der Zukunft standhalten zu können.

- Mehr Zuversicht.
- Mehr Anstrengung.
- Mehr Pragmatismus.
- Mehr Sachverstand.
- Mehr Leidenschaft.

Wir Freie Demokraten glauben an Hamburg und werden unsere Stadt von allen Fesseln befreien.

- Von Bürokratie und Vorschriften, die unsere Betriebe und Unternehmen daran hindern, Wohlstand zu erwirtschaften.
- Von schlecht koordinierten Verkehrsplanungen, die Anwohner belasten und Einzelhändler und Handwerker in ihrer Existenz bedrohen.
- Von Dauerstaus, die alle nerven und Hamburg als Hafenstadt und wichtige Drehscheibe des internationalen Handels schaden.
- Von einer Wohnungsbaupolitik, die verhindert, dass neuer Wohnraum entsteht und so die Mieten hochtreibt.

Wir stehen für eine Politik, die Dinge ermöglicht und nicht verhindert.

Mit alltagstauglichen Maßnahmen werden wir Hamburg attraktiver machen.

Als modernen Wirtschaftsstandort und als Hafen- und Handelsstadt wollen wir unsere Stadt dazu befähigen, wirtschaftliches Wachstum zu erzielen und Wohlstand zu erhalten.

Wir wollen unserer Stadt durch kluge Weichenstellungen einen wirtschaftlichen Standortvorteil verschaffen und Arbeitsplätze sichern, um damit unserer Verantwortung für die Menschen gerecht werden.

Mit unserer Spitzenkandidatin Katarina Blume setzt sich eine durchsetzungsfähige Liberale mit ihrem Kandidatenteam ohne Scheu vor Kontroversen für ein weltoffenes, lebenswertes, sicheres und mobiles Hamburg ein.

Sie sagt, was ist und tut, was nötig ist.

Katarina Blume trägt Hamburg im Herzen.

Inhaltsverzeichnis

Priorität für Wachstum und Wirtschaft	4
Lebenswerte Quartiere, bezahlbarer Wohnraum, lebendige Innenstadt.....	19
Mobilität schafft Freiheit.....	28
Aufstieg durch Bildung – das liberale Versprechen.....	38
Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für unsere Stadt	49
Sicheres Hamburg	55
Handlungsfähige Justiz.....	58
Integration und Migration.....	60
Soziales Miteinander in unserer Stadt	64
Hamburg – Stadt der Wissenschaft.....	68
Kulturmetropole Hamburg	72
Zukunft der Gesundheitsversorgung	77
Sport und Bewegung.....	82
Nachhaltigkeit bei den Finanzen – Effiziente öffentliche Verwaltung	86
Stichwortverzeichnis	91

Priorität für Wachstum und Wirtschaft

Hamburg braucht eine Wirtschaftswende. Und die Hamburger Politik braucht wieder echte Wirtschaftskompetenz. Dafür stehen wir Freie Demokraten. Nur eine gut laufende Wirtschaft sorgt dafür, dass unser Zusammenleben in Wohlstand, Sicherheit und mit Zukunftsaussichten funktioniert. Wir werden die Wirtschaft von überbordender Bürokratie befreien. Wir brauchen wieder Wettbewerb und Marktwirtschaft in Hamburg, keine Verbote, Vorgaben und Gängeleien. Wir setzen auf den Standort Hamburg mit Industrie, Dienstleistungen, Handel, Handwerk und neuen Technologien. Das macht Hamburg attraktiv für Fachkräfte, die Hamburgs Betriebe brauchen.

Wachstum und Nachhaltigkeit gehören zusammen

Für Liberale ist die Soziale Marktwirtschaft auch ökologischen Zielen und der Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet. Unsere Aufgabe ist es, Nachhaltigkeit und Wohlstand miteinander in Einklang zu bringen. Nachhaltigkeit bedeutet Erneuerung, Wandel und technologieoffene Innovation. Nachhaltigkeit steht auf den drei Säulen der Ökonomie, der Ökologie und des sozialen Ausgleichs.

Wir wollen diese Ziele jedoch nicht über Verbote, sondern über marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen erreichen. Erst wirtschaftliches Wachstum macht es möglich, persönliche, gesellschaftliche und globale Herausforderungen zu bewältigen – von der Energiewende und der ökologischen Modernisierung über den demographischen Wandel bis zur Bekämpfung von Krankheiten.

Der Mittelstand ist Träger von Wohlstand und sozialer Stabilität

Die lokale und regionale Wirtschaft in einer Millionenmetropole sind in erster Linie der Mittelstand mit kleinen und mittleren Betrieben vom klassischen Handwerk über den Dienstleistungs- und Produktionsbetrieb bis hin zum kleinen Digitalunternehmer, aber auch Unternehmen mit mehreren hundert oder auch einigen tausend Mitarbeitern, bedeutenden Umsätzen und weltweitem Geschäft, die sich mit Qualität und Innovationen am Markt etabliert haben. Sie alle sind das Fundament für wirtschaftliche und soziale Stabilität und Mobilität in der Region. Hamburg muss ihnen darum die Rahmenbedingungen geben, hier gut wirtschaften zu können. Dabei geht es um wettbewerbsfähige und faire Steuern, Wissenstransfer aus der Forschung, Flächen für Betriebe und eine moderne Infrastruktur. Hamburg muss Unternehmen eine leistungsfähige Infrastruktur im analogen wie im digitalen Bereich garantieren, damit sie ihr Geschäft aufbauen und entwickeln können. Das gilt auch und gerade für die digitale Kommunikation zwischen Unternehmen und öffentlicher Verwaltung.

Belastungsmoratorium für Unternehmen und Betriebe

Das Umfeld für unsere Unternehmen ist bereits hart genug: zur europäisierten, globalisierten Konkurrenz kommen die schwierigen technologischen, geopolitischen, ökologischen Herausforderungen unseres Zeitalters. Hamburg muss also seinen

Unternehmen helfen, wo es kann. Wir fordern deshalb ein konsequentes Belastungsmoratorium für die Unternehmen in Hamburg im Hinblick auf Melde-, Informations- und Dokumentationspflichten. Unternehmen haben Besseres und Sinnvolleres zu tun, als sich mit überbordenden Regularien, Vorschriften, Auflagen und Verboten zu befassen. Der Staat und die öffentliche Verwaltung haben grundsätzlich alle Daten und Informationen, die sie für ihre Aufgaben brauchen. Diese Daten sind nur nicht ausreichend transparent und vernetzt verfügbar. Es ist aber die Pflicht der öffentlichen Verwaltung, für Transparenz und Vernetzung zu sorgen und dabei gleichzeitig den Datenschutz zu garantieren. Es ist nicht die Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern oder Unternehmen, dem Staat Daten und Informationen immer wieder neu und doppelt und dreifach zur Verfügung zu stellen. Deswegen soll es zunächst keine neuen Anforderungen und Auflagen für die Wirtschaft in Hamburg und in den Bezirken geben. Die bestehenden Regelwerke müssen darüber hinaus immer wieder auf ihren Sinn überprüft und so weit wie möglich vereinfacht werden.

Gewerbeflächenangebot verbessern

Wir streben an, Gewerbeflächen mit niedriger Wertschöpfung in Gebiete mit höherer Wertschöpfung umzuwandeln. Ein Beispiel hierfür sind die Industrie- und Gewerbegebiete in Hamm-Süd und Billbrook, die mit veralteten und teilweise leerstehenden Gebäuden sowie großen Flächen als Abstellplätze für Gebrauchtwagen problematisch sind. Ähnliche Herausforderungen finden sich auch im Hafen.

Wir schlagen vor, den Bezirken eine dauerhaft auszahlende Prämie für die Genehmigung von Gewerbeansiedlungen zu gewähren, ähnlich wie es bereits bei Baugenehmigungen im Wohnungsbau erfolgt.

Lokalen Handel unterstützen

Selbstverständlich zählt der lokale Handel zum Mittelstand. In einem ständigen Wettbewerb mit dem Online-Handel hat sich der stationäre Handel bisher erfolgreich durchgesetzt, indem er fortlaufend neue Ideen und Konzepte entwickelt und umsetzt. Um den lokalen Handel in den Stadtteilen zu stärken, streben wir an, die Möglichkeit von Sonntagsöffnungen zu erweitern, sofern dies im Interesse der Händlerinnen und Händler ist. Bei komplett digitalisierten Läden, in denen ein sogenannter Self Check-Out möglich ist, werden wir die Öffnungszeiten an Sonntagen und Feiertagen komplett freigeben, da in diesen Läden kein Personal für den laufenden Betrieb nötig ist. Die Verantwortung für die Öffnungszeiten soll bei den Bezirken liegen, da diese am nächsten am lokalen Handel mit seinen Bedürfnissen und Besonderheiten sind.

Ein Herz für das Handwerk

Wir Freie Demokraten haben ein Herz für das Handwerk. Denn das Handwerk ist das Herz der Wirtschaft, ohne Handwerk kann kein Produkt entworfen, verwirklicht oder repariert werden – kurz: ohne das Handwerk wäre unsere Stadt nicht, was sie ist. Diese einzigartige traditionelle und immer wieder moderne Art des Unternehmertums braucht den nötigen Respekt und ein freundliches und helfendes Um-

feld in Verwaltung, Recht und Politik. Denn jeder Handwerksbetrieb ist ein Einzelkämpfer ohne die Mittel und Möglichkeiten der Industrie.

Attraktiver Ausbildungsstandort

Hamburg soll weiterhin ein attraktiver Ausbildungsstandort bleiben. Dafür muss ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Ausbildungsanfänger zur Verfügung stehen. Derzeit liegt die Versorgungsquote von Auszubildenden mit Wohnheimplätzen unter 3 %. Wir streben an, diese Quote bis 2030 auf mindestens 10 % zu erhöhen.

Die aktuellen Bildungspläne sehen die Berufsorientierung als ein interdisziplinäres Querschnittsthema vor. Wir engagieren uns dafür, dass dieser Ansatz in den Schulen tatsächlich umgesetzt wird und Fachlehrkräfte entsprechend ausgebildet werden, um Fachunterricht und zeitgemäße Praxisbeispiele wirksam zu verbinden. Zudem sollen auch die bestehenden Werkstätten in den Hamburger Schulen erhalten bleiben.

Wir werden eine Strategie für Handwerker- und Gewerbehöfe umsetzen, um in der dicht besiedelten Stadt ausreichend Flächen für den handwerklichen Mittelstand zu schaffen, den Verdrängungsdruck auf die Betriebe zu verringern und die lokale Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Handwerksleistungen zu verbessern. Um dies zu erreichen, wollen wir der Förderung des Wohnungsbaus eine ähnliche Unterstützung für den Bau von Gewerbehöfen gegenüberstellen. Dazu gehört auch die verkehrsrechtliche Gleichstellung von Anwohnern und ansässigen Betrieben in Bewohnerparkgebieten zu gewährleisten und die Entmischung gewachsener Quartiere zu vermeiden.

Handwerksbetriebe können ihre Fahrten zu Baustellen und zu Kundinnen und Kunden nur schwerlich vom Auto auf andere Verkehrsmittel verlagern, da meist erhebliche Lasten (Werkzeug, Maschinen, Baustoffe und Produkte) zu transportieren sind. Daher sind diese darauf angewiesen, ihre Fahrzeuge in unmittelbarer Nähe zum Einsatzort zu parken. Wir setzen uns dafür ein, die Vielzahl unterschiedlicher Parkausnahmegenehmigungen in einer allgemeinen Parkerlaubnis (Handwerkerparkausweis) zusammenzufassen und diese unbürokratisch, also ohne Einzelfallprüfung, zu erteilen.

Fachkräfte für Hamburg begeistern und anziehen

Ein wachsendes Problem für die Wirtschaft in Hamburg und in den Bezirken ist der Fachkräftemangel. Das gilt mittlerweile in fast allen Branchen und Berufen. Deswegen fordern wir eine Strategie der internationalen Positionierung Hamburgs als Top-Standort für qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt. Der Hamburger Senat und die Bezirke haben es bis heute versäumt, hier aktiv zu werden und Hamburg im Ausland zu bewerben und attraktiv für diese Menschen zu machen. Es ist Zeit, dass Hamburg seinem Anspruch als Tor zur Welt und internationale Metropole hier gerecht wird und auch selbst aktiv in die Welt geht, um Menschen für unsere Stadt als Ort zum Leben und Arbeiten und zur Gründung und Ansiedlung von Unternehmen

zu begeistern. Wir wollen Hamburg im Ausland bekannter und attraktiver machen und die Bezirke mit ihren eigenen Besonderheiten, Stärken und Profilen einbeziehen.

Für einen national und internationale attraktiveren Standort Hamburg muss auch die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen, vorangebracht werden. Nur so entstehen neue und zukunftsfähige Unternehmen und Jobs vor Ort. Wenn sich innovative Ideen aus Forschung und Entwicklung mit unternehmerischer Erfahrung und unternehmerischem Können verbinden, entstehen die erfolgreichsten und nachhaltigsten Konzepte. Das kann und wird zu einer Gründungs-offensive für Hamburg führen, die Fachkräfte nach Hamburg lockt. Nicht durch Subventionen oder direkte Zuwendungen des Staates, sondern durch die richtigen Rahmenbedingungen für Menschen und Unternehmen.

Hamburgs Rolle und Selbstverständnis in Europa und der Welt

Europa ist für uns Liberale Teil unserer kulturellen Identität, Rückversicherung unserer Freiheit und zugleich Notwendigkeit, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Hamburg ist eine europäische Metropole und trägt damit auch europäische Verantwortung. Im globalen und europäischen Maßstab ist Hamburg die erste und wichtigste Plattform und Drehscheibe für Nord- und Mitteleuropa – als Hafen und Industriestandort, als Knotenpunkt und Zentrum für Kultur, Handel, Verkehr, Wissenschaft und Forschung, als attraktiver Handelspartner für europäische und internationale Partner. Hamburg nutzt und dient der globalen Vernetzung und Verbundenheit unserer heutigen Welt.

Neue europäische wirtschaftliche Schwerpunktsetzungen, transeuropäische Verkehrsnetze, die europäische Handelspolitik, eine funktionierende Finanzwirtschaft mit deutlich globaler Ausrichtung und weniger Regulatorik, mit mehr Wettbewerb zwischen den Finanzmärkten innerhalb und außerhalb der EU sowie schließlich die deutschen politischen Beziehungen zu den globalen Handelspartnern wie den für Hamburgs Wirtschaft wichtigen Nachbarländern – all dies betrifft unmittelbar die Interessen der Hamburger Bürger.

Besonders wichtig sind die Beziehungen zu unseren Nachbarn und engen Wirtschaftspartnern Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Polen, Tschechien und den Ländern des Baltikums. Als internationale Metropole kann Hamburg stolz auf seine Städtepartnerschaften mit neun anderen Metropolen sein. Wir setzen uns dafür ein, diese Städtepartnerschaften mit Leben zu füllen. Die strategische Städtepartnerschaft des Hamburger Senats mit Kiew zeigt, dass trotz anfänglicher Zurückhaltung die Möglichkeit besteht, neue und wertvolle internationale Beziehungen einzugehen. Diese Entwicklung ermutigt uns, den Blick weiter nach Südosteuropa zu richten und die Chancen für zukünftige Kooperationen zu ergreifen. Deswegen setzen wir uns für einen Ausbau der Städtepartnerschaften mit Südosteuropa ein und befürworten jenseits der Hafenpartnerschaft auch eine aktive Städtepartnerschaft mit Kaohsiung als größter Hafenstadt Taiwans.

Als leidenschaftliche Streiter für die Ordnung des Westens werden wir Liberale jede Hilfe ermöglichen, welche die Ukraine für ihren Sieg benötigt.

Unsere Vorschläge für Hamburgs Wirtschaft – Hamburger Cluster stärken und ausbauen

In Hamburg spielen verschiedene Wirtschaftsbereiche, sogenannte Cluster, eine entscheidende Rolle, da sie den Großteil der Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze der Stadt ausmachen. Diese Cluster umfassen die maritime Wirtschaft, Logistik, Luftfahrt, Tourismus, Life Sciences und Gesundheitswirtschaft sowie die Zukunftsinitiative „Food Cluster“, Medien- und Kreativwirtschaft und erneuerbare Energien. Um Hamburgs Wohlstand zu sichern und weiter auszubauen, müssen diese Cluster durch die Schaffung florierender Wirtschaftsräume in der Stadt und der Metropolregion weiter gestärkt werden. Als Freie Demokraten setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- Eine Überprüfung der bisherigen Cluster-Politik mit dem Ziel, die Cluster besser mit denen der Metropolregion zu vernetzen. Die OECD hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Hamburg vorhandene Synergien bislang nicht ausreichend nutzt.
- Investitionen in die Anbindung des Schienen- und Straßennetzes an europäische Infrastrukturprojekte wie den Fehmarnbelttunnel.
- Eine engere Zusammenarbeit zwischen etablierten Unternehmen, Start-ups, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten innerhalb dieser Cluster.
- Beitragsfreiheit für neu gegründete Unternehmen in den ersten zwei Jahren. Diese Start-ups sollen automatisch Mitglied des jeweils relevanten Clusters werden. Wir werden den entsprechenden Beschluss der Bürgerschaft umsetzen.
- Den Ausbau der Zusammenarbeit Hamburgs in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit den norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.
- Die Förderung einer engeren norddeutschen Zusammenarbeit, insbesondere in der Metropolregion Hamburg, durch Leuchtturmprojekte wie ein transnationales Forschungs- und Industriecenter für Künstliche Intelligenz in der Medizin und im Gesundheitswesen. Hier können bereits bestehende Kooperationen von Universitäten und Unternehmen als Basis genutzt und weiterentwickelt werden.
- Eine Hamburger Initiative zum Auf- und Ausbau von Kooperationen in Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit den Ländern Nordeuropas (Polen, baltische Staaten, Finnland, Schweden, Norwegen, Island, Dänemark, Niederlande) unter dem Leitbild einer „Digitalen Hanse“ zur Schaffung einer europäischen Innovationsregion.
- Die Weiterentwicklung Hamburgs zu einem deutschen Zentrum für Zukunftstechnologien in den Bereichen Autonome Systeme, Blockchain und Künstliche Intelligenz. Dazu muss Hamburg politische, organisatorische und finanzielle Unter-

stützung für die „Standortinitiative KI Hamburg“ bereitstellen, um diesen neuen Kompetenzbereich aufzubauen. Dies wäre eine sinnvolle Erweiterung der bestehenden Cluster-Politik und der Innovationsallianz für Hamburg, um Künstliche Intelligenz als eigenständigen Teil der Digitalisierung zu etablieren.

- Eine bessere Positionierung Hamburgs bei bundesweiten Ausschreibungen zur transnationalen Förderung von Zukunftstechnologien, unterstützt durch eigene Hamburger Mittel.
- Programme wie „Schüler im Chfessel“ regelmäßig anzubieten. Ziel ist es, Wirtschaftsthemen bereits im Schulunterricht zu verankern und auch den Schülern den Kontakt zu Unternehmern und Gründern zu ermöglichen, die diese nicht im persönlichen Umfeld kennen.

Moderne Infrastruktur bedeutet starke Wirtschaft

Sowohl der Wirtschafts- als auch der Personenverkehr benötigen eine grundlegende Sanierung, insbesondere im Schienenverkehr. Ohne eine Erweiterung der Kapazitäten in und um Hamburg sind künftige Projekte, wie der Deutschlandtakt oder die Verlagerung von mehr Gütertransporten auf die Schiene, nicht realisierbar. Für die Hafenstadt Hamburg hat die Anbindung des Hinterlands dabei besondere Priorität, denn nur durch eine leistungsfähige und widerstandsfähige Vernetzung des Hafens bleibt dieser langfristig wettbewerbsfähig.

Neben der Verkehrsinfrastruktur legen wir besonderen Wert auf den Ausbau und die Modernisierung weiterer Versorgungs- und Transportnetze, die sowohl für die Wirtschaft als auch für die Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Dazu zählt die flächendeckende Verfügbarkeit von Hochleistungsnetzen für digitale Kommunikation und Datentransfer. Dies betrifft sowohl leistungsfähige Kabelnetze als auch mobile Kapazitäten. Heute und in Zukunft gibt es keinen Bereich des Arbeitens und Lebens, der ohne verlässliche digitale Netze auskommt. Dasselbe gilt für die Versorgungsnetze von Elektrizität, Wasser und Wärme. Diese Infrastruktur, die den Grundbedarf des städtischen Lebens deckt, muss aus unserer Sicht ebenso sicher und robust gestaltet werden. Nur wenn diese Grundversorgung intakt und verlässlich bleibt – auch in Krisenzeiten – können Leben und Arbeiten in der Stadt überhaupt ermöglicht werden.

Premiahafen Hamburg – Wettbewerbsfähigkeit stärken

Der Hamburger Hafen und die damit verbundenen Branchen und Unternehmen bilden eine der treibenden Kräfte der Hamburger Wirtschaft und sind die Grundlage für Wohlstand und Sicherheit. Der Hafen ist von zentraler Bedeutung für Unternehmen in der gesamten Stadt, in allen Bezirken. Dienstleister, Handwerker, Zulieferer, Spediteure, Transportunternehmen, Maschinenbauer, Industrieunternehmen und IT-Firmen aus Hamburg erbringen vielfältige Leistungen für den Hafen und sind gleichzeitig auf dessen reibungslosen und verlässlichen Betrieb angewiesen, um ihre Geschäfte erfolgreich führen zu können. Deshalb müssen alle Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsstärke des Hamburger Hafens sichern,

zünftig umgesetzt werden.

Mit dem MSC-Deal des Senats steht das Vermächtnis der Hamburger Kaufleute, das über 835 Jahre aufgebaut wurde, auf dem Spiel. Der Hafen ist das Herzstück Hamburgs, der größte wirtschaftliche Motor und ein zentraler Teil der Identität der Stadt. Ein Ausverkauf der HHLA an MSC gefährdet den Standort und schwächt Hamburgs Position im internationalen Wettbewerb erheblich. Dass die rot-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft diesem Deal zugestimmt hat, verdeutlicht die mangelnde Wertschätzung für den Hafen seitens der Regierungsparteien. Die hohe Anzahl von Gegenstimmen und die Abwesenheit mehrerer SPD- und Grünen-Abgeordneter bei der Abstimmung zeigt, wie groß der Unmut über die inhaltliche Ausgestaltung des Deals und die fehlende Einbindung durch den Senat ist.

Im internationalen Wettbewerb verliert der Hamburger Hafen zunehmend an Boden, insbesondere gegenüber den Konkurrenten Rotterdam und Antwerpen. 2004 lag Hamburg beim Containerumschlag weltweit noch auf Platz 9, knapp hinter Rotterdam und vor Antwerpen. Heute zählt Hamburg nicht einmal mehr zu den zwanzig größten Häfen der Welt. In den vergangenen Jahren brach der Containerumschlag weiter ein, trotz einer globalen wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise. Die hafenpolitische Untätigkeit der SPD-geführten Senate wird nur durch die Vision der Grünen übertroffen, den Hamburger Containerhafen mit seinem starken Industrieschwerpunkt in einen Museumshafen mit gelegentlichem Schiffsverkehr zu verwandeln.

Der Verkauf von 49,9 % der HHLA-Anteile an MSC ist die schlechteste wirtschaftspolitische Entscheidung eines Senats in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zahlreiche Experten, die Hafenwirtschaft, viele Kaufleute, Arbeitnehmervertreter und bedeutende Reedereien betrachten diesen Deal mit großer Sorge. Dass führende SPD-Vertreter am Tag des Verkaufs sogar öffentlich gegen die Hamburger Beteiligung an Hapag-Lloyd vorgehen, zeigt die politische Orientierungslosigkeit des Senats im Umgang mit diesem entscheidenden Standortfaktor.

Der MSC-Deal enthält zahlreiche Elemente, die die Stadt Hamburg erheblich benachteiligen:

- **Unter Wert verkauft:** Für insgesamt rund 606 Millionen Euro erhält MSC nicht nur knapp die Hälfte der Anteile der HHLA, sondern auch die Hälfte der Anteile der HHLA-Bahntochter Metrans. Diese allein müsste eigentlich mit rund zwei Milliarden Euro bewertet werden. MSC erhält also vom Senat für 606 Millionen Euro nicht nur die Metrans unter Wert, sondern den Rest der HHLA umsonst dazu.
- **Zeitnaher Rückkauf nicht möglich:** Durch die aktuelle Vertragsgestaltung ist ein Rückkauf der MSC-Anteile an der HHLA nur schwer möglich. Ein solcher Rückkauf würde sich in Zukunft an einem neu zu bestimmenden Unternehmenswert orientieren, der weit höher als der aktuelle Kaufpreis liegen wird.
- **De-Facto Vetorecht für MSC:** Trotz der formalen Minderheitsbeteiligung, die 49,9% beträgt, könnte MSC bei allen wichtigen Entscheidungen der HHLA ein Veto einlegen. Vertraglich geregelt ist, dass solche Entscheidungen im Einver-

nehmen getroffen werden, was die Stadt Hamburg erheblich benachteiligt.

- **Möglicher Zugriff auf sensible Daten:** Besonders bedenklich ist, dass MSC über die Metrans und die HHLA insgesamt wertvollen Zugriff auf Daten der Konkurrenz am Hafen bekommen könnte. Die Folgen könnten verheerend sein; insbesondere der Containerverkehr vieler Konkurrenz-Reedereien könnten auf andere Häfen und andere Logistiker verlagert werden. Die LKW-Transporte bei der Metrans sind deshalb bereits um 10 % zurückgegangen.
- **Mehr Container von MSC nicht garantiert:** Es ist zwar vertraglich geregelt, dass MSC pro Jahr eine Million Container im Hamburger Hafen umschlagen wird. Allerdings sind keine angemessenen Sanktionen vereinbart, wenn diese Menge nicht erreicht wird. Somit ist die MSC-Containermenge nichts mehr als eine unverbindliche Absichtserklärung. Wie groß die Mengensteigerung überhaupt ist, ist nicht bekannt.
- **Exklusiver Zugang zum Burchardkai:** In den Nachverhandlungen zum Deal hat sich MSC einen exklusiven Zugang zum Burchardkai ausbedungen. Darüber hinaus strebt MSC auch eine privilegierte Abfertigung am Containerterminal Altenwerder an.

Die Auswirkungen des Deals zeigen sich schon heute. Insbesondere kurzfristig steuerbare Warenumschnläge wie der Hinterlandverkehr reduzieren sich; zudem haben große Reedereien wie die Hamburger Beteiligung Hapag-Lloyd gedroht, auf andere Häfen auszuweichen.

Trotz Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft ist der MSC-Deal noch nicht final abgeschlossen. Es liegen noch Beschwerden bei der EU-Kommission wegen des zu niedrigen Kaufpreises, einer fehlenden Ausschreibung und eines fehlenden Verkehrswertgutachtens für die HHLA vor. Diese Einwände müssen von der zuständigen EU-Generaldirektion sorgfältig geprüft werden. Vor allem darf der Senat vor Abschluss aller Verfahren keine Verträge mit MSC unterzeichnen, die der Stadt Hamburg ein zusätzliches wirtschaftliches Risiko aufbürden, falls eines der Verfahren erfolgreich den Verkauf der HHLA-Anteile an MSC verhindert.

Noch ist es nicht zu spät, diesen schlechten Deal zu stoppen.

Wir Freie Demokraten fordern Senat und Bürgerschaft auf:

- eine Volksbefragung („Bürgerschaftsreferendum“) zu dem Verkauf von HHLA-Anteilen einzuleiten, um bei einem solchen einschneidenden Deal die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs angemessen zu berücksichtigen,
- die Verträge mit MSC nicht abschließend zu unterzeichnen, bevor nicht alle vorliegenden Einwände und Prüfverfahren abgearbeitet und beschieden sind,
- weitere Verhandlungsgegenstände weitestmöglich transparent zu machen, damit eine Kontrolle durch die Bürgerschaft und die Öffentlichkeit möglich wird und vor Verkauf an MSC eine Rückkaufoption zum vereinbarten Kaufpreis plus marktüblicher Zinsen zu verhandeln.

Als Freie Demokraten setzen wir uns weiter ein:

- Für eine norddeutsche Perspektive bei der Hafenentwicklung und beim Betrieb von Hafenterminals,
- für den privatwirtschaftlichen Betrieb von einzelnen Hafenterminals mit einem gesunden Wettbewerb in Form von Dedicated Terminals, die mit unterschiedlichen Reedereien und Allianzen geschlossen werden,
- für Effizienzmaßnahmen und Kostensenkungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der HHLA.
- Für eine Regelung auf EU-Ebene, die der EU-Kommission das Recht einräumt, initiativ zu werden, wenn Unternehmen in der EU zu relevanten Anteilen an Unternehmen aus EFTA-Staaten veräußert werden, bei denen die Eigentümerstruktur nicht offengelegt wird – wie dies im Falle des „MSC-Deals“ der Fall ist.

Wir sehen den Hamburger Hafen künftig als einen „Premiumhafen“. Das bedeutet, dass die Abwicklung hier schnell und direkt erfolgt, dass alle Termine verlässlich eingehalten werden, dass der Hamburger Hafen bei allen Services für seine Kunden Weltspitze ist, dass er ein internationales Vorbild beim Einsatz moderner und digitaler Technologien in der Hafenwirtschaft und Hafenlogistik wird, dass seine Flexibilität und Kundenorientierung ebenfalls zur besten im globalen Vergleich gehört.

Die zuletzt stark gestiegenen Wartezeiten für Spediteure im Hafen wollen wir mit einem Sofortprogramm drastisch reduzieren. Eine bessere digitale Steuerung der Prozesse soll zum Einsatz kommen und bürokratische Vorschriften sind abzubauen. Der Hamburger Hafen steht als Binnenhafen an einem Fluss im Wettbewerb um Masse und Mengen mit anderen Tiefwasser-Häfen in Europa. Neben der Quantität ist immer auch die Qualität entscheidend. Der Hamburger Hafen kann und muss deshalb weltbeste Qualität für seine Kunden bieten und sich damit als ein internationaler Knotenpunkt auch für die Zukunft etablieren.

Infrastrukturinvestitionen und Ausbau der Hafenanbindung

Zu einem funktionierenden Hafen in der Metropolregion Hamburg gehört eine leistungsstarke und moderne Verkehrsinfrastruktur auf Straße und Schiene. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf. So fehlt nach wie vor der längst überfällige zweigleisige Ausbau des Schienennetzes zwischen Hamburg und Hannover, um mehr Container abseits des Straßennetzes transportieren zu können. Ebenfalls ist das Schienennetz zwischen dem bald fertiggestellten Fehmarnbelttunnel und Hamburg aus den gleichen Gründen zu erweitern. Die skandinavischen Länder als wichtiger Partner der Handelsbeziehungen werden hierdurch effizienter an Norddeutschland und Europa angebunden.

Ein erheblicher Teil der Güter und Container im Großraum der Freien und Hansestadt Hamburg wird nach wie vor über Straßen, Autobahnen und Brücken transportiert. Die bisher dafür vorgesehene Planungs- und Fertigstellungszeiträume sind insbesondere für den Wirtschaftsverkehr nicht akzeptabel. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Zeiträume deutlich verkürzt werden. Die erforderlichen Planungen

und Planfeststellungen sind mit Nachdruck aufzunehmen und die entsprechenden Baumaßnahmen umzusetzen.

Hamburg soll Drehkreuz für die europäische Wasserstoffwirtschaft werden. Hierfür muss der Anschluss an das europäische Wasserstoffnetz zügig erfolgen. Dabei soll auch eine ortsnahe Abwicklung des wasserseitigen Wasserstoffimports und eine eigene Wasserstoffproduktion angestrebt werden. Um den Hamburger Hafen zukunftsfähig zu gestalten, ist eine Industrieperspektive von entscheidender Bedeutung, die innovative Produkte und Produktionsverfahren an den Standort bindet, um die Wertschöpfung in Hamburg zu steigern und die Ladung zu erhöhen. Daher streben wir die Schaffung entsprechender Flächen im mittleren Freihafen (Steinwerder Süd) an, um beispielsweise die Produktion von Hochleistungsbatterien oder Brennstoffzellen für mobile und stationäre Anwendungen nach Hamburg zu holen.

Moderner Flughafen für eine moderne Metropole

Der Hamburger Flughafen liegt in einer zentralen Position, was bedeutende Chancen birgt. Diese unmittelbare Anbindung an die Stadt steigert deren Attraktivität, insbesondere als Ziel für Touristen. Es ist jedoch wichtig, kontinuierlich daran zu arbeiten, die Belastung der Anwohner, insbesondere nachts, so gering wie möglich zu halten. In der Metropolregion Hamburg ist eines der größten Luftfahrt-Cluster der Welt angesiedelt, was die Bedeutung der Luftfahrtbranche für den Wirtschaftsstandort Hamburg unterstreicht. Über 40.000 Mitarbeiter und etwa 300 Unternehmen tragen hier zu einer erheblichen Bruttowertschöpfung bei. Wir unterstützen die Bestrebungen des Flughafens, klimaneutral zu werden und fördern sinnvolle Forschungsprojekte für alternative Antriebe und umweltfreundliche Technologien. Unser Ziel ist es, den Hamburger Flughafen und die Spitzenakteure im Cluster zu Vorreitern für die Mobilität der Zukunft zu machen.

Energiepolitische Weichenstellungen

Wir Freie Demokraten streben in der Energiepolitik Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen an. Wir befürworten einen vielfältigen Energiemix und stehen neuen Technologien offen gegenüber. Wir werden die Abkehr von der Nutzung fossiler Brennstoffe zu möglichst günstigen Preisen vorantreiben und setzen uns deshalb für eine Überführung der Erneuerbaren in einen marktwirtschaftlichen Rahmen ein. Die EEG-Förderung muss deshalb enden. Die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ist ein europäisches Vorhaben, zu dem Hamburg einen wichtigen Beitrag leisten kann. Dazu ist es erforderlich, den Energiebinnenmarkt zu liberalisieren und den transeuropäischen Netzausbau voranzutreiben. Strom sollte dort erzeugt werden, wo die Kosten am niedrigsten sind, wobei der Ausbau intelligenter Stromnetze von großer Bedeutung ist. Damit verbunden muss Hamburg das Prinzip der sogenannten „Smart Grids“ für sich umsetzen. Solche intelligenten Netze verteilen und speichern Energie in Stadtteilen und Quartieren so, dass viel Speicherpotenzial genutzt und wenig Energie verschwendet wird. Auch das funktioniert als eine „smarte“ Lösung auf Basis bereits vorhandener Daten. Als „Smart City“ muss Hamburg in der Lage

sein, diese verschiedenen Daten und das Wissen darin zusammenzuführen und zu nutzen.

Es ist wichtig, Forschung, Entwicklung und Anwendung von Technologien für eine umweltfreundliche Energieerzeugung und -speicherung technologieoffen zu fördern. Anschubfinanzierungen für vielversprechende Technologien können dabei hilfreich sein. Wir sind jedoch gegen dauerhafte Subventionen und überhöhte Preise durch gesetzlich festgelegte Abnahmegarantien.

Rot-Grün lässt Hamburgs Energieversorgung weit hinter ihren Möglichkeiten zurück: Die Nichtansiedlung einer Floating Storage and Regasification Unit (FSRU) war ein schwerer Fehler, der die energiepolitischen Rahmenbedingungen am Standort Hamburg verschlechtert hat. Wie bei dieser ausgebliebenen Ansiedlung nutzt Hamburg die bereits heute vorhandenen Potenziale der Wasserstoffwirtschaft nicht aus. Tankstellen wurden wieder geschlossen, der Pilotbetrieb bei der Hochbahn eingestellt. Private Akteure ziehen sich aus komplexen und bürokratischen Prozessen wieder zurück, Ansiedlungsentscheidungen für Terminals werden zu wenig unterstützt. Dabei hat Hamburg mit der zentralen Plattform für Wasserstoffhandel beste Chancen und mit der sehr frühen Anbindung an das Wasserstoffkernnetz eine gute Basis, um Hamburg neben der Windhauptstadt auch zur Wasserstoffhauptstadt zu machen – dafür werden wir sorgen.

Das Heizkraftwerk Tiefstack wollen wir so schnell wie möglich auf Gas umrüsten, um CO₂-Emissionen einzusparen und auch Biogas oder Wasserstoff für die Strom- und Fernwärmeproduktion mitnutzen zu können.

Wir unterstützen die Einspeisung industrieller Abwärme in das Fernwärmenetz und sorgen für eine angemessene Vergütung der beteiligten Unternehmen. Die energieintensiven Grundstoffindustrien, wie Eisen und Stahl, Kupfer, Aluminium und Chemie, bilden das Fundament vieler Wertschöpfungsketten. Aufgrund der hohen CO₂-Emissionskosten in Deutschland entsteht eine Wettbewerbsverzerrung, die für diese Branchen eine unverhältnismäßig hohe Belastung bedeutet. Eine uneingeschränkte Anwendung der Regularien würde das Ende der Grundstoffindustrie in Deutschland bedeuten. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die energieintensive Industrie in den CO₂-Zertifikatehandel einzubeziehen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Nur so können in Hamburg weiterhin zahlreiche Arbeitsplätze und Wertschöpfung erhalten und ausgebaut werden.

Beste Rahmenbedingungen für Zukunftsbranchen

Hamburgs künftige Stärke und große Potenziale liegen nach unserer Überzeugung ganz besonders in den folgenden Bereichen:

- im globalen Handel mit Hamburg als Umschlagplatz und Drehscheibe für Waren und Güter aus aller Welt und für die Welt. Damit verbunden die maritime Wirtschaft von Reedereien über verschiedene Dienstleister, die maritime Sicherheit bis hin zur Hafen- und Transportlogistik
- im Maschinenbau in großen und kleinen Unternehmen

- in der Luft- und Raumfahrtindustrie
- in der etablierten Kreativwirtschaft: Die Kultur- und Kreativwirtschaft muss im exzellenten Arbeitsmarkt Hamburgs einen Standortvorteil erkennen. Hamburg verfügt über eine Vielzahl von privaten und staatlichen Hochschulen im Bereich Kunst, Mode, Design und Kommunikations-Design.
- in der Gesundheitswirtschaft: Hamburg ist Gesundheitsmetropole mit einem breiten Angebot an medizinischen Dienstleistungen, das sowohl von den Hamburgerinnen und Hamburgern, aber auch aus den umliegenden Bundesländern genutzt wird.
- in der Förderung von Hochschulen und privaten Ausbildungsstätten, um sich dem Fachkräftemangel in Agenturen und Medienunternehmen entgegenzustellen. Es ist Aufgabe der Hochschulen, ein Konzept zu entwickeln, das alle Angebote bündelt, Studenten Orientierung bietet, gemeinsame Potenziale ausschöpft und Leuchtturmprojekte ermöglicht.
- in der Tourismuswirtschaft mit ihren vielen Facetten, die Arbeitsplätze in allen Einkommensgruppen schafft und sichert, sowie zum internationalen Renommee der Hansestadt beiträgt.
- im neu entstandenen und stark wachsenden Bereich der erneuerbaren Energien von Windkraft bis Wasserstoff.

Es gilt, diese Branchen besonders zu fördern und ihnen die besten Rahmenbedingungen zu bieten, dabei aber darauf zu achten, dass für Hamburg als Stadt und Standort keine einseitige Abhängigkeit von einzelnen (übergroßen) Branchen entsteht. Es ist auch notwendig, die Potenziale der Kooperation und Vernetzung insbesondere in der Metropolregion Hamburg einzubeziehen und den Kreis auf den gesamten Nord- und Ostseeraum zu erweitern. Hamburg muss mit einer eigenen Wirtschaftsdiplomatie aktiv den europäischen Binnenmarkt, den europäischen Freihandel und die Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Zentren in Nordeuropa nutzen.

Digitalpolitik und Vernetzung

Die Digitalisierung ist der zentrale Treiber des Produktivitätswachstums, verstärkt durch die neue Rolle von KI. Hamburg soll deshalb zur führenden Instanz für Digitalpolitik avancieren. Zahlreiche junge und dynamische Unternehmen sowie Unternehmer prägen das Bild mit ihren Ideen, Visionen und vielversprechenden Geschäftsmodellen. Doch die Rahmenbedingungen bedürfen einer Verbesserung.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in Hamburg zu, wo zahlreiche neue Ideen, innovative Lösungen und marktfähige Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle entstehen. Wir werden Unternehmen dabei unterstützen, dieses Potenzial zu erschließen. Deutschland und Hamburg haben zwar grundlegend keine Schwierigkeiten bei Forschung, Entwicklung und Innovation, jedoch oft in der Umsetzung von Produkten und Geschäftsmodellen. Durch engere Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft wollen

wir dieses Hindernis überwinden.

Wir setzen uns dafür ein, dass neu gegründete Unternehmen unabhängig von ihrem Umsatz im ersten Jahr die Wahl zwischen Ist- und Soll-Besteuerung haben, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Wir streben nach einer Erweiterung der niedrigschwelligen Angebote an Hochschulen und Forschungsinstituten in Hamburg, um Raum für Projekte und Geschäftsideen in der Findungs- und Gründungsphase zu schaffen. Unser Ziel ist es, ein breites Angebot an Studenten und Beschäftigten der Institute anzubieten, die wissenschaftliche Ideen in die Praxis umsetzen möchten, ohne ihre Hochschule verlassen zu müssen.

Chancen der Künstlichen Intelligenz

Künstliche Intelligenz verändert unseren Alltag, unsere Wirtschaft und unsere Arbeitswelt so grundlegend wie einst das Aufkommen des Internets. Künstliche Intelligenz ist nicht nur ein Programm, sondern eine umfassende Technologie, die in allen Bereichen und Branchen eingesetzt wird und werden kann. Wir stehen vor einer Revolution in der Arbeitswelt und der Wirtschaft, die mit großen Umbrüchen und Herausforderungen verbunden ist. Doch jede Veränderung und jede Herausforderung birgt auch enorme Chancen. Jetzt gilt es, diese Chancen zu ergreifen.

Hamburg ist bestens aufgestellt, um von diesen Entwicklungen zu profitieren. In den letzten Jahren hat sich durch private Initiativen ein umfangreiches Netzwerk gebildet, das die Grundlage für zukünftigen Erfolg schaffen kann. Es ist daher eine politische und wirtschaftliche Aufgabe, dieses Netzwerk konsequent zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Mit verschiedenen Universitäten, Hochschulen, Instituten, etablierten Unternehmen sowie Start-ups und Initiativen wie ARIC und AI Hamburg verfügt unsere Stadt über eine Struktur, die sich mit anderen digitalen und KI-Metropolen messen kann.

Wichtig ist auch, die Menschen in Hamburg auf das neue KI-Zeitalter vorzubereiten. Viele, die heute im Arbeitsleben stehen oder gerade starten, haben in Schule, Ausbildung oder Studium kaum etwas über Künstliche Intelligenz gelernt. Da sie jedoch unvermeidlich mit KI in Berührung kommen werden, müssen sie in der Lage sein, sie zu verstehen und effektiv zu nutzen. Unser Vorschlag lautet daher: Alle über 40-Jährigen in Hamburg, die dies möchten und können, sollen Zugang zu finanzierten KI-Fortbildungen erhalten. Städte wie Singapur gehen diesen Weg bereits, und Hamburg sollte diesem Vorbild folgen. Denn unser wichtigstes Kapital als Stadtstaat ist das Wissen unserer Bürgerinnen und Bürger.

Hamburg braucht ein Zentrum für Blockchain-Anwendungen

Hamburg hat sich bereits als bedeutendes Zentrum für Blockchain-Technologie in Deutschland und Europa etabliert. In den letzten Jahren haben Forscher, Gründer und Unternehmen aus verschiedenen Branchen zahlreiche Lösungen und bewährte Anwendungen auf Basis der Blockchain entwickelt und implementiert. Obwohl die vollständigen Möglichkeiten dieser neuen Technologie noch nicht absehbar sind, ist klar, dass Blockchain Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifend verändern wird. Das

birgt enorme Chancen für Wohlstand, Fortschritt, Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit, die Hamburg nutzen sollte.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten die Entwicklung einer umfassenden Strategie und Plattform in Zusammenarbeit mit Behörden, Kammern, Verbänden sowie Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft. Diese sollen es Forschern, Gründern und Unternehmen ermöglichen, effizient zusammenzuarbeiten und Blockchain-Projekte voranzutreiben. Geplant ist die Einrichtung eines Hamburger Blockchain-Zentrums oder -Hubs sowie die Ausschreibung von Gründerstipendien im Bereich Blockchain. Eine spezielle Koordinierungsstelle soll für ein aktives Plattformmanagement eingerichtet werden, die sowohl technisch als auch personell ausreichend ausgestattet ist.

Öffentliche Institutionen in Hamburg sollen eine führende Rolle bei Pilotprojekten und der Erprobung von Blockchain-Anwendungen übernehmen und geeignete Experimentierfelder schaffen. Der Staat und die Verwaltung verfügen über große Mengen relevanter Daten, deren Potenzial ohne Einschränkung der Persönlichkeitsrechte genutzt werden kann. Blockchain-Technologien, mit ihrer Kombination aus Datensicherheit und Anonymität, sind hierfür besonders geeignet. Die Pilotprojekte sollen sich vor allem auf die Bereiche Energie, Logistik, Kommunikation und Nachhaltigkeit konzentrieren, um die bereits aufgebaute Expertise und starke Position Hamburgs weiter zu festigen.

Tourismus und Gastronomie als internationales Aushängeschild Hamburgs

Reisen, Begegnungen und Austausch fördern das gegenseitige Verständnis über kleine und größere kulturelle Unterschiede hinweg. Deswegen setzen wir uns dafür ein, Hamburg als internationales Reiseziel weiter zu stärken und global markanter zu positionieren.

Der Tourismus in Hamburg generiert jährlich 7,4 Milliarden Euro, was 6 % der Bruttowertschöpfung entspricht, und schafft über 100.000 sichere Arbeitsplätze vor Ort. Er zählt zu den führenden und dynamischen Wirtschaftszweigen der Stadt. Seine Wirtschaftskraft erstreckt sich auf Gastronomie, Einzelhandel, Kultur, Sport- und Eventmanagement sowie Verkehrsträger. Der Tourismus ist entscheidend für die Vielfalt und Attraktivität dieser Sektoren, insbesondere für die Musical-Szene, die stark von touristischen Besuchern abhängig ist.

Wir unterstützen die Beibehaltung und den Ausbau touristischer Großveranstaltungen in unserer Stadt, da sie nicht nur im Stadtzentrum, sondern auch in verschiedenen Bezirken stattfinden. Die vielfältige Gastronomie spielt eine herausragende Rolle für den Tourismus sowie für das Lebensgefühl und die Lebensqualität in Hamburg. Wir setzen uns als Freie Demokraten für mehr Freiräume, Innovation und Experimente in der Gastronomie und Außengastronomie ein, was den gastronomischen Betrieben zugutekommt und die Vielfalt und Abwechslung für die Kunden erhöht.

Tourismus soll durch die Bürger akzeptiert und unterstützt werden. Die Stadtteile mit ihren einzigartigen Attraktionen sollten daher in das Tourismusmarketing einbezogen und Großveranstaltungen zeitlich und räumlich entzerrt werden, soweit dies möglich ist und keine festen Traditionen entgegenstehen. Wir setzen uns dafür ein, die zunehmenden bürokratischen Anforderungen zu begrenzen und insbesondere Kleinunternehmen von übermäßigem Dokumentationsaufwand zu entlasten. Restriktionen und Vorschriften für die Nutzung von Außenflächen durch die Gastronomie sollen überprüft und übermäßige Regulierungen beseitigt werden. Insbesondere kommt es uns hierbei darauf an, einheitliche Regularien bezirksübergreifend zu schaffen. Es sollten die gleichen Vorgaben hinsichtlich der Öffnungszeiten der Außenrestaurants gelten.

Hamburg braucht eine internationale Tourismus-Strategie. Bisher kommen nur rund 20 % der Besucher aus dem Ausland. Durch eine stärker international ausgerichtete Tourismus-Vermarktung wollen wir die Zahl internationaler Gäste in der Stadt deutlich steigern.

Anzahl öffentlicher Unternehmen reduzieren

Wir Freie Demokraten vertreten den Standpunkt, dass öffentliche Unternehmen nur dann Aufgaben übernehmen sollten, wenn private Unternehmen aufgrund von Marktversagen nicht zu besseren Ergebnissen gelangen. Die Ausweitung städtischer Beteiligungen an rund 300 Unternehmen und Immobilien trägt das Gesicht einer Staatswirtschaft und ist nicht vertretbar.

Die ausgedehnte unternehmerische Tätigkeit der Stadt Hamburg birgt nicht nur finanzielle Risiken, sondern stellt auch eine Abkehr von den Grundprinzipien öffentlicher Haushaltsführung und der Marktwirtschaft dar, die ein wesentlicher Bestandteil unseres wirtschaftlichen Erfolgs ist. Deshalb fordern wir eine umfassende Überprüfung aller städtischen und staatlichen Beteiligungen hinsichtlich ihrer Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit. Nur Unternehmen, die zur sozialen Daseinsvorsorge erforderlich oder zur Sicherstellung gesetzlicher Aufgaben des Landes Hamburg notwendig sind, sollen weiterhin in städtischem Eigentum bleiben. Dies gilt auch für städtische Beteiligungen an Unternehmen wie Hapag-Lloyd.

Die Gründung von Stadtwerken lehnen wir ab, da sie für die Daseinsvorsorge in unserer Stadt nicht erforderlich sind.

Regionale Landwirtschaft zur Nahversorgung und als Kulturlandschaftspflege erhalten

Um die Versorgung der Metropole Hamburg mit frischen und gesunden Produkten zu garantieren, sind der Anbau von Gemüse, Obst und Blumen in der unmittelbaren Region und kurze Lieferwege und -zeiten wesentliche Voraussetzungen. Hamburg muss deshalb und aus Klimaschutzgründen bei allem Flächenkonkurrenzen die wirtschaftlichen Flächen der Agrarbetriebe im direkten Umfeld erhalten.

Die durch vielfältige laufende und beabsichtigte Eingriffe in die Natur bedingten Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht nur zu Lasten der Landwirtschaft in Hamburg

realisiert werden. Um langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten, befürworten wir die Einrichtung eines „Ausgleichsflächenkatasters“. Dieses soll Potenzialflächen für Ausgleichsmaßnahmen auflisten und die Naturschutzziele definieren. Die Effektivität von erfolgten Ausgleichsmaßnahmen ist regelmäßig zu überprüfen, um sicherzustellen, dass die ursprünglichen Ziele erreicht werden. Zudem soll die Stadt Hamburg aufgrund begrenzter Flächen im eigenen Gebiet verstärkt Ausgleichsflächen in der Metropolregion erwerben und strategisch vorhalten. Darüber hinaus stehen wir auch sogenannten „Urban-Gardening“ und „Stadt-Farm“-Konzepten wohlwollend gegenüber.

Lebenswerte Quartiere, bezahlbarer Wohnraum, lebendige Innenstadt

Hamburg ist eine lebendige und vielfältige Metropole mit hoher Lebensqualität, in der wir alle gerne leben. Doch diese Attraktivität bringt auch Herausforderungen mit sich: Immer mehr Menschen wollen in Hamburg wohnen, und die Nachfrage nach Wohnraum übersteigt das Angebot. Das führt dazu, dass die Mieten steigen und es zunehmend schwieriger wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Ein zentrales Ziel für uns in den nächsten fünf Jahren ist es daher, den Bau neuer Wohnungen voranzutreiben und damit die Mieten zu stabilisieren. Unsere Vision ist eine Stadt, in der jeder Mensch unabhängig von seinem Einkommen ein Zuhause finden kann.

Mit einem "Wohnungsbauturbo" werden wir den Neubau durch innovative, nachhaltige und kostengünstige Bauweisen beschleunigen. Unsere liberale Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik berücksichtigt die unterschiedlichen Facetten der Stadtteile, respektiert gewachsene, lebendige Strukturen und öffnet sich neuen städtebaulichen Möglichkeiten.

Wir planen für alle Stadtviertel die notwendigen sozialen Einrichtungen, Versorgungszentren für alltägliche Bedürfnisse wie Apotheken und Zeitungskioske, sowie Freizeiteinrichtungen, Grün- und Sportflächen.

Als internationale Metropole zieht Hamburg Besucher aus der Metropolregion und der ganzen Welt an. Unsere Stadt benötigt nicht nur lebenswerte Wohnquartiere, sondern auch eine lebendige Innenstadt. Deshalb haben wir ein Innenstadtkonzept entwickelt, das einen Maßnahmenkatalog umfasst, um die Innenstadt in den nächsten fünf Jahren wieder zu einem pulsierenden Zentrum des Lebens in unserer Stadt zu machen.

Mehr Wohnraum schaffen

Wenn die Anzahl der Wohnungssuchenden die Zahl der verfügbaren Wohnungen bei Weitem übersteigt, gibt es nur eine Lösung gegen steigende Mieten und fehlenden Wohnraum: Mehr Wohnungen bauen. Jede Wohnung, die heute nicht errichtet wird, fehlt morgen auf dem Markt und verschärft die sozialen Spannungen.

Das gilt sowohl für den öffentlich geförderten Wohnungsbau als auch für freifinanzierte Miet- und Eigentumswohnungen. Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum betrifft mittlerweile nahezu alle Menschen in dieser Stadt: Familien, Alleinstehende, Studierende, Senioren und junge Berufstätige. Fehlender Wohnraum gefährdet zudem unsere Wirtschaftskraft und Versorgungssicherheit, da Arbeitskräfte die Stadt verlassen oder dringend benötigte internationale Fachkräfte erst gar nicht nach Hamburg kommen, weil sie keine Wohnung finden.

Wir betrachten dieses Problem als eine der zentralen Herausforderungen. Die Freien Demokraten schlagen einen umfassenden Maßnahmenkatalog vor, mit dem wir in den nächsten fünf Jahren aktiv gegen diese Herausforderung vorgehen werden. Unser Ziel ist es, Hamburg als Stadt zu erhalten, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen ein Zuhause finden können.

Das fordern wir konkret:

Aufhebung des Beschlusses, städtische Flächen ausschließlich im Erbbaurecht zu vergeben: Die Bodenpolitik der letzten Jahre und die grundsätzliche Entscheidung des Senats, städtische Grundstücke in Erbpacht zu vergeben behindert Baugenossenschaften und private Investoren in ihrem wirtschaftlichen Handeln. Wir Freie Demokraten fördern das Wohnen im Eigentum als Lebensentwurf und verlässliche Altersvorsorge und lehnen deshalb die ausschließliche Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbpacht ab. Wir treten dafür ein, dass städtische Flächen ohne Verfügungseinschränkungen erworben werden können. Die Fehlentscheidung, städtische Flächen nur in Erbbaurecht zu vergeben trifft besonders Wohnungsbaugenossenschaften, die qua Satzung keine Bodenspekulationen vornehmen können.

Nachverdichtung und Aufstockungen fördern: Wir wollen Flächenversiegelung vermeiden und fordern deshalb vorrangig die Mobilisierung von Flächenreserven im Innenbereich, z.B. durch Revitalisierung geeigneter langjähriger Industriebrachen und Aufstockung von Gebäuden.

Aufstockungen vereinfachen: Für Bebauungspläne mit Trauf- und Firsthöhenbeschränkung sollen niedrigschwellig Ausnahmen ermöglicht werden. Wir werden in der Baunutzungsverordnung das Instrument der Quartiersdichte ergänzen, Dachaufstockungen dauerhaft vom Maß der baulichen Nutzung befreien und prüfen, ob eine grundsätzliche Abweichung von der Geschossflächenzahl bei Gebäudeaufstockungen möglich ist.

Genehmigungsfreiheit für den Ausbau von Dachgeschossen einführen: Dadurch können zusätzliche Wohnungen geschaffen werden, ohne neue Flächen zu versiegeln.

Aktualisierung der Bebauungspläne: Viele Bebauungspläne in Hamburg stammen aus den 1950er Jahren und sind nicht mehr zeitgemäß. Wir setzen uns für eine umfassende Aktualisierung aller Flächennutzungs- und Bebauungspläne in den Bezirken ein, um eine moderne und flexible Stadtentwicklung zu ermöglichen. Bürokratie darf keine Baubremse sein.

Quartiersdichte statt Einzelgebäude: Die Ablösung der Betrachtung einzelner Gebäude hin zu einer Quartiersdichte soll im Hamburger Baurecht verankert werden. Dies erleichtert die Umwidmung bisheriger Nutzungen und ermöglicht eine bessere Nutzung vorhandener Flächen.

Rahmengenutzungen in der HBauO verankern: Um die Umnutzung von Gebäuden für den Wohnungsbau zu erleichtern, soll eine Rahmengenutzungen in der Hamburgischen Bauordnung eingeführt werden. Diese ermöglicht multifunktionale Nutzungen ohne zusätzliches Genehmigungsverfahren.

Umwandlung von Büroflächen in Wohnraum: Hamburg verfügt über viele Überhänge von Büroimmobilien besonders in B-Lagen, (z.B. City-Nord), die heutigen Anforderungen der modernen Arbeitswelt nicht mehr entsprechen und deshalb nicht vermietbar sind. Diese könnten bei planrechtlichen Erleichterungen in Wohnungen umgewandelt werden und so ergänzend für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sorgen. Wir befürworten eine entsprechende Bundesratsinitiative, um erforderliche Änderungen und Anpassungen des Baugesetzbuches (BauGB) bzw. der Baunutzungsverordnung (BNVO) herbeizuführen.

Bessere personelle Ausstattung der Bezirksamter: Um die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, sollen die Bezirksamter personell besser ausgestattet und die Bezahlung verbessert werden. Dies hilft, vakante Planstellen zu besetzen und die Bearbeitung der Bauanträge effizienter zu gestalten.

Verpflichtende Prüfung der Bauantragsunterlagen: Eine verpflichtende Prüfung der Bauantragsunterlagen auf Vollständigkeit innerhalb von vier Wochen und ein Beratungsgespräch zum Zeitpunkt der Bauantragstellung sollen sicherstellen, dass Nachforderungen während der Bearbeitungsfristen ausgeschlossen sind. Die Genehmigungsfiktionen sollen auf alle Formen von Anträgen ausgeweitet werden.

One-Stop-Shops: Wir setzen uns für unbürokratische One-Stop-Shops für Bauwillige ein, in denen alle relevanten Sachverhalte des jeweiligen Bauprojektes diskutiert und abschließend entschieden werden. Um die Kommunikation zwischen allen Beteiligten ohne Verzögerungen gewährleisten zu können und dem Antragsteller den Bearbeitungsstand jederzeit transparent aufzeigen zu können, muss die digitale Antragstellung und Bearbeitung in virtuellen Projekträumen zum neuen Standard in den Genehmigungsbehörden der Freien und Hansestadt Hamburg werden. Die derzeitige Praxis des Bauantrags 2.0 beinhaltet zu viele Medienbrüche.

Baukosten senken

Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen die Bau- und Baunebenkosten gesenkt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Unsere Vorschläge umfassen:

Bürokratieabbau und schnellere Verfahren: Erleichterung von Baugenehmigungen: Wir setzen uns dafür ein, dass Baugenehmigungen schneller und einfacher erteilt werden. Insbesondere sollen Bauwillige nicht mehr durch zusätzliche Leistungen belastet werden, die die Baukosten unnötig in die Höhe treiben.

Baurecht für alle: Wir wollen ein Baurecht für jedermann schaffen, das eine zeitnahe Baugenehmigung für alle gewährleistet, die die im Bebauungsplan gegebenen Kriterien erfüllen.

Baunebenkosten: Die Grunderwerbsteuer ist ein Hindernis zur Bildung von Wohneigentum und behindert damit die Bildung einer Alterssicherung. Wir wollen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die erste Immobilie einführen, um den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern und die Kosten zu senken. Darüber hinaus fordern wir die sofortige Aussetzung der Grunderwerbsteuer für die nächsten drei Jahre, um die Krise am Bau abzumildern und den Wohnungsbau wieder in Fahrt zu bringen. Bis zur Schaffung des notwendigen Bundesrechts wollen wir als Sofortmaßnahme die Erhöhung der Grunderwerbsteuer zurücknehmen und sie darüber hinaus auf den aktuellen gesetzlichen Mindestsatz von 3,5 % absenken. Im Rahmen einer Evaluation dieser Maßnahmen fordern wir langfristig die Prüfung einer dauerhaften Aussetzung der Grunderwerbsteuer.

Kostensenkung durch Entbürokratisierung: Durch die Einführung eines „Wohnkosten-TÜVs“ sollen alle neuen und bestehenden Gesetze auf ihre Auswirkungen auf Mieten, Nebenkosten und Baukosten geprüft werden. Dies hilft, Kostentreiber zu identifizieren und die Wohnkosten zu senken. Dies gilt auch für die unrealistischen Ziele zur Erreichung der Klimaschutzziele, durch die bis zum Jahr 2045 in Hamburg mindestens 40 Milliarden Euro investiert werden müssten, um die ca. 990.000 Bestandswohnungen klimaneutral auszustatten, was laut Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) die durchschnittliche Miete um ca. 3,50 Euro/m² erhöht. Statt einer gesetzlichen Pflicht für Solardächer bei Neubauten und Sanierungen setzen wir auf eine freiwillige Option: Bauherren und Bestandseigentümer sollen die Entscheidung für oder gegen eine Installation und den Zeitpunkt und Größe einer Photovoltaikanlage je nach ihren Möglichkeiten und Bedarf treffen können. Wir wollen niemanden am Bauen hindern, sondern umweltfreundliches Bauen und Renovieren belohnen.

Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften: Die Vergabe städtischer Flächen ausschließlich im Erbbaurecht schließt Wohnungsbaugenossenschaften oft aus. Wir setzen uns für bessere Finanzierungsbedingungen ein, damit Genossenschaften mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können.

Innovative Bauverfahren fördern: Wir wollen modulare Bauverfahren und serielle Fertigung fördern, um Bauzeiten zu verkürzen und Kosten zu senken. Diese Methoden ermöglichen eine schnellere und effizientere Errichtung von Wohngebäuden. Erprobung und Förderung des 3D-Drucks im Bauwesen, um innovative und kostengünstige Bauweisen zu entwickeln und anzuwenden.

Grundsteuer fair gestalten: Wir fordern, dass das Versprechen des Senats hinsichtlich der Aufkommensneutralität eingehalten wird. Sollten sich aus dem neuen Berechnungsschema eklatante Mehrbelastungen für Grundeigentümer und Mieter ergeben, müssen entsprechende Anpassungsfaktoren eingeführt werden.

Soziale Maßnahmen und Anreize

Fehlbelegungsabgabe einführen: Um Wohnraum effizienter zu nutzen, soll eine Fehlbelegungsabgabe eingeführt werden. Dies bedeutet, dass Personen, die in Sozialwohnungen leben, aber nicht mehr förderberechtigt sind, eine Abgabe zahlen müssen. Diese Einnahmen sollen in den sozialen Wohnungsbau reinvestiert werden.

Anreize zum Wohnungswechsel schaffen: Durch mehr vertragliche Flexibilität und moderne Wohnkonzepte wollen wir Anreize zum Wohnungswechsel schaffen, um den spezifischen Wohnraumbedarf in der jeweiligen Lebenssituation besser zu decken.

Barrierefreier Wohnraum: Die Errichtung behindertengerechter Wohnungen ist durch den langwierigen bürokratischen Aufwand der Genehmigungsverfahren in Stadtteilen mit sozialen Erhaltungsverordnungen fast unmöglich und wird demzufolge von Bauherren und Investoren zum Nachteil wohnungssuchender, behinderter Menschen nicht im erforderlichen Umfang in Angriff genommen. Wir wollen dies sozialverträglich ändern. Mit der Abschaffung der Erhaltungsverordnungen sorgen wir für mehr nachhaltigen und barrierearmen Wohnraum.

Wohneigentum fördern: Wir werden allen Menschen, die in ihren eigenen vier Wänden leben wollen, bei der Erfüllung ihres Traums helfen. Dies gilt insbesondere auch für Menschen mit niedrigem Einkommen. Dafür werden wir Informationsbarrieren abbauen, ein Programm „Aus Mietern werden Eigentümer“ bei der SAGA auflegen und das Grundbuch digitalisieren.

Lebenswerte Stadtteile und Quartiere

Lebenswerte Quartiere sind der Schlüssel zu einer hohen Lebensqualität in unserer Stadt. Sie sind nicht nur Wohnorte, sondern die Lebensräume, in denen Gemeinschaft und Nachbarschaft entstehen und gelebt werden. Wir haben eine klare Vision für diese Quartiere: Stadtteile schaffen, in denen Menschen gerne leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Unsere Vision der Stadt der kurzen Wege steht dabei im Zentrum unserer Planung. In dieser Vision sind alle wichtigen Einrichtungen des täglichen Lebens – wie Supermärkte, Schulen, Ärzte und Freizeiteinrichtungen – innerhalb von 15 Minuten für alle erreichbar.

Mit gezielten Investitionen in die Quartiersentwicklung, der Schaffung von Sport- und Freizeitflächen und der Förderung von kulturellen Angeboten wollen wir lebendige und vielfältige Stadtteile gestalten. Diese Quartiere sind Orte, an denen Menschen gerne zusammenkommen, sich austauschen und ihre Freizeit genießen – sie sind das Herzstück einer lebenswerten Stadt.

Das fordern wir konkret:

Wochenmärkte sichern: Die zahlreichen Hamburger Wochenmärkte verbinden die Menschen mit ihrem Stadtteil, bieten Gelegenheit zum sozialen Austausch und zur Identifikation. Neben der wichtigen Nahversorgung erfüllen sie auch soziale Aufgaben. Um den Fortbestand unserer Wochenmärkte zu gewähren, fordern wir

Konzepte, die - über Bürokratieabbau und Digitalisierung hinaus - die Zukunft der Wochenmärkte sichern. Dazu gehören Marktzeiten, die an die Bedürfnisse aller Altersgruppen angepasst werden, Themenmärkte, Verbindungen mit Veranstaltungen und ein breites Gastronomieangebot.

Soziale Infrastruktur vor Ort verbessern: Nur wenn Menschen sich begegnen und kennenlernen können, entsteht ein respektvolles Miteinander und eine Chance auf Integration neuer Mitbürger. Wir wollen diese Begegnungsorte mitplanen und in bestehenden Stadtteilen neu schaffen. Quartierszentren als Treffpunkte für Senioren, Jugendliche und andere Gruppen, Sport- und Spielplätze, aber auch kleine grüne Oasen mit Grillflächen müssen erhalten und gepflegt werden.

Barrierefrei im öffentlichen Raum: Wir werden einen Plan zum barrierefreien Ausbau der öffentlichen Gebäude erarbeiten. Der Ausbau von ertastbaren Leitsystemen für Blinde und Sehbehinderte, beispielsweise in Form von Gehwegpflastern mit Rillen und Noppen muss vorangetrieben werden.

Barrierefreiheit auch für unsere Kleinsten: Wir werden uns dafür einsetzen, alle Kultur- und Stadteinrichtungen sowie Einrichtungen für Kinder und Jugendliche vollständig barrierefrei zu gestalten. Wir wollen die Einrichtungen barrierefreier und inklusiver Spielplätze am Beispiel von „Onkel Rudi“ in Hamburg-Mitte fördern sowie Spielplätze mit WC-Anlagen ausstatten.

Wir stärken unsere Gastronomie und den lokalen Handel: Lebendige Gastronomie wie die Eckkneipe oder das kleine Café an der Ecke belebt die Quartiere und erhöht die Lebensqualität vor Ort – nicht nur in der Innenstadt, sondern in jedem Stadtteil. Deshalb setzen wir uns für neue Gastronomieflächen und eine Ausweitung der Außengastronomie insbesondere in Stadtteilen ein, in denen es bisher kaum solche Angebote gibt.

Mit fließendem Wirtschaftsverkehr, ausgewiesenen Zonen für die Anlieferung neuer Waren und der Brötchentaste für kurze Einkäufe unterstützen wir den lokalen Handel. Um auch in verdichteten Quartieren eine reibungslose Paketzustellung zu ermöglichen, planen wir zudem kombiniert mit den Lieferzonen Haltemöglichkeiten für Paketzustelldienste ein.

Lebendige Innenstadt

Zu einer lebenswerten Stadt gehören nicht nur funktionierende Quartiere, sondern auch ein pulsierendes Zentrum.

In einer Zeit, in der Online-Shopping immer beliebter wird, große Kaufhäuser an Bedeutung verlieren und das neue Shoppingcenter in der HafenCity zusätzlich lockt, braucht die Innenstadt ganz neue Ideen. Hier werden nicht nur Waren gekauft, sondern Erinnerungen geschaffen. Menschen werden in die Stadt gelockt, um in Cafés und Restaurants zu sitzen, Kunst und Kultur zu erleben und in einer lebendigen Atmosphäre zu verweilen. Dafür wollen wir Hamburg zu einem Zentrum der kulinarischen Genüsse machen. Wir schaffen attraktive Flächen für neue Restaurants, mehr Platz für Außengastronomie und Pavillons, in denen Menschen

auch bei ‚Hamburger Wetter‘ draußen sitzen können. Plätze, die heute nach Ländenschluss verwaist sind, füllen wir so mit Leben. Zusammen mit Sport- und Bewegungsangeboten sowie Kunst und Kultur erfinden wir die Innenstadt neu.

Das fordern wir konkret:

Ein neues Gesicht für die Mönckebergstraße: Der Hauptbahnhof ist die Visitenkarte unserer Stadt. Wir setzen uns für eine Umgestaltung des Hamburger Hauptbahnhofs ein, die im Ergebnis den wichtigen Verkehrsknotenpunkt so ertüchtigt, dass er in Bezug auf Sicherheit, Sauberkeit und Komfort den Ansprüchen der Besucher einer Millionenmetropole entspricht, aber auch den Bedürfnissen der vielen Hamburger Pendler, die den Hauptbahnhof täglich nutzen. Die ehemaligen Kaufhäuser am Hauptbahnhof sind der Eingang in unsere Innenstadt und die Mönckebergstraße der rote Teppich. Damit Anspruch und Wirklichkeit wieder zusammenpassen, werden wir die Straße nach dem Vorbild einer spanischen Rambla umgestalten. In der Mitte der Straße soll ein breiter, leicht erhöhter Streifen entstehen, der mit schattenspendenden Bäumen und Bänken zum Verweilen einlädt. Dazwischen entstehen flexible gläsernere Strukturen, die mit gastronomischen Angeboten, Musik und Kultur einladen. Cafés und Restaurants links und rechts des grünen Gastrostreifens erhalten mehr Platz für ihre Tische und Stühle.

Wohnraum schafft Attraktivität: Ein zentrales Element für eine lebendige Innenstadt ist das Wohnen. Hierbei setzen wir nicht nur auf das klassische Wohnen, sondern wollen mit Wohnungen für Studenten, Auszubildenden und Young Professionals ein Publikum in die Innenstadt holen, das neue Angebote wie Kultur, Bars oder Musikclubs auch abends nutzt.

Mit verschiedenen urbanen Sport- und Bewegungsangeboten erhält die Innenstadt neue Nutzungsmöglichkeiten. In Anlehnung an den Basketballplatz Duperré in Paris, der mit seiner bunten Gestaltung Menschen aus der ganzen Welt anlockt, werden diese Bewegungsflächen als echte Hingucker zu neuen Attraktionen.

Spice up the City - Wir machen Hamburg zur Genussstadt

Wir wollen Hamburg zu einem Zentrum der kulinarischen Genüsse machen. Der Gewürzhandel hat schon sehr früh zu Hamburgs Bedeutung als Hafen- und Handelsstadt und zu seinem Wohlstand beigetragen. Segelschiffe haben schon vor Hunderten von Jahren Aromen aus der ganzen Welt nach Hamburg geholt. Diese Tradition wollen wir fortführen und Spitzengastronomie aus der ganzen Welt nach Hamburg locken.

Wir verbinden HafenCity und Innenstadt

Die Eröffnung des neuen Shoppingcenters in der HafenCity setzt die Geschäfte in der Innenstadt unter Druck. Deshalb werden wir die HafenCity und die Innenstadt miteinander verbinden. Statt entweder die Innenstadt oder das neue Shoppingcenter anzusteuern, wollen wir einen fließenden Übergang schaffen und so Synergien herstellen. Hierfür bedarf es einer direkten Verkehrsachse, auf der Fußgängerinnen und Fußgänger entlangspazieren können. Die aktuelle Fußwegeverbindung ist vor

allem durch unübersichtliche Kreuzungen, schlecht ausgebaute Wege und wenig Leben gekennzeichnet. Das wollen wir ändern. Mit einer einfachen Routenführung, breiten und übersichtlichen Wegen und attraktiven Flächen für Cafés und Gewerbe machen wir die alte Domachse, die Jungfernstieg und HafenCity verbindet, zu einer Flaniermeile. Über HVV-Hop wollen wir beide Orte durch autonom fahrende Minibusse direkt und dauerhaft verbunden.

Transparente Planung und Sachverstand – Hamburg kann auch große Bauprojekte schaffen

Ob Elbtower, Holstenquartier oder Palomaviertel – an zentralen Punkten unserer Stadt stockt die Entwicklung großer Projekte, oder die Flächen liegen seit Jahren brach. Dies führt nicht nur zu Frust bei den Anwohnerinnen und Anwohnern, sondern schadet auch Hamburgs Image als dynamische und zukunftsorientierte Metropole.

Prominente Großbauprojekte haben das Potenzial, weit mehr als nur architektonische Landmarken zu sein. Sie können als Katalysatoren für die Entwicklung ihrer Umgebung wirken. Rund um diese großen Bauprojekte entstehen neue Quartiere, die durch eine kluge Integration in die bestehenden Viertel das Stadtbild und die Lebensqualität erheblich verbessern können. Solche Projekte schaffen Raum für neue Wohnungen, Arbeitsplätze, Grünflächen und kulturelle Angebote, die das Leben in unserer Stadt bereichern.

Um dies zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die umliegenden Viertel wirklich profitieren, sind transparente und verlässliche Planung sowie klare Zeitpläne unerlässlich. Jahrelang sichtbare Baulücken und stockende Projekte führen nicht nur zu wirtschaftlichen Einbußen, sondern auch zu einem Verlust an Vertrauen und Lebensqualität.

Wir sind überzeugt: Mit den richtigen Maßnahmen kann Hamburg Großbauprojekte in Zukunft erfolgreich umsetzen. In einer Taskforce „Großbauprojekte“ werden alle beteiligten Stellen zusammenbracht. Dort sollen nicht nur Probleme diskutiert und Lösungen direkt entwickelt, sondern auch Erfahrungen gesammelt werden, wie zukünftige Großbauprojekte im Zeit- und Kostenplan umgesetzt werden können. Fehler der Vergangenheit sehen wir als Chance, um für die Zukunft zu lernen.

Elbtower – Ende gut alles gut ...

Stadtentwicklungspolitik ist kein Monopoly. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass der Elbtower schnellstmöglich zu Ende gebaut wird, damit die Bauruine nicht zum sichtbaren Zeichen einer gescheiterten Stadtpolitik wird. Für uns ist dabei klar: Die Stadt muss Führung zeigen und ihre Verantwortung übernehmen. Aber der Weiterbau darf nicht mit dem Geld der Steuerzahler bezahlt werden.

Science City - Hier wohnen und forschen die Nobelpreisträger von morgen

Ein weiteres Standbein im internationalen Wettbewerb muss Hamburg mit der Bildung eines Exzellenzclusters im Bereich Wissenschaft und Forschung schaffen. Um

sich als attraktiver Wissenschaftsstandort behaupten zu können, ist die schnelle Realisierung des Großprojekts Science City entscheidend. Wir unterstützen die Kombination aus universitären Einrichtungen, Forschungsstätten und Wohnungsbau an diesem Standort und fordern die Schaffung eines innovativen, nachhaltigen Quartiers unter Berücksichtigung der Bedarfe einer jungen Bewohnerschaft, wie z.B. ausreichend Sport- und Bewegungsmöglichkeiten.

Oberbillwerder - Wir begrüßen Hamburgs neuen Stadtteil

Um der hohen Nachfrage an Wohnraum kurzfristig nachkommen zu können, muss Hamburg die Chance nutzen, in Oberbillwerder 6.000 bis 7.000 Wohneinheiten mit der dazugehörenden Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Quartierszentren, Grün- und Freiflächen sowie einem Schwimmbad zu realisieren. Um die gestiegenen Baukosten auszugleichen, schlagen wir ein Abschmelzen der Auflagen und eine Vereinfachung der kostenintensiven Genehmigungsprozesse vor. Oberbillwerder darf nicht zum Opfer selbstverschuldeter Überbürokratisierung werden.

Holstenquartier – Aus Fehlern lernen

Das Holstenquartier steht über Hamburgs Grenzen hinaus als Synonym für verfehlte Wohnungsbaupolitik. Überzogene Anforderungen an interessierte Wohnungsbau-Gesellschaften haben dazu geführt, dass stadtbekannte, seriöse Stakeholder im Laufe der Veräußerungsverhandlungen abgesprungen sind und die Stadt bei der Verkaufsentscheidung auf den falschen Käufer gesetzt hat. Jetzt liegt das Filetgrundstück im Herzen von Altona als Spekulationsobjekt brach und die im lebendigen Altona geplanten 1.300 Wohnungen und Flächen für kleine Gewerbebetriebe werden nicht realisiert. Wir wollen, dass sich die Stadt engagierter als bisher für eine Lösung einsetzt mit dem Ziel, den dringend benötigten Wohnraum auf der Fläche zu ermöglichen. Der Erwerb des Areals durch die Stadt zur Aufteilung auf mehrere einzelne Baufelder zur Wiederveräußerung an bauwillige Entwickler wäre ein möglicher Ansatz.

Entwicklung der Magistralen

Die Magistralen, die Hauptverkehrsstraßen, sehen wir als wichtige Ressource, die Wohnraumnot zu lindern. Deshalb unterstützen wir den Masterplan für Hamburgs Magistralen mit dem Ziel, die identifizierten Potenziale schnellstmöglich zu nutzen. Die Entwicklung der Magistralen verstehen wir als Zusammenspiel aus Neuordnung des Straßenraumes und Anpassung des Bauleitplanungsrecht der angrenzenden Grundstücke, insbesondere für den Wohnungsbau. Ein Magistralenkonzept, welches lediglich die Neuordnung des Straßenraums im Blick hat, lehnen wir ab.

Entlang der Magistralen sollen hochwertige, begrünte Aufenthaltsbereiche für ein pulsierendes Leben entlang unserer Hauptverkehrsadern entstehen. Wir werden daher dafür eintreten, dass die bestehenden Möglichkeiten des Baurechts, wie zum Beispiel Befreiungen nach dem BauGB konsequent genutzt und angewandt werden, damit mehr Wohnraum entstehen kann.

Mobilität schafft Freiheit

Hamburg lebt vom Verkehr – als größtes Wirtschaftszentrum des Nordens, als Knotenpunkt europäischer Verbindungen sowie als bedeutender Hafen- und Flughafenstandort. Gleichzeitig ist Mobilität innerhalb der Stadt entscheidend für die Lebensqualität der Bürger, für Arbeit und Freizeit – und für die Attraktivität Hamburgs. Die Mobilität muss gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickelt werden, um Hamburg fit für das 21. Jahrhundert zu machen. Einzelmaßnahmen wie ein Busstreifen hier, ein Fahrradweg dort, flächendeckende Parkverbote und unkoordinierte Baustellenpolitik stellen noch lange keine durchdachte Verkehrspolitik dar. Die Infrastruktur wurde über Jahrzehnte vernachlässigt. Die marode Köhlbrandbrücke, die den Hafen lahmzulegen droht, ist nur ein Beispiel dafür. Wir streben eine Verkehrspolitik an, die vorausschauend plant und die verschiedenen Verkehrsarten miteinander in Einklang bringt, anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Um die Stadt zu entlasten, müssen wir den Pendelverkehr zwischen Stadt und Umland besser organisieren und den Durchgangsverkehr endlich um die Stadt herumleiten.

Verkehrsplanung – von den Besten lernen

Gute Politik muss offen und lernbereit sein. Wir können von anderen urbanen Zentren lernen, die erfolgreiche Konzepte bereits in die Praxis umgesetzt haben. Unser europäisches Vorbild ist Amsterdam. In den Niederlanden setzt man konsequent auf die Trennung von Verkehrsströmen, was die Qualität des „Fahrerlebnisses“ verbessert – unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel. Statistiken zufolge haben die Niederlande weltweit den höchsten Zufriedenheitsindex sowohl für Autofahrer als auch für Radfahrer. Auch Städte wie Sydney, Seoul und andere sind Beispiele für moderne Verkehrs- und Infrastrukturplanung. Von ihnen wollen wir lernen.

Infrastrukturinvestitionen und Ausbau der Hafenanbindung

Der Verkehr in Hamburg wird maßgeblich durch den Hafenbetrieb beeinflusst. Eine funktionierende Metropolregion Hamburg erfordert eine leistungsstarke und moderne Verkehrsinfrastruktur auf Straße und Schiene. Nach wie vor wird ein erheblicher Teil der Güter und Container im Großraum Hamburgs über Straßen, Autobahnen und Brücken transportiert. Einige der wichtigsten Brücken sind jedoch baufällig und müssen dringend erneuert werden. Wir wollen die Fertigstellung der neuen Köhlbrandbrücke deutlich beschleunigen. Gleiches gilt für den Ausbau des Autobahnnetzes und die Sanierung der vielfach maroden Hauptverkehrsstraßen in Hamburg und Norddeutschland.

Neubaustrecke Hamburg - Hannover

Die für die Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens entscheidende Neubaustrecke zwischen Hamburg, Bremen und Hannover muss noch in diesem Jahrzehnt in Angriff genommen werden. Dafür werden wir uns in Hamburg einsetzen. Die bestehende Strecke ist seit Jahrzehnten überlastet, und die geplante Generalsanie-

rung bringt zwar Verbesserungen, jedoch keine Kapazitätserweiterung – weder im Personen- noch im Güterverkehr. Der Ausbau der Hafen-Hinterlandanbindung und der von uns Freien Demokraten geforderte Neubau der Hochgeschwindigkeitsstrecke von Hamburg nach Hannover schaffen eine neue Qualität in der Anbindung der Stadt an das Umland und ganz Europa. Deshalb fordern wir eine Strecke, die mit mindestens 320 km/h befahrbar ist, möglichst parallel zur Bundesautobahn 7. Unterwegshalte sollen nach dem Vorbild des München-Nürnberg-Express integriert werden.

Aus denselben Gründen muss auch das Schienennetz zwischen dem bald fertiggestellten Fehmarnbelttunnel und Hamburg ausgebaut werden, um die skandinavischen Länder als wichtige Handelspartner besser anzubinden.

Individuelle Mobilität ist Freiheit und Notwendigkeit

Individuelle Mobilität bleibt ein zentraler Faktor für die Lebensqualität, die Arbeitswelt und die Wirtschaft unserer Stadt. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen frei entscheiden können, welches Verkehrsmittel für sie das Richtige ist. Deshalb muss Hamburg auch weiterhin für den Autoverkehr zugänglich bleiben. Autoarme und autofreie Zonen können jedoch städtebaulich eine Bereicherung der Stadtquartiere darstellen und zur Belebung des öffentlichen Raums beitragen.

Wir setzen uns für autofreie und Fußgängerzonen ein, wenn der Wunsch aus der Bevölkerung und dem Einzelhandel kommt und dies mit übergeordneten Zielen vereinbar ist. Dabei müssen die Anfahrten für Lieferanten und Kunden (Parkhäuser), ausreichende Umfahrungsmöglichkeiten für den Ausweichverkehr sowie eine gute Anbindung an den ÖPNV, Fuß- und Radverkehr gewährleistet sein.

Auf Hauptverkehrsstraßen lehnen wir flächendeckendes Tempo 30 ab.

Bedarfsorientiertes Stellplatzangebot

Wir Freie Demokraten wollen das Querparken in allen Straßen, in denen Tempo 30 gilt, mit Ausnahme wichtiger Radrouten, und in allen Einbahnstraßen erhalten. Eine Umstellung auf Längsparken akzeptieren wir, wenn der Verkehrsfluss und die Sicherheit deutlich verbessert werden, ohne dass die Zahl der Parkplätze unnötig reduziert wird.

Wo immer es möglich ist, wollen wir Parkplätze aus dem öffentlichen Straßenraum unter die Erde in Parkhäuser und Tiefgaragen verlegen, um den Parkplatzsuchverkehr zu verringern und den öffentlichen Straßenraum für fließenden Verkehr und sonstige öffentliche Nutzung, z.B. Gastronomie oder Grünflächen besser nutzen zu können. Gerade bei großen, neuen Quartieren soll das Parken von der Oberfläche genommen und unter die Erde verlegt werden.

Bewohnerparkzonen und Parkraumbewirtschaftung

Die Bewohnerparkzonen sind in ihrer jetzigen Form nicht bedarfsgerecht und führen zu vielen Problemen. Vorerst wollen wir uns für ein Aussetzen der meisten Be-

wohnerparkzonen und Stopp weiterer Verfahren einsetzen. Im Umfeld wichtiger Einrichtungen, wie Kliniken, Notfallpraxen und Polizeikommissariate, muss das Bewohnerparken abgeschafft werden.

Einheitliche Sondergenehmigungen für parkraumbewirtschaftete Gebiete

Entscheidungen über Sondergenehmigungen sind transparent und nach einheitlichen Kriterien über die Bezirke auszuweisen. Die Höhe der Kosten für einen Antrag auf Sondergenehmigung muss bezahlbar gehalten werden und sich z. B. an den Abmaßen des Fahrzeuges bemessen. Jeder Betrieb soll die Option auf mindestens einen selbstgenutzten Stellplatz am Betriebsstandort erhalten. Die bestehenden Regelungen machen es für Handwerksbetriebe, Pflegedienste und alle aufsuchenden Dienstleister unnötig schwer, in Kundennähe zu parken. Hier muss dringend eine unbürokratische Lösung gefunden werden. Für Arztbesuche reicht die Kurzparkzeit wegen der Wartezeiten oft nicht aus. Hier muss eine Flexibilisierung möglich sein.

Quartiersgaragen errichten

Zur Erweiterung des Stellplatzangebots und zur Entlastung von Stadtteilen mit sehr hohem Parkdruck sollen gezielt moderne Quartiersgaragen errichtet werden, um den Parkdruck im Straßenraum zu reduzieren. Sowohl bei bestehenden als auch bei neu zu schaffenden Parkplätzen sind Ladestationen für Elektroautos einzurichten, wobei auch unkonventionelle Möglichkeiten wie Ladesäulen an Straßenlaternen genutzt werden sollen. In diese Quartiersgaragen sollen auch Abstellmöglichkeiten für eigene Fahrräder, Stadträder und andere Sharing-Dienste integriert werden. Moderne Quartiersgaragen sind auch von außen nicht als solche erkennbar, da sie mit Einzelhandel sowie Wohn- und Büroflächen an der Außenseite oder auf dem Gebäude kombiniert werden können.

Ausbau Ladestationen für E-Mobilität und technologieoffener Netzausbau

Nur rund 600 Lademöglichkeiten in ganz Hamburg mit einem Autobestand von mehr als 80.000 Fahrzeugen sind definitiv zu wenig. Vor allem in den Randbereichen des Stadtgebiets, wo der Pendelverkehr beginnt, muss die Ladeinfrastruktur mit Schnellladestationen ausgebaut werden. Hierzu sind umfassende Investitionen in das Niederspannungsnetz seitens des kommunalen Unternehmens Stromnetz Hamburg GmbH erforderlich, wenn keine Drittanbieter dies übernehmen. Des Weiteren setzen wir uns auch für den Ausbau anderer Lade- und Tankinfrastruktur aus, zum Beispiel für Wasserstofffahrzeuge.

Sicher auf allen Strecken – Ein gutes Radnetz entsteht in der Fläche

Hamburg tut sich schwer mit der Radverkehrsplanung. Der Senat investiert derzeit stark in Fahrradprestigeprojekte und versenkt dort Geld. Dabei gehen die Bedürfnisse der Stadt in der Fläche verloren. Die Prioritäten der Radfahrer unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen anderer Verkehrsteilnehmer, denn alle wollen schnell, komfortabel und sicher von A nach B kommen. Eine generelle Übervortei-

lung eines einzelnen Verkehrsträgers in der gesamten Stadt lehnen wir ab, jedoch muss der vor Ort vorhandene Straßenraum sinnvoll und effizient genutzt werden.

Jedes Verkehrsmittel hat seine Berechtigung. Dabei ist für uns entscheidend, Menschen die Wahl zu ermöglichen und Abhängigkeiten von einzelnen Verkehrsträgern, wie dem eigenen Auto zu lösen. Dabei ist auch eine ganzheitliche Radverkehrsplanung wichtig. Dabei unterstützen wir die laufende Veloroutenplanung, damit Verkehrsräume mit Vorrang für den Radverkehr entstehen.

Das Rad nicht neu erfinden – Gute Fahrradkonzepte auf Hamburg übertragen

Als Freie Demokraten wollen wir das Rad nicht neu erfinden. Vorbild im urbanen Verkehr ist für uns Amsterdam, da dort die Zufriedenheit sowohl der Radfahrer und Fußgänger als auch der Autofahrer in Studien immer wieder als weltweit am höchsten eingestuft wird. Übernehmen wir also Konzepte, die anderswo gut funktionieren.

Besonders wichtig sind sichere Kreuzungen. Jene, die in den nächsten Jahren umgestaltet werden, sind als so genannte „geschützte Kreuzungen“ vorzusehen. Diese vermeiden gezielt Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmern und machen das Vorankommen sowohl für Autofahrer als auch für Radfahrer und Fußgänger deutlich sicherer, weil sie den Verkehrsfluss intelligent regeln können. Wo es die Verhältnisse zulassen, setzen wir auch verstärkt auf Kreisverkehre, da der Verkehrsfluss dort in der Regel deutlich besser ist als an Ampelkreuzungen und sowohl Radfahrer als auch Fußgänger von der Sicherheit profitieren, ohne den Autoverkehr zu verlangsamen. Wie die Fußwege sollen auch die Radwege baulich getrennt und erhöht angelegt werden. An Einmündungen werden sie nicht abgesenkt, um auf natürliche Weise eine sichere Verkehrssituation für Autofahrer und Radfahrer zu schaffen.

Zentrale Fahrradrouten konsolidieren – Klare Trennung von Verkehrsarten

Fußgänger und Radfahrer sollen auf den Hauptverkehrsstraßen nicht dicht gedrängt mit dem Autoverkehr um Platz kämpfen müssen. Dies ist mittelfristig durch eine konsequente Trennung von Rad- und Autoverkehr nach niederländischem Vorbild möglich und für alle Verkehrsteilnehmer sicherer und angenehmer. In Neubaugebieten sollte diese Trennung von Anfang an ganzheitlich umgesetzt werden. Dabei ist klar, dass grundsätzlich auf allen Straßen ein sicheres Vorankommen für alle Verkehrsteilnehmer möglich sein muss. Aber nicht jede Straße kann zur Fahrradautobahn werden. Die Maßnahmen müssen ausgewogen und bedarfsgerecht sein. Deshalb müssen die Mindest- und Regelbreiten für Rad- und Fußwege in der RESTRA (Hamburger Regelwerke für Planung und Entwurf von Stadtstraßen) reduziert werden, damit Fuß- und Radwege wieder überwiegend auf den Nebenflächen geführt werden können.

Verbesserung der Beschilderung für Radfahrer und Fußgänger

Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine moderne Beschilderung ein, online wie offline. Wir fordern daher eine neue, ansprechendere und qualitativ höherwertige Beschilderung mit kontrastreicheren Symbolen, die auch in Schwarz-Weiß funktional und damit für die Verkehrsteilnehmer besser erkennbar sind. Für Fußgänger und Radfahrer ist insbesondere außerhalb des Stadtzentrums sowie an wichtigen Kreuzungen und Sehenswürdigkeiten eine verbesserte Beschilderung erforderlich, die idealerweise mit touristischen Informationen verknüpft ist. Ferner wollen wir eine Optimierung der Abstände und der Beschilderung von Radrouten, damit Radfahrer weniger auf ihr Handy schauen müssen, um sich zu orientieren. In den Boden eingelassene oder an Ampeln angebrachte Wegweiser sollen integriert werden, wie es beispielsweise in Adelaide umgesetzt wird.

Das Fahrrad – Verkehrsmittel der letzten Meile

Irgendwo endet der ÖPNV. Das Fahrrad ist oftmals das Mittel der Wahl, um die sprichwörtliche letzte Meile zum Zielort zurückzulegen. Um diesen Umstieg des Verkehrsträgers zu gewährleisten, muss die dafür nötige Infrastruktur geschaffen werden. An Bahnhöfen und Stationen sollen Fahrradgaragen ohne vorherige Buchung nutzbar sein. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einrichtung von möglichst unterirdischen Fahrradparkhäusern an zentralen Mobilitätsknotenpunkten ein. Zu diesen Orten zählen der Hauptbahnhof, Jungfernstieg, Dammtor, Berliner Tor, Bahnhof Harburg, Barmbek, Altona, Schlump, Bergedorf, Flughafen und Wandsbek Markt. Moderne Technik wie LED oder bedarfsgesteuerte Helligkeit ermöglicht eine energieschonende wie naturverträgliche Beleuchtung.

Den Bezirken erhalten die Möglichkeit, flächendeckend und bedarfsgerecht Abstellplätze für Fahrräder auszubauen. Ein bewusstes „Wegpollern“ von PKW-Parkplätzen durch Fahrradbügel mit dem Ziel, Autofahren unattraktiv zu machen, lehnen wir hingegen ab.

Die Hamburger Velorouten sollen beschleunigt und sicher ausgebaut werden.

Sanierung bestehender Radwege

Für uns Liberale hat die Ertüchtigung der bestehenden Radinfrastruktur Vorrang vor dem Neubau. Dazu ist es zwingend notwendig, das gesamte Radwegenetz im Rahmen der Digitalisierung des Straßenraums für eine strukturierte Sanierungsplanung zu erfassen. Sanierungsbedürftige Radwege werden oft nicht genutzt und der Radverkehr weicht auf die Straße aus. Diese Situation führt zu Unmut auch bei Autofahrern, die aufgrund der schlechten Straßenplanung in Hamburg häufig in Konfliktsituationen mit Radfahrern geraten. Deshalb wollen wir die finanziellen Mittel zunächst für die Sanierung und den Ausbau des Bestandes nutzen. Einbezogen werden soll auch der touristische Radverkehr, der in den bisherigen Planungen des Senats und der Bezirke kaum berücksichtigt wird.

Auch wenn die Mindeststandards nur knapp unterschritten werden, fordern wir die Sanierung bestehender Radwege. Viele desolate Radwege werden derzeit nicht

saniert, da hierfür oft ein kompletter Straßenumbau notwendig ist, der nicht finanzierbar oder infrastrukturell nicht möglich ist. In diesen Fällen sollen Radwege auch unterhalb der Mindeststandards saniert werden, um sie wieder sicher nutzbar zu machen.

Wir alle sind Fußgänger

Ohne Fußwege und Freiräume für die freie Bewegung ohne Verkehrsmittel ist eine lebenswerte Stadt undenkbar. Vor allem für die älter werdende Bevölkerung müssen die Bedürfnisse und die Sicherheit der Fußgänger eine hohe Priorität haben. Es geht um persönliche Freiheit – und um den Schutz vor den erheblichen Gefahren jeden Verkehrs.

Eine klare Trennung der unterschiedlichen Verkehre soll Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmern vermeiden. Wo dies nicht möglich ist, streben wir ein gleichberechtigtes Miteinander an. Gerade für Senioren und mobilitätseingeschränkte Personen sind Fußwege oft gefährlich. Einmündungen sollen daher nicht mehr abgesenkt werden, sodass es für Eltern mit Kinderwagen, Senioren und Rollstuhlfahrer einfacher wird, sie zu überqueren. Kleinere Einmündungen, bzw. Einmündungen nach niederländischem Vorbild, helfen dabei ebenfalls. Kraftfahrzeuge können diese kleinen Schwellen einfacher überwinden als Fußgänger. So werden Kreuzungen und Einmündungen für alle sicherer. Der Fußgängerverkehr ist bisher ein Stiefkind der Straßenplanung, teilweise wird er sogar anderen Zwecken geopfert. Er soll künftig die gleiche Priorität wie andere Verkehrsarten erhalten.

Sicheres Zufußgehen ermöglichen: Fußwege und Fußgängerüberwege dürfen keine Stolperfallen sein. Dafür müssen sie regelmäßig überprüft und saniert werden. Damit der Sanierungsbedarf von Hamburgs Fußwegen rechtzeitig erkannt wird, sollten künftig auch Fußwege im Straßenzustandsbericht erfasst werden. Insbesondere Wege vor Altenheimen, Schulen und Kitas möchten wir besonders gepflegt wissen. Ferner wollen wir Kreuzungen und Angsträume deutlich besser beleuchten.

Intelligente Verkehrswegeorganisation

In einer wachsenden Stadt brauchen wir Lösungen, die mit kreativen und zukunftsweisenden Maßnahmen den knappen Platz in der Stadt für alle nutzbar machen. Verkehrsflüsse müssen intelligent gesteuert werden und der Umstieg von einem auf ein anderes Verkehrsmittel leichtfallen. Ganzheitliche Verkehrs- und Stadtplanung, muss die laufenden Veränderungen im Umfeld und im Leben der Menschen berücksichtigen. Infrastruktur wird vor dem Bedarf geplant, Wohnungsbau folgt. Zur Mobilität der Gegenwart und der Zukunft gehört die Digitalisierung. Hier liegen enorme Möglichkeiten für Geschwindigkeit, Bequemlichkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit.

Dafür wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

Hamburg braucht ein flächendeckendes Verkehrstracking für das gesamte Stadtgebiet, das mit der Metropolregion vernetzt ist. So lassen sich Verkehrsströme in Echtzeit beobachten und so leiten, dass Menschen nicht im Stau stehen, keine Um-

wege fahren müssen und die Umweltbelastung minimiert wird. Hamburg braucht auch eine intelligente und vernetzte Ampelschaltung. Noch immer funktionieren Hamburger Ampeln bei dynamischem Verkehr noch weitgehend nach einem starren Schaltsystem. Eine vernetzte Ampelschaltung, die mit den Daten des Verkehrstrackings verbunden ist, erleichtert Mobilität, ist effizient und kostensparend und verringert CO₂-Ausstoß.

Auch elektronische Beschilderungsinformationen für Navigationssysteme sind möglich, ebenso wie elektronische Verkehrsbeeinflussungsanlagen an allen Haupt- und Fernstraßen, dynamisches Tempolimit und Spurnutzung, Ankündigung und Information bei Verkehrsstörungen, Fahrzeitenanzeige und Routenoptimierung. Ampeln wollen wir umfassend bedarfsgesteuert regeln und mit Countdown-Anzeigen ausstatten. Mehrstufige Schleifen und Radargeräte messen auch die Menge der Kfz, Radfahrer und Fußgänger, um Ampelphasen anpassen. Auch ein digitales Parkplatzmanagement kann über Sensoren, Aktoren oder Videodaten freie Parkplätze identifizieren.

Straßennetz und Baustellenmanagement

Die Baustellen in der Stadt sind nicht nur eine Belastungsprobe für die Nerven der Menschen in Hamburg, sie verursachen auch einen wirtschaftlichen und einen enormen ökologischen Schaden. Bauarbeiten und Baustellenmanagement in Hamburg müssen so koordiniert werden, dass es wenig Engpässe und vor allem keine sich gegenseitig verstärkenden Blockaden gibt. Die nachhaltige Erhaltung des Hamburger Straßennetzes und die Beseitigung von Staus sind essenziell für die Lebensqualität und die wirtschaftliche Aktivität in der Stadt. Durch ein zentrales Baustellenmanagement, das alle Akteure einbindet, werden Bauvorhaben zielgerichtet geplant und so durchgeführt, dass der Verkehrsfluss gewährleistet wird. Verträge für die Durchführung baulicher Maßnahmen sollen Anreize für Beschleunigungen und Sanktionsmöglichkeiten für Verzögerungen vorsehen.

Ausbau der Fernstraßen in und um Hamburg

Die Metropolregion Hamburg beherbergt zahlreiche Fernstraßen wie Autobahnen und Bundesstraßen. Für die Zukunft sind diese weiterhin sehr wichtig und daher auszubauen. Auch bedarf es moderner Nutzungsmöglichkeiten der Infrastruktur durch den flächendeckenden Einsatz von Streckenbeeinflussungsanlagen und der Mitbenutzung des Standstreifens. Wir fordern daher auf allen Autobahnen und den Bundesstraßen, die mehr als zwei Fahrstreifen haben, den Einsatz digitaler Streckenbeeinflussungsanlagen. Beim Aus- und Neubau von Autobahnen soll immer eine mögliche Mitbenutzung des Standstreifens vorgesehen werden.

Fernstraßenring schließen

Die Freien Demokraten sind sich sicher, dass die innerstädtischen Straßen Hamburgs nur durch einen vollständigen Außenring entlastet werden können. Teile davon sind bereits vorhanden, wie die A1. Dabei sind wir uns bewusst, dass abschnittsweise auch hervorragende Bundesstraßen die Funktion einer Umgehungs-

straße übernehmen können, wie z.B. die B 432, die aber durch die weiterführenden BAB 20 und 21 ergänzt werden müssen, um diese Aufgabe erfüllen zu können.

Leistungsfähige Umleitungen, Anschlussstellen und Kreuzungen

Auch Umleitungen und Ausweichstrecken sind zu berücksichtigen und zu verbessern. In diesem Zusammenhang fordern wir Freie Demokraten, dass für alle stärker belasteten Bundesstraßen im Großraum Hamburg ohne parallele Autobahn der Ausbau zu einem alternierenden 2+1-System geprüft und bei Bedarf durchgeführt wird. Gerade in Ballungsräumen müssen Anschlussstellen leistungsfähiger werden. Ein Teilkleeblatt oder die Diamantform sind nicht immer ausreichend. Modernere Anschlussstellen in Gestalt von Kreisverkehren oder als Single Point Urban Interchange (SPUI) sollen geprüft und Teil des rechtlichen und planerischen Optionsportfolios werden. Gleiches gilt für die in den Niederlanden sehr erfolgreichen Turbokreisverkehre. An bestehenden Fernstraßen ist zu prüfen, ob zusätzliche Verknüpfungen wie Anschlussstellen erstellt werden müssen.

Kreisverkehre intelligent gestalten

Kreisverkehre sind für den Verkehrsfluss eine gute und sichere Alternative zu Ampelkreuzungen. Einige Kreisverkehre in Hamburg sind jedoch ohne Radfahrstreifen und mit Hindernissen für LKW und ÖPNV gebaut. Künftig sollen daher neu gebaute Kreisverkehre immer mit Fahrradschutzstreifen bzw. idealerweise mit geschützten Radwegen auf dem Bürgersteig gebaut werden. Die Radien sollen so gewählt werden, dass Busse die Kreisverkehre besser befahren können. Eine Begrünung der Kreisverkehrsinseln ist sicherzustellen.

In der Verkehrsplanung sollen verstärkt sogenannte Turbo-Kreisverkehre nach niederländischem Vorbild vorgesehen werden. Diese haben sich im Vergleich zu normalen mehrspurigen Kreisverkehren als sehr effizient, verkehrsflussreich und unfallarm erwiesen.

Ausbau des Schienennetzes für einen leistungsfähigen ÖPNV

Hamburg braucht endlich den stadtweiten Ausbau des Schienennetzes. Er muss zum Rückgrat eines ÖPNV werden, in der Busse vorrangig Zubringeraufgaben haben. Dazu gehört ein System von Querverbindungen und die ganzheitliche Anbindung der Randbezirke und des Umlands an das Schienennetz samt Park-and-Ride-Möglichkeiten.

Technologieoffenheit – auch beim ÖPNV

Als Freie Demokraten setzen wir auf Technologieoffenheit und innovative Lösungen. Dazu fordern wir, bestehende und stillgelegte Strecken mittels Light Rail zu nutzen und neue oberirdische Abschnitte im Umland und den Außenbezirken zu erschließen. Diese modernen Systeme kommen langfristig der ganzen Metropolregion zugute und bieten eine kostengünstige Alternative an Orten, an denen sich U-

und Vollbahnen nicht mehr lohnen und eine Verknüpfung mit dem Bestandsnetz nicht darstellbar oder nicht praktikabel ist. Einzelne und unabhängige Linien können dabei problemlos betrieben werden, ohne an ein Gesamtnetz angebunden zu werden. Das Ergebnis ist die Anbindung ganzer Stadtteile an die bestehende Infrastruktur und die Entlastung des Hauptbahnhofs als Umsteigepunkt.

U- und S-Bahnlinien verlängern

Zu beginnen ist mit der unverzüglichen Verlängerung der U4 bis Harburg. In einem ersten Schritt soll sie bis Wilhelmsburg verlängert werden. Weiterhin soll die Verlängerung der U4 von der in Bau befindlichen neuen Endhaltestelle „Horner Geest“ bis zum Einkaufszentrum in Jenfeld zügig in Angriff genommen werden. Die U2 soll nach Norden und nach Bergedorf ergänzt werden.

Die im Bau befindliche U5 soll besser in das Gesamtnetz und die Metropolregion integriert werden. Um dies zu erreichen, ist sie mittelfristig bis Schenefeld zu verlängern. Um den Hamburger Westen insgesamt besser anzuschließen, aber auch die Metropolregion besser zu verknüpfen, soll die S32 von Altona nach Osdorf gebaut und langfristig auch bis Schenefeld verlängert werden. Sollte sich dies als technisch nicht realisierbar erweisen, befürworten wir den Bau eines anderen leistungsfähigen schienen- oder spurgebundenen Systems wie Light Rail (Light Rail Transit, ein elektrisch angetriebenes normalspuriges Transportsystem). Eine weitere Busbeschleunigung oder Bus Rapid Transit (BRT) lehnen wir auf Grund der bisherigen Erfahrungen und mangelnder Leistungsfähigkeit ab.

Um die fehlenden Schienen-Querverbindungen außerhalb des inneren Stadtbereichs zu schaffen, wollen wir die Güterumgehungsbahn auch für den ÖPNV nutzen und sie deshalb auf ganzer Länge zweispurig ausbauen, sowie entsprechende Verbindungskurven und Überwerfungsbauwerke errichten. Auch eine Einbindung anliegender Bahntrassen im Hamburger Norden sollte geprüft werden.

Langfristig bedarf es eines umfassendes Zielnetzes in Hamburg mit weiteren Schnellbahn- und U-Bahntrassen sowie -anbindungen.

Leistungsstarker überregionaler Schienenverkehr

Der Hamburger Hauptbahnhof ist zentrale Drehscheibe des Fernverkehrs in Norddeutschland sowie des Hamburger U- und S-Bahnbetriebs. Er überschreitet mit seiner Auslastung weit seine Kapazitäten. Die Deutsche Bahn und die Stadt Hamburg müssen diese zentrale Problematik des Hamburger Verkehrs endlich anpacken.

Zur Attraktivitätssteigerung des Fernverkehrs für den Osten Hamburgs soll der Bahnhof Bergedorf auf der Strecke Hamburg–Berlin regelmäßig von Fernzügen auf IC-Niveau angefahren werden. Zur Entlastung der S-Bahnstrecke Bergedorf–Hamburg soll die Frequenz des Regional-Expresses RE1 erhöht werden. Auch fordern wir einen Regionalzug nach Berlin bzw. nach Wittenberge, um hier eine Verbindung jenseits des Fernverkehrs zu gewährleisten.

Norddeutscher Verkehrsverbund

Mit der Schaffung eines norddeutschen Verkehrsverbundes von Flensburg bis Hannover als Dachmarke mit einem gemeinsamen Außenauftritt ist eine Verdichtung und Abstimmung der Taktung und eines durchgängigen Verkehrs zu allen Tages- und Nachtzeiten erreichbar. Gemeinsame Ausschreibung der Verkehre und daraus folgende „Durchbindung“ vieler RE-Linien würden den Hauptbahnhof ebenfalls entlasten. Um dies zu erreichen, wollen wir die Leistungsfähigkeit des neuen Bahnhofs Altona am Standort Diebsteich weiter erhöhen.

Es geht nicht nur um das Streckennetz: Der ÖPNV braucht auch eine effiziente Verwaltung mit ausreichender Finanzierung. Es gibt keinen attraktiven ÖPNV ohne eng getaktete und verlässliche Bahnen und saubere und sichere Züge und Bahnhöfe. Dazu gehört eine Komfortoffensive für alle Haltestellen. Überdachte und beleuchtete Bushaltestellen sorgen für einen angenehmeren Aufenthalt bei jedem Wetter. An wichtigen Haltestellen wollen wir nach Möglichkeit unterirdische Fahrradabstellanlagen und Stadtradstationen einrichten.

Barrierefreiheit – auch für die Sprache

Hamburg ist eine internationale Stadt. Deswegen sollen Informationen, insbesondere bei Störungen, zusätzlich auf Englisch zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen Informationen auch für hörgeschädigte und gehörlose Menschen zugänglich sein. Ansagen sollen daher zusätzlich auf Displays in Zügen und an den Bahnsteigen angezeigt werden. Um die Verständlichkeit zu erhöhen, ist das Design der Anzeigen zudem im HVV-Gebiet zu vereinheitlichen.

Der ÖPNV ist vollständig barrierefrei zu gestalten, etwa durch den Ausbau ertastbarer Leitsysteme für Blinde und Sehbehinderte, beispielsweise Gehwegpflaster mit Rillen und Noppen.

Verbindungsbahn-Entlastungstunnel bauen

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Bau des Verbindungsbahn-Entlastungstunnels ein. Für Hamburg wäre der Bau einer der Nordvarianten am besten. Die vorhandenen S-Bahn-Haltepunkte sollen für den Schienenpersonennahverkehr nutzbar gemacht und die alten Bahnsteige an der Sternschanze und der Holstenstraße wieder aufgebaut und modernisiert werden.

Moderne Fähren in den HVV integrieren

Zur Entlastung der Ost-West-Verbindungen in Hamburg fordern wir Freie Demokraten einen 10-Minuten-Takt im Pendelverkehr in der Hauptverkehrszeit zwischen Fährdamm und Mühlenkamp. Zur besseren Verzahnung soll der 15er-Bus nach Möglichkeit bis zum Fährdamm verlängert werden. Erforderlich sind auch häufigere Fährverbindungen in die schlecht angebundenen Stadtteile Wilhelmsburg und Finkenwerder.

E-Scooter als attraktives Verkehrsangebot

Ausleihbare E-Roller sind eine attraktive Ergänzung der individuellen Mobilität. Steigende Unfallzahlen, falsches unfallträchtiges Abstellen und die verbotene Nutzung von Gehwegen führen aber zu erheblichen Konflikten. Wir befürworten an geeigneten Brennpunkten spezielle Stellplätze. Das Blockieren von Gehwegen muss konsequent geahndet werden.

Aufstieg durch Bildung – das liberale Versprechen

Jedes Kind verdient beste Bildung als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. In Hamburg entscheiden derzeit die soziale Herkunft und der Stadtteil über den Bildungserfolg. Wir Freie Demokraten setzen dem unser Bildungsprogramm für Aufstiegschancen entgegen – von der Kita bis zur beruflichen Weiterbildung.

Frühkindliche Bildung

In den ersten Lebensjahren werden die wichtigsten Weichen für den weiteren Bildungs- und Lebensweg gelegt. Wir wollen, dass Kitas für alle Kinder Orte exzellenter frühkindlicher Bildung sind und dass sich Familien auf Qualität und Öffnungszeiten von Kitas verlassen können, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

Wir werden die Berechnungsgrundlage der verschiedenen Kita-Gutscheinhöhen auf den Prüfstand stellen. Der Problematik, dass Eltern, die lediglich einen 5-Stunden-Gutschein mitbringen, ungern gesehene Gäste sind, die zusätzliche Betreuungszeit dazukaufen müssen, wollen wir auf diese Weise ein Ende setzen.

Startchancen-Programm für Kitas

Wir fordern ein Startchancen-Programm für Kitas als Ergänzung zum Startchancen-Programm für Schulen, um Kinder in Stadtteilen mit großen sozioökonomischen Herausforderungen von Anfang an mit besserer Ausstattung, gezielter Sprachförderung und mehr Personal zu unterstützen.

Betreuungsschlüssel und Sprachförderung verbessern

Wir begrüßen die Weiterentwicklung des Kita-Qualitätsgesetz der Bundesregierung und wollen die zur Verfügung stehenden Mittel sowohl zur Förderung der sprachlichen Bildung als auch der Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels nutzen. Fortbildungen, Krankheit, Urlaub und mittelbare Pädagogik müssen künftig vollständig im Betreuungsschlüssel abgebildet werden. Angelernte Kräfte dürfen kurzfristig nur noch anteilig und langfristig nicht mehr im Betreuungsschlüssel einbezogen werden. Auf den Unterschied zwischen einem „rechnerischen“ und einem „realen“ Betreuungsschlüssel ist somit zu verzichten.

Trägern soll nicht mehr erlaubt werden, zeitlich unbegrenzt und ohne Angabe von Gründen die Zielbetreuungsquote um 10 % zu unterschreiten. Die stetig abfallenden Qualitätsstandards der Ausbildung des Kita-Personals, z.B. durch immer grö-

Bere Aufweichungen in den Zugangsvoraussetzungen, wollen wir beenden.

Mehr qualifiziertes Personal für die frühkindliche Bildung

Wir wollen die Erzieherausbildung durch die Einführung einer dualen bzw. berufsintegrierten Ausbildung mit angemessener Vergütung und bezahlten Praktika reformieren und attraktiver machen. Dabei wollen wir auch mehr Männer für den Beruf gewinnen. Quereinsteigern aus dem In- und Ausland werden wir eine praxisorientierte Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz leichter ermöglichen.

Wir wollen den Einsatz von Hauswirtschafts- und Verwaltungsfachkräften fördern, damit das pädagogische Fachpersonal mehr Zeit mit den Kindern statt am Schreibtisch verbringt.

Bessere Anerkennung der Kindertagespflege

Die Kindertagespflege ist ein wichtiger Baustein der Kinderbetreuung. Wir setzen uns dafür ein, dass diese wichtige Arbeit besser anerkannt wird. Tagespflegekräfte müssen eine bessere Entlohnung erhalten.

Digitale frühkindliche Bildung

Kinder kommen immer früher mit digitalen Medien und Unterhaltungsangeboten in Berührung. Sie sollen darum im Rahmen der frühkindlichen Bildung erste notwendige Kompetenzen im alters- und kindgerechten Umgang mit der Digitalisierung erhalten. Wir wollen die Anschaffung von Endgeräten sowie Fortbildungen von pädagogischen Fachkräften fördern. Unser Ziel ist, dass in jeder Gruppe pro Erzieherin bzw. Erzieher ein digitales Endgerät zur Verfügung steht. Eltern wollen wir eng einbinden und auf die Risiken digitaler Medien hinweisen.

Bildung im MINT-Bereich stärken

Experimentieren und Forschen wollen wir fördern und damit frühkindliche Bildung im Bereich der MINT-Felder Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik stärken. Wir werden kindgerechte Lernangebote ausbauen, die Kinder frühzeitig für mathematisch-naturwissenschaftliche Zusammenhänge begeistern und Talente frühzeitig fördern.

Kita-Plätze wohnortnah bereitstellen

Wir wollen den Bedarf für Kita-Plätze effektiver erheben, um mehr wohnortnahe Kita-Plätze zu ermöglichen. Gerade in bestehenden Quartieren kann es schwer sein, geeignete Standorte für eine Kita zu finden. Statt einer formelhaften Standardvorgabe wollen wir in solchen Fällen eine Genehmigung nach einem Punktesystem ermöglichen. Für neue Quartiere soll ein bedarfsgerechtes Kita-Angebot integraler Bestandteil der Gesamtplanung werden.

Flexible Öffnungszeiten ausbauen

Wir werden für mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen sorgen und dabei insbesondere die Angebote in den Randzeiten ausbauen. Kita-Öffnungszeiten müssen wirklich flexibel sein, um echte Vereinbarkeit zu gewährleisten. Wir fördern Bestrebungen zum bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesstätten, in denen Kinder insbesondere von im Schichtdienst arbeitenden Eltern auch über Nacht betreut werden.

Schwimmunterricht und Wassergewöhnungskurse fördern

Schwimmen zu können ist nicht nur in einer Stadt am Wasser wie Hamburg eine Frage der Sicherheit. Wir wollen, dass jedes noch nicht schulpflichtige Kind in Hamburg an einem Schwimmkurs teilnimmt, um das Seepferdchen-Abzeichen zu erwerben. Dafür sollen Schwimmkurse auch niedrigschwellig etwa im Sommer an Badeseen angeboten werden.

An Schulen muss so früh wie möglich Schwimmunterricht erteilt werden, nicht erst ab der dritten Klasse. Am Schwimmunterricht müssen alle Kinder teilnehmen, soweit keine medizinischen Gründe entgegenstehen. Jede unter hygienischen Gesichtspunkten angemessene Schwimmkleidung ist zu akzeptieren. Wir wollen Schwimmcontainer als Ergänzung zu den umkämpften Schwimmflächen für den Schwimmunterricht einsetzen.

Damit sich junge Menschen und Familien das Schwimmen leisten können, wollen wir vergünstigten Schwimmbadeintritt für Auszubildende und Studenten sowie Familien einführen.

Allgemeinbildende Schulen weiterentwickeln

Wir möchten, dass jedes Kind in Hamburg gerne zur Schule geht – weil es dort individuell nach seinen Stärken und Schwächen gefördert wird. Neugierde, Kreativität und Leistungsbereitschaft sollen im Mittelpunkt stehen, unterstützt durch modernste Lernmethoden und aktuelle Forschungserkenntnisse. Schulen sollen dabei nicht nur Lern-, sondern auch Orte der Inspiration und Entfaltung sein.

Das Startchancen-Programm der Bundesregierung begrüßen wir ausdrücklich, da es durch gezielte Förderung, die Stärkung grundlegender sowie zukunftsorientierter Kompetenzen und eine wissenschaftliche Begleitung ein zukunftsweisendes Modell für Hamburgs Schulen bietet.

Gleichzeitig kritisieren wir, dass das bewährte Hamburger 23+-Programm, das Schulen in schwierigen Lagen gezielt unterstützt hat, zugunsten des Startchancen-Programms komplett gestrichen wurde. Hamburg darf dieses neue Programm nicht als Ausrede nutzen, um den eigenen Haushalt zu entlasten, und dabei die Kinder vernachlässigen, die am dringendsten zusätzliche Förderung benötigen.

Guter Start in die Grundschule

Damit jedes Kind von Anfang an am Unterricht teilhaben kann, müssen Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse gefördert werden. Nach Feststellung des Bedarfs sollen Kinder schon vor der Einschulung kostenlose und obligatorische Sprachförderung in der Kita erhalten, bis ein ausreichendes Sprachniveau erreicht ist, um die Grundschule zu besuchen. Wir werden eine Pflicht zum Besuch einer Kita bzw. Vorschule für Kinder einführen, bei denen Defizite der sprachlichen und allgemeinen Entwicklung festgestellt werden.

Kinder, die später ohne ausreichende Sprachkenntnisse auf eine Hamburger Schule wechseln, sollen so lange an den Internationalen Vorbereitungsklassen teilnehmen, bis sie dem Unterricht folgen können.

In der Grundschule müssen alle Kinder Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen erlernen, die für den Besuch der weiterführenden Schule notwendig sind. Ist dies nicht der Fall, soll eine Verlängerung der Grundschulzeit möglich sein.

Mehr Freiräume für die selbstverantwortete Schule und für Lehrkräfte

Wir Freie Demokraten stehen zur selbstverantworteten Schule. Sie soll weitgehend frei über den Einsatz ihrer Ressourcen in Bezug auf Organisation, Budget, Profilbildung und Personal entscheiden. Gleichsam wollen wir Eigenverantwortung und Freiräume für Lehrkräfte stärken. Auch sie sollen von Bürokratie entlastet werden und mit eigenem Budget etwa Materialien, Software, Ausstattung oder Ausflüge finanzieren können.

Wir werden das Hamburger Schulgesetz dahingehend reformieren, dass Lehrkräfte für Lernentwicklungsgespräche (LEG) mehr Flexibilität erhalten, um nach ihrem Ermessen LEG nur mit den Schülerinnen und Schülern zu führen, die beratungsbedürftig sind. Dadurch gewinnt das Lehrpersonal zeitliche Kapazitäten und wird von überbordenden Dokumentationspflichten befreit.

Wir wollen, dass Schulen und Lehrkräfte auch frei über Lernorte entscheiden können, innerhalb und außerhalb der Schule. Wir wollen jede Schule mit MakerSpaces, Kreativräumen und MINT-Laboren ausstatten, in denen Kinder neue Technologien kennenlernen und sich ausprobieren können. Lernen soll regelmäßig draußen und an außerschulischen Orten, in Schulgärten und -wäldern, im Schülerforschungszentrum oder in Museen stattfinden. Dabei werden wir fächerübergreifendes Lernen fördern und Schulen ermöglichen, neue Lernformate wie den „Frei Day“ zu etablieren.

Insbesondere die Wochen vor den Sommerferien wollen wir den Schülerinnen und Schülern als Vertiefungsphase zur Verfügung stellen, in denen sie selbstständig oder im Rahmen von Kursen und Angeboten Themen erarbeiten oder Praktika absolvieren können.

Den in Hamburg etablierten gemeinsamen Religionsunterricht (RUfa 2.0) begrüßen wir. Für eine klare Trennung von Staat und Kirche fordern wir ein Ende des Einflusses der religiösen Gemeinschaften auf die Lehrpläne und eine entsprechende An-

passung der Staatskirchenverträge. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass der Religionsunterricht ausschließlich von staatlich ausgebildeten Lehrkräften erteilt wird.

Lernräume und Bibliotheken für Kinder und Jugendliche

Viele Kinder und Jugendliche haben zu Hause kein ruhiges Lernumfeld. Wir wollen deswegen in allen Stadtteilen Lernräume für Schülerinnen und Schüler öffnen oder schaffen, etwa an Schulen nach dem Vorbild der Ich-Werkstatt der Stadtteilschule Öjendorf oder durch Kooperationen mit Bibliotheken, Coworking Spaces, Einkaufszentren oder Sportvereinen. Wir werden die Altersgrenze für das FlexiBib-Angebot der Bücherhallen absenken.

Wir Freie Demokraten wollen jedem Grundschulkind in Hamburg einen Besuch im Planetarium ermöglichen.

Digitalisierung als Chance nutzen

Wir wollen die Digitalisierung als Instrument für exzellente und individuelle Bildung pädagogisch wertvoll und nachhaltig in Hamburgs Schulen verankern. Digitales Lehren und Lernen müssen feste Bestandteile aller Schulen und aller Schulfächer sowie der Lehreraus- und -fortbildung werden. Wir wollen eine Pädagogik und Didaktik mit Methoden, die helfen, anders, schneller, individualisierter und leichter lernen und verstehen zu können, als es bisher möglich war.

Wir Freie Demokraten unterstützen alle Schulen bei der Einrichtung einer einsatzfähigen Infrastruktur, Beschaffung aktueller Soft- und Hardware sowie Inanspruchnahme qualifizierter IT-Fachkräfte. Lehrkräfte sind verpflichtend im Umgang mit digitalen Lernmitteln und Medien weiterzubilden.

Die Schulen und Lehrkräfte sollen dazu befähigt werden, passende Lernmittel auszuwählen und diese im Schulalltag gleichrangig zu verwenden. Dabei sollen auch Open Educational Resources (OER) genutzt werden. Die bei der Nutzung digitaler Lernmittel entstehenden Daten müssen geschützt und zugleich für die Auswertung zugänglich gemacht werden, um Lehr- und Lernprozesse und deren Ergebnisse besser auszuwerten und zu verstehen (Learning Analytics und Educational Data Mining).

Alle Kinder und Jugendlichen sollen durch die Schule frühzeitig und kompetent zu einer souveränen und verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien befähigt werden. Das betrifft sowohl die Nutzung digitaler Medien und KI-Anwendungen als auch das Erkennen von Fake News, den Umgang mit Social Media und Cyber-Mobbing und Verständnis von Datenschutz und Cyber-Sicherheit.

Wir werden den spielerischen und interaktiven Erwerb von Digital- und Technologiekompetenz fördern, zum Beispiel durch das Programmieren kleiner Roboter oder den Einsatz von Lernspielen.

Für all diese Ziele wollen wir den neuen Informatikunterricht an Hamburgs Schulen nutzen. Der Lehrplan in diesem Fach darf sich nicht ausschließlich an der Auseinandersetzung mit Hard- und Software orientieren, sondern muss auch den Erwerb

von Medienkompetenzen beinhalten.

Die Vorteile des Distanzlernens wollen wir weiterhin nutzen, zum Beispiel für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund einer Erkrankung längere Zeit nicht am Unterricht teilnehmen können.

Ökonomische Bildung stärken

Wir wollen die ökonomische Bildung an allen Schulformen als Bestandteil der Allgemein- und Verbraucherbildung stärken, um Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten. Dabei sollen die marktwirtschaftliche und finanzielle Allgemeinbildung und praktische Fragen wie Eigentumsbildung, Unternehmensgründung, Rente und ein Verständnis der Aktienmärkte im Fokus stehen.

Demokratiebildung ausweiten

Für uns Freie Demokraten stehen der mündige Bürger und die mündige Bürgerin im Zentrum unseres Weltbilds. Die Grundlagen für demokratische Teilhabe werden in der Schule gelegt und sind deshalb stärker zu fördern. Wir wollen daher besonders altersgerechte demokratische Teilhabe innerhalb der Schule fördern und so Mitbestimmung, Eigenverantwortung und Mündigkeit im Alltag erfahrbar machen.

Zudem wollen wir den Politikunterricht an allen Schulformen stärken und die Vermittlung von Wissen über die demokratischen Prozesse und Institutionen, politische Willensbildung und Parteien sowie das Grundgesetz auch außerhalb von Wahlkämpfen fördern. Politiker und insbesondere die Jugendorganisationen der Parteien sollen im Rahmen des Beutelsbacher Konsenses regelmäßiger an Schulen zu Diskussionen eingeladen werden. Zudem sollen alle Schüler während ihrer Schulzeit die Hamburgische Bürgerschaft und den Deutschen Bundestag besuchen und sich mit Abgeordneten austauschen können.

Umwelterziehung in Kitas und Schulen

Umweltbewusstsein soll bereits in Kitas und Schulen vermittelt werden. Wir möchten Hamburger Schulen auf dem Weg zur „Umweltschule“ und „Klimaschule“ unterstützen, welche über das Referat Umwelterziehung und Klimaschutz des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung koordiniert wird. Umweltbewusster und respektvoller Umgang mit Natur und Ressourcen entsteht schon im Kindesalter und findet dadurch Einzug in die Familien und Haushalte.

Wir unterstützen folgende förderungswürdige Maßnahmen an den Hamburger Schulen:

- Aufnahme standardisierter sog. Energiedienste in den Hausordnungen
- Kampagne zur Müllvermeidung und Mülltrennung
- Initiativen wie „Hamburg radelt“, die Schüler und Lehrer anhalten, sich zu Fuß und mit dem Fahrrad fortzubewegen (insbesondere, damit Schüler nicht von ihren Eltern mit dem Auto gefahren werden)

- Etablierung der Kampagne „Zu Fuß zur Schule“ an den Grundschulen
- Einführung der Initiative „Hamburg räumt auf“ in das schulische Curriculum
- Förderung der Errichtung von Umwelt-AGs
- Implementierung von Umweltthemen in den Lehrplan naturwissenschaftlicher Fächer und in Projektwochen
- Förderung von Kampagnen zu saisonalem, und nachhaltig produziertem Essen in Schulkantinen und Cafeterien von Kitas und Schulen
- Förderung des plastikfreien Schullebens auf Schulveranstaltungen und Schulfesten.
- Einführung von Systemen, die den Schulen einen finanziellen Anreiz zur Verringerung ihres Strom- und Energieverbrauchs geben.

Multiprofessionelle Teams für beste Bildung

Wir möchten Lehrkräfte entlasten, damit sie sich vollständig auf qualitativ hochwertigen Unterricht für alle Kinder konzentrieren können. Dafür streben wir an, ausreichend Personal in den Bereichen Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik, Schulpsychologie sowie Schulbegleitung bereitzustellen. Zusätzlich sollen IT- und Verwaltungsfachkräfte an allen Schulen zur Verfügung stehen.

Um Lehrkräfte von administrativen Aufgaben zu entlasten, sollen Verwaltungskräfte sie gezielt unterstützen und diese Aufgaben übernehmen. Unser Ziel ist ein Verhältnis von einer Verwaltungskraft auf zehn Lehrkräfte. Wir fördern eine enge Zusammenarbeit aller Akteure – einschließlich außerschulischer Partner wie Sport- und Musikvereine – sowie den Einsatz von Teamteaching und kollegialer Fallberatung.

Zukunftsgerichtetes Lehramtsstudium

Um dem Lehrkräftemangel zu begegnen, wollen wir mehr Lehrkräfte besser ausbilden. Dafür werden wir die Anzahl der Referendariatsplätze erhöhen.

Wir wollen Theorie und Praxis enger miteinander verzahnen und ein duales Lehramtsstudium einführen, in dem sich Uni- und Schulphasen möglichst kurzfristig abwechseln. Die Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung muss ausgeweitet bzw. überhaupt erst etabliert werden. Regelmäßige Reflexionsphasen der Praxiseinsätze sowie Begegnungsmöglichkeiten mit Referendaren und Lehrern ermöglichen einen realistischen Blick auf die Herausforderungen des Lehrerberufs und ermöglichen eine zielgerichtete Gestaltung des eigenen Studiums. Die Themen Inklusion, Integration, Hochbegabung und mentale Gesundheit sollen im Studium behandelt werden.

Den Masterstudiengang für Quereinsteiger wollen wir für Menschen mit Berufserfahrung öffnen und berufsbegleitend als Teilzeitstudium anbieten.

Weiterentwicklung des Lehrerarbeitszeitmodells

Das Hamburger Lehrerarbeitszeitmodell soll einen möglichst flexiblen Einsatz der Lehrkräfte und eine individuelle Bemessung der höchst unterschiedlichen Tätigkeiten verschiedener Lehrkräfte abbilden. Allerdings berücksichtigen die Zeiten, die Lehrkräften für ihre Tätigkeiten angerechnet werden, keine der Herausforderungen, die in den letzten Jahren zutage getreten sind: Sprachbildung, Integration, Inklusion, Umgang mit Heterogenität/Differenzierung und Koordination mit Sonderpädagogen sind nur einige der neu hinzugekommenen Aufgaben, die Lehrkräfte bewältigen müssen, ohne dass sich die Berechnung ihrer Arbeitszeit verändert hätte. Im Ergebnis kommen alle diese Felder sowie die Bewältigung der Regelaufgaben zu kurz, was zu nachlassender Unterrichtsqualität und einer Überlastung der Lehrkräfte führt.

Dies spiegelt sich unter anderem in hohen Ausfallzeiten und steigenden Krankheitsquoten wider. Wir werden das Lehrerarbeitszeitmodell daher reformieren und die Berechnung der Lehrerarbeitszeit an die Herausforderungen der heutigen Zeit anpassen.

Weiterbildung für Lehrkräfte

Wer andere bildet, braucht selbst regelmäßig Fortbildung. Wir wollen alle Lehrkräfte regelmäßig im Bereich digitaler Kompetenzen und KI verpflichtend fortbilden. Fortbildungen sollen in der Regel vor Ort an den Schulen oder online stattfinden.

Effektive Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall

Auch der beste Unterricht kann nur wirken, wenn er stattfindet, aber in Hamburg fällt bis zu 20 % des Unterrichts aus. Wir wollen eine ehrliche Erfassung der Ausfallstunden und eine entsprechende Anpassung der Stellen. Wo möglich werden wir mehr Lehrerstellen als nötig besetzen, um Ausfällen zu begegnen. Lehramtsstudenten wollen wir nach dem Vorbild eines Pilotprojekts an der TU Dresden zur Reduzierung von Ausfallstunden einsetzen.

Beste Lehrkräfte für beste Bildung –

Verbeamtung abschaffen und leistungsgerechte Entlohnung einführen

Langfristig fordern wir die bundesweite Abschaffung der Verbeamtung von Lehrkräften. Verbeamtungen widersprechen dem Leistungsprinzip unter Lehrkräften in starren Gehaltsklassen. Ein Aufstieg im Beruf ist kaum möglich. Strukturschwache Schulen können aktuell nicht durch höhere Vergütungen attraktiver gemacht werden. Zudem spielt das Argument von Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit bei Lehrkräften – im Gegensatz etwa zur Justiz – eine untergeordnete Rolle. Es bedarf jedoch einer ganzheitlichen und bundesweiten Reform, um einen Konkurrenzkampf zwischen den Bundesländern mit dem Argument der Verbeamtung zu verhindern. Bis diese Reform umgesetzt wird, sollen Prämien für besonders engagierte Lehrkräfte eingeführt werden. Wir werden zudem erwirken, dass angestellte Lehrkräfte in

den Sommerferien nicht länger gekündigt werden können.

Starke individuelle Förderung – das Kind im Mittelpunkt der Bildung

Wir Liberale setzen uns für frühe und individuelle Förderung aller Kinder ein, für einen professionellen und fördernden Umgang mit Kindern mit Hochbegabung, psychischen Problemen und körperlichen oder geistigen Einschränkungen sowie für mehr Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulen und Schulformen.

Wir wollen die Förderung hochbegabter Schülerinnen und Schüler und den Umgang mit psychischen Problemen sowie die Förderung mentaler Gesundheit als verpflichtenden Teil der Lehrkräfteaus- und -fortbildung etablieren. Diagnose- und Prognosefähigkeiten sollen gestärkt und spezielle Unterstützungsangebote, insbesondere schulpsychologische Betreuung, in allen Schulformen ausgebaut werden.

Als Freie Demokraten stehen wir zu dem Recht auf Inklusion und für die Wahlfreiheit der Eltern und Kinder zwischen Förder- und Regelunterricht bzw. -schule.

Zentrum für Talentförderung und Talent-Scouts

Um Talente unabhängig von ihrem Hintergrund und ihrer Herkunft zu fördern, wollen wir Talent-Scouting nach dem Vorbild NRW in Hamburg etablieren und ein Zentrum für Talentförderung gründen. Talent-Scouts unterstützen junge Menschen dabei, ihre Talente zu entwickeln und begleiten sie bei Entscheidungen über ihre Zukunft. Zudem wollen wir Stipendien für förderbedürftige und besonders förderwürdige Schülerinnen und Schüler auflegen.

Antisemitismus und Rassismus wirksam bekämpfen

Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind ohne Angst vor Diskriminierung oder Gewalt in Hamburg zur Schule gehen kann. Insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 hat Judenhass in Hamburg zugenommen und wir stellen uns dieser Entwicklung konsequent entgegen. Lehrkräfte müssen entschieden gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit innerhalb und außerhalb des Unterrichts vorgehen. Gleichzeitig müssen sie vermitteln, dass und warum Antisemitismus und Israelfeindlichkeit nicht geduldet werden. Hierfür sind Lehrkräfte gezielt fortzubilden.

Schülerinnen und Schüler sollen nicht nur das Gedenken an den Holocaust kennenlernen und Gedenkstätten besuchen, sondern auch Orte des jüdischen Lebens in Hamburg und über entsprechende Initiativen in den Austausch mit Jüdinnen und Juden treten können.

Gleichzeitig müssen Rassismus und jeder anderen Form von Diskriminierung und Gewalt an Hamburgs Schulen wirksam entgegengetreten werden.

Mentale Gesundheit stärken und Mobbing entgegenreten

Wir wollen die mentale Gesundheit der Schülerinnen und Schüler sowie die der Lehrkräfte stärken und Mobbing entgegenwirken. Präventionsschulungen, die den geeigneten Umgang mit (Cyber-) Mobbing sowie jegliche Formen psychischer,

körperlicher und sexualisierter Gewalt thematisieren, müssen fester Bestandteil der Lehreraus- und -fortbildung sein. Dabei soll auch der Umgang mit Kindern und Jugendlichen in der Findungsphase ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sowie der Umgang mit Sozialen Medien regelmäßig im Unterricht thematisiert werden.

Im Sportunterricht soll neben Bewegung auch die Förderung physischer und psychischer Gesundheit im Fokus stehen.

Gleitzeitmodell beim Schulbeginn

Wir unterstützen Schulen bei der Umstellung des Schulbeginns auf 9 Uhr mit dem Angebot an Schülerinnen und Schüler, sich bereits ab 8 Uhr in der Schule aufzuhalten und betreut zu werden.

Zentralabitur und bundesweit einheitliche Bildungsstandards

Die Unterschiede der Bildungssysteme sind unfair und der Umzug in ein anderes Bundesland für Familien eine Zumutung. Daher setzen wir uns für bundesweit einheitliche, ambitionierte Bildungsstandards und Abschlussprüfungen ein. Wir sind überzeugt, dass ein zukunftsfähiges und digitales Bildungssystem und dessen Finanzierung eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern sein muss. Wir wollen deshalb eine Reform des Bildungsföderalismus durch eine Grundgesetzänderung erreichen.

Unterrichtsfreie Tage reduzieren

Unterrichtsfreie Tage (z. B. aufgrund von Zeugiskonferenzen, Konzepttagen, Brückentagen) stellen berufstätige Eltern vor enorme Herausforderungen. Die unterrichtsfreien Tage sind deshalb zu reduzieren und zwischen den Schulen zu synchronisieren. Die Schulleitungen sollen Pläne für unterrichtsfreie Tage bei Elternratssitzungen vorstellen und mit den Eltern besprechen.

Reform der Studienstufe

Wir werden die Studienstufe derart reformieren, dass sie den Schülern eine individuellere Zusammenstellung ihres Stundenplans ermöglicht. Insbesondere wollen wir die starren Profile aufbrechen und eine an den Kompetenzprofilen der Schüler orientierte Wahl von Kursen auf erhöhtem Anforderungsniveau ermöglichen, angelehnt an das Leistungskurssystem.

Alle Ziele des Schulstrukturfriedens umsetzen

Wir Freie Demokraten stehen zu den Zielen des Hamburger Schulstrukturfriedens, der gemeinhin als „Hamburger Schulfrieden“ bezeichnet wird. Der Schulstrukturfrieden ist ein überparteilicher Erfolg, für den andere Bundesländer uns beneiden. Wir sind überzeugt davon, dass Verbesserungen der Qualität am besten gelingen, wenn nicht mit jeder Legislaturperiode die Schulstruktur verändert wird. Gleichzeitig darf der Schulstrukturfrieden kein Vorwand sein, die weiterhin not-

wendigen Reformen zur Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität zu unterlassen.

Schülerausweis reformieren

Wir fordern den Ausbau des Schülerausweises zu einem Bildungsausweis, die jedem Schüler Hamburgs unabhängig von der finanziellen Ausstattung des Elternhauses eine möglichst einfache und umfassende Partizipation an den verschiedenen Bildungsmöglichkeiten unserer Stadt ermöglicht.

Jeder Schülerin und jedem Schüler soll zum Schuljahresbeginn oder bei Schulanmeldung automatisch ein einheitlicher Schülerausweis im Scheckkartenformat und in digitaler Form ausgestellt werden. Bei Vorlage des Schülerausweises ist kostenfrei ein Ausweis der öffentlichen Bücherhallen sowie der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg zu gewähren. Außerdem soll ihnen bei Vorlage des Schülerausweises kostenfreier Zutritt zu sämtlichen bildungs- und naturwissenschaftlichen Einrichtungen in öffentlicher Hand ermöglicht werden. Dies umfasst auch den Fernzugang über e-Medien. Wo möglich, sollen Verhandlungen mit privaten Stiftungen und Vereinen aufgenommen werden, um eine äquivalente Regelung zu finden. Die Verkehrsverbände sollen diesen Ausweis als Ersatz für die Papier-Bescheinigung anerkennen.

Berufsorientierung verbessern

Wir werden die Berufsorientierung sowohl an Stadtteilschulen als auch an Gymnasien verbessern. Außerdem unterstützen wir die Einrichtung einer digitalen Datenbank, die Studenten und Auszubildende europaweit über Möglichkeiten für Auslandsstudien, Auslandspraktika und internationale Ausbildungsstellen informiert. So fördern wir die europäische Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit auch für diese Zielgruppen. Praktika sollen regelmäßiger durchgeführt sowie besser betreut werden.

Durch individuelle Beratung, Ausbildungsbotschafter und Karrieremessen wollen wir junge Menschen gezielt über die Chancen einer betrieblichen Ausbildung aufklären. Zudem setzen wir uns für einen intensiveren Austausch zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben ein.

Berufliche Bildung

Wir Freie Demokraten setzen uns für bessere Bedingungen für Auszubildende ein. Wir wollen den Weg in die Ausbildung erleichtern und das Matching verbessern, um die Zahl von trotz des hohen Fachkräftemangels über 4.000 unbesetzten Ausbildungsplätze in Hamburg zu reduzieren.

Die Berufsausbildung ist ein ebenso guter Start in ein erfolgreiches Berufsleben wie ein Studium. Wir Freie Demokraten sagen klar: Ein Meister muss so viel wert sein wie ein Master.

Wir wollen die Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Studium erleichtern und eine transparentere Anrechenbarkeit von in der Ausbildung erbrachten Leistungen auf ein Studium sowie von im Studium erbrachten Leistungen auf eine Ausbildung erreichen.

Mehr Azubi-Wohnheime

Wir wollen mehr Wohnheime für Auszubildende bauen. Die Mittel aus dem Bundesprogramm „Junges Wohnen“ dürfen nicht einfach verrechnet, sondern müssen für die Schaffung neuer günstiger Wohnheimplätze eingesetzt werden.

Digitale Bildung an Berufsschulen

Alle Ausbildungsberufe sind von der Digitalisierung betroffen. Deswegen wollen wir eine moderne, digitale berufliche Ausbildung, die sowohl digitalen Unterricht als auch die berufliche Nutzung von digitalen Hilfsmitteln und KI beinhaltet.

Die Hamburger Berufsschulen brauchen eine einsatzfähige Infrastruktur und zeitgemäße Soft- und Hardware. Künstliche Intelligenz, Virtual und Augmented Reality müssen konsequent und sinnvoll in der beruflichen Bildung genutzt werden. Deshalb wollen wir digitale Bildung als verpflichtendes Segment in der Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte implementieren. Zudem sollen qualifizierte Digitalexperten und Praktiker regelmäßig Schulungen an den Berufsschulen geben.

Internationale Berufsausbildung

Wir wollen die internationale Perspektive auch in der beruflichen Bildung zur Selbstverständlichkeit machen und die von der Bundesregierung angestoßene „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ in Hamburg umsetzen.

Werdegänge abseits von Rollenbildern fördern

Wir wollen, dass Menschen ihre Karrierewege unabhängig von Geschlechterklischees wählen können. Das betrifft insbesondere Berufe und Werdegänge im MINT-Bereich und im Handwerk sowie soziale Berufe wie etwa Erzieher oder Krankenpfleger. Auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern werden wir den Weg erleichtern und ihnen durch abgekürzte Ausbildungswege eine zweite Chance eröffnen, sich ihren Berufswunsch zu erfüllen.

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für unsere Stadt

In einer Stadt, die immer größer und vielfältiger wird, müssen viele verschiedene Interessen und Anliegen berücksichtigt werden. Hierbei dürfen Grünflächen, Gewässer sowie die Tiere in der Stadt nicht zu kurz kommen. Wir Hamburger Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Hamburg lebenswert bleibt, und stellen uns aktiv den Herausforderungen des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes. Erforderliche Anpassungen an den Klimawandel und Klimaschutz sind dabei stets mitzudenken. Wir werden bei allen Maßnahmen des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes den Kli-

maschutz und den Klimawandel berücksichtigen – insbesondere auch in unserer Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Mobilitätspolitik.

Der Hamburger Klimaplan muss mit hochwirksamen, kurzfristig realisierbaren Klimaschutzmaßnahmen ambitioniert umgesetzt werden. Alle Maßnahmen sind konsequent nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten auszurichten. Aufgrund des fortschreitenden Klimawandels wollen wir für die Stadt eine wissenschaftlich fundierte Klimaanpassungsstrategie entwickeln, die für die kommenden Jahrzehnte die geeignetsten Maßnahmen zur Sicherung der Lebens- und Umweltqualität gewährleistet.

Schutz und Ausbau einer ökologisch wertvollen Stadtnatur

Stadtnatur ist Umwelt-, Klimaschutz und Naherholung zugleich. Wir verstehen Naturschutz und Naturerlebnis als untrennbare Teile unserer Stadtkultur. Grünflächen und der alte Baumbestand sind wichtig für das Stadtklima und dienen als Erholungsflächen für Mensch und Tier. Wir wollen Grünflächen erhalten und der Natur auch im Kleinen mehr Raum gewähren.

Wir Hamburger Freie Demokraten werden bereits beim Anlegen neuer Grünflächen bei der Pflanzenauswahl auf ökologische Aspekte und veränderte Umweltbedingungen durch den Klimawandel achten. Um trotz fehlender Flächen Hamburgs Grün wieder wachsen zu lassen, fördern wir innovative Wege, Bauwerke und Pflanzen zu verbinden. Dazu zählt nicht nur die vermehrte Dach- und Vertikalbegrünung von Gebäuden und Bushaltestellen, sondern auch die Begrünung von Bahntrassen. Zudem fördern wir mehr Obstbäume, Streuobst- und Wildblumenwiesen in den Hamburger Parks. Für die städtischen Grünflächen und Pflanzareale sind digitale und automatisierte Bewässerungssysteme einzuführen. Wir werden den Einsatz von Laubbläsern und -saugern bei der Stadtreinigung und städtischen Grünpflege kritisch prüfen lassen und so weit wie möglich zeitlich reduzieren.

Schutz, Pflege und Erweiterung des Hamburger Baumbestands

Den wertvollen alten Baumbestand Hamburgs wollen wir erhalten, schützen und erweitern. Wir Hamburger Freie Demokraten setzen uns für eine Novellierung der maßgeblichen Normen (unter anderem Baumschutzverordnung) dahingehend ein, dass bei baulichen Maßnahmen der Baumbestand zu schützen und bei unvermeidbaren Fällungen privater und behördlicher Seite sowie der Planung neuer Quartiere höhere Baumqualitäten (insbesondere größerer Stammumfang) und eine größere Anzahl von Ersatz- bzw. Ausgleichspflanzungen vorzusehen sind. Neue Bäume sind mit einem größeren Stammumfang als bisher anzupflanzen. Fremdländische Bäume (sog. Klimabäume) werden wir wissenschaftlich begleitet für den städtischen Bereich grundsätzlich freigeben, da sie im innerstädtischen Bereich keine ökologischen Nischen gefährden und klimaresilienter sind. Die Fertigstellungs- und Entwicklungspflege ist an den Klimawandel anzupassen. Wir wollen die Aufforstung vorantreiben und für jedes Kind, das in Hamburg geboren wird, einen Baum pflanzen lassen. Baum-, Beet- und Grünstreifenpatenschaften mittels privater Betreuungen

durch Bürger, Schulklassen und Unternehmen werden wir fördern.

Unvermeidbare Baumfällungen im öffentlichen Raum sowie im Rahmen des Straßen- und Wohnungsbaus sind durch Nachpflanzungen von Bäumen in unmittelbarer Nähe, statt Ersatzpflanzungen in entfernteren Wald- oder Forstgebieten auszugleichen. Wir werden ein nachhaltiges Monitoring des Hamburger Baumbestandes, der Baumentnahmemassnahmen und der ausstehenden Nach- und Ersatzbepflanzungen einführen.

Natur- und Landschaftsschutzgebiete sichern

Landschafts- und Naturschutzgebiete sind die grünen Lungen der Stadt und wertvolle Flächen für die Naherholung und den Klimaschutz. Wir Hamburger Freie Demokraten wollen diese Gebiete sichern und erweitern. Geeignete zusätzliche Gebiete dafür werden wir schnellstmöglich ausweisen lassen.

Baumaßnahmen, die für eine wachsende Stadt wie Hamburg unumgänglich sind, haben Landschaftsschutzgebiete unberührt zu lassen. Die Moore innerhalb der Schutzgebiete werden wir renaturieren lassen, insbesondere dort, wo dies durch einen natürlichen Wasserzufluss umsetzbar ist.

Flächenversiegelung vermeiden und verringern

Die zunehmende Versiegelung öffentlicher Flächen führt im Stadtbereich in Kombination mit sich häufenden Starkregenereignissen zu ernstesten Problemen. Erforderlich sind daher mehr Abfluss- und Rückhaltungsmöglichkeiten.

Eine weitere Versiegelung von Böden in Hamburg werden wir durch die Förderung einer flächenschonenden Architektur vermeiden. Für die nicht vermeidbare Versiegelungen von Flächen zur Schaffung von Wohn- und Gewerbeflächen hat die Freie Hansestadt Hamburg zeit- und ortsnah qualitativ hochwertige Ausgleichsflächen zu schaffen. Bei deren Schaffung kommt es für uns nicht allein auf ihre Größe, sondern insbesondere auf die Qualität der ökologischen Bedingungen an. Die naturnahe, qualitativ hochwertige Bepflanzung und Beschaffenheit der Ausgleichsfläche ist uns wichtiger. Ausgleichsflächen in Hamburg können auch in zusätzlicher Dach- und/oder Fassadenbegrünung liegen.

Wir Hamburger Freie Demokraten werden Konzepte einer „Schwammstadt“ entwickeln und umsetzen lassen, mit Fokus auf die bereits bekannten Starkregenrisikogebiete. Regensiele und Gräben sind künftig besser zu pflegen.

Die Bodenversiegelung durch private Haushalte erzeugt bei Starkwasserereignissen hohe Schadensregulierungskosten. Über diese Gefahren und mögliche Gegenmaßnahmen bei der Gartenanlage wollen wir die Bürger besser aufklären.

Gewässer- und Uferqualität verbessern

Wasser spielt in Hamburg eine herausragende Rolle – dazu gehören neben Elbe und Alster nicht zuletzt die vielen kleineren, die jeweilige Region prägenden, Wasserläufe und Seen. Sie haben einen hohen Anteil an der Lebensqualität der Stadt.

Der Schutz der Hamburger Gewässer hat für uns daher hohe Priorität.

Wir Hamburger Freie Demokraten werden bestehende Wasserläufe einschließlich der gestauten Bereiche vor Schleusen regelmäßig auf ihre Wasserqualität prüfen lassen und soweit erforderlich durch bauliche Maßnahmen verbessern. Verkümmerte Wasserflächen sind zu renaturieren. Zudem ist zu prüfen, ob die historischen Schleusen entlang des Alsterlaufs als Denkmäler ohne Funktion erhalten werden können und der Lauf der Alster trotzdem durch Umbaumaßnahmen wieder natürlicher fließen und sauerstoffreicher gestaltet werden kann. Staubereiche werden auf Verschlammung geprüft und - soweit erforderlich - renaturiert. Ursachen für die bisherige Verschlammung sind zu beseitigen.

Rückhalt und Reinigung von Straßenabwässern mit Schwerpunkt Rückhalt statt Ableitung sind bei Straßenbaumaßnahmen zu berücksichtigen. Im Bereich des Hamburger Hafens sind die Bedürfnisse des Naturschutzes verstärkt zu berücksichtigen.

Wir wollen die Gewässer wieder umfassender für die Bevölkerung zugänglich machen und gemauerte Randbebauungen wieder in natürliche Uferzonen umwandeln. Um Flora und Fauna am Rande der Alster besser zu schützen, müssen Schutzzonen geschaffen werden.

Dem Müll in Grünzonen und Innenstadtbereichen den Kampf ansagen

Der zunehmende Müll in Grünzonen aber auch im Innenstadtbereich schadet der Umwelt erheblich.

Daher werden wir verstärkt in mehrsprachigen Kampagnen auf öffentlichen Werbeflächen, in Verkehrsmitteln sowie auf bestehenden Mülleimern auf dieses Problem hinweisen. In Parks und Grünflächen sind exakt ausgewiesene Grillflächen einzurichten. Mit der Stadtreinigung sowie dem von uns geforderten bezirklichen Ordnungsdienst sind Konzepte zur Erhöhung der Sauberkeit im öffentlichen Raum zu erstellen.

Mehr Biodiversität und Artenschutz

Wir setzen uns ein für mehr belebte städtische Grüninseln und Straßenbegleitbegrünungen. Diese sollen klimastabil sein, hohe CO₂- Bindekapazitäten aufweisen und nach Aspekten von Biodiversität und Artenschutz ausgewählt werden.

Wiesen, Parks und Grünflächen sind so zu bepflanzen, dass sie als Lebensraum für Insekten dienen und nicht vollständig entlaubt werden, um Tieren als Überwintlungsmöglichkeit zu dienen. Die Ausbreitung invasiver Arten in Hamburg ist zu beobachten und ggf. zu beschränken. Die Niederwildjagd kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Lichtverschmutzung in den Grünbereichen der Stadt ist zu reduzieren. Wir setzen uns für intelligente, naturangepasste Beleuchtungssysteme und eine unter Sicherheitsaspekten geprüfte Reduzierung dauerhafter Beleuchtungen in der Nacht ein. Des Weiteren ist der flächendeckende Ersatz der Leuchtmittel auf LEDs zügiger umzusetzen.

Tierschutz gewährleisten

Haus-, Nutz- und Wildtiere verdienen unseren Schutz.

Rasselisten für Hunde sind abzuschaffen, denn die Gefährlichkeit eines Hundes hängt nicht von seiner Rasse, sondern von seinem Halter und dem Wesen des Hundes ab. Deswegen setzen wir auf eine stärkere Überprüfung von Haltern. Wir fordern genügend Auslaufwiesen für Hunde. Diese sollen an viel befahrenen Straßen eingezäunt sein. Freigängerkatzen unterliegen zukünftig einer Kastrationspflicht, um die Zahl von Straßen- und Tierheimkatzen zu reduzieren.

Wir wollen in Hamburg ordnungsrechtliche Möglichkeiten für die Vermeidung von Tierleid in Zirkussen nutzen. Zudem lehnen wir die Haltung nicht-domestizierter Säugetiere in Zirkussen ab.

Tierversuche liefern für die Forschung wichtige Erkenntnisse. Unerlässlich ist dabei für Forschungslaboren die strikte Einhaltung gesetzlicher Regelungen, insbesondere zum Tierwohl. Die Behörden müssen Labore regelmäßig und auch unangekündigt überprüfen und diese bei Nichteinhaltung der Vorgaben konsequent schließen.

Im Sinne des Umwelt- und Emissionsschutzes soll das in Hamburg geltende Schalldämpferverbot sowie die Nutzung bleihaltiger Munition bei der Jagd abgeschafft werden.

Katastrophen-, Hochwasser- und Überflutungsschutz ausbauen

Im Hinblick auf eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung setzen wir uns sowohl für einen verbesserten Katastrophenschutz als auch für einen Hochwasser- und Überflutungsschutz für Hamburg ein, der an die Prognosen und neuesten Studien zu Starkregen, Unwetter und Ansteigen des Meeresspiegels angepasst ist.

Geeignete Maßnahmen dafür können Querschnittsvergrößerungen der Regenrinnen und der Abwasserkanäle, Einsatz von Pumpen und Bau von Zwischenspeichern sein. Wir benötigen eine integrierte Planung von Entsiegelung, Rückhaltung und Versickerung sowohl in Hochwasserentstehungs- als auch in Überschwemmungsgebieten. Wilhelmsburg muss dauerhaft und nachhaltig vor den Naturgewalten des Wassers geschützt werden. Dafür muss die Wehrhaftigkeit der Deiche zu jeder Zeit gewährleistet sein. Dies muss auf eine nachhaltige Art und Weise geschehen, wozu auch eine stetige Schafbeweidung unerlässlich ist.

Das Ziel ist Klimaschutz – der Weg ist Innovation

Hamburg soll zu einem weltweit bedeutenden Forschungs- und Entwicklungsstandort für klimaneutrale Technologien werden. Diese Zukunftstechnologien schaffen Zukunftschancen und sorgen für Sicherheit, Verlässlichkeit und einen hohen Lebensstandard für alle. Wir Hamburger Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Hamburg insbesondere bei der Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie und der Einführung synthetischer Kraftstoffe als Ersatz für fossile Brennstoffe eine führende Rolle einnimmt.

Der künftige Hamburger Klimaplan muss seine Maßnahmen konsequent an Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten ausrichten, um nachhaltig CO₂ einzusparen. Bundes- und europaweit wollen wir deshalb keine CO₂-Steuer und Einzelregulierungen, sondern kurzfristig den Emissionshandel - der nachweislich das effizienteste Instrument bei der Einsparung von Emissionen ist - in den Vordergrund für alle Sektoren stellen und ihn konsequent ausbauen.

Neben der Vermeidung von CO₂ kann bereits in der Atmosphäre vorhandenes CO₂ in einem CO₂-Kreislauf in den Produktionsketten gebunden werden. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Förderung der Entwicklung entsprechender Technologien ein. Neben künstlichen Formen der CO₂-Reduktion fordern wir die vermehrte Schaffung natürlicher CO₂-Senken in Hamburg. Die bestmöglichen natürlichen CO₂-Senken ergeben sich aus einer gesunden und artenreichen Vegetation. Daher setzen wir uns für den Ausbau, Erhalt und Schutz qualitativ hochwertiger Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, insbesondere der Moore ein.

Uns Freien Demokraten ist bewusst, dass die Umstellung von Produktionstechnologien zeitaufwendig und mit hohen Kosten verbunden ist. Deshalb müssen Umstellungsprozesse mit Vernunft und Augenmaß geschehen, so dass kein volkswirtschaftlicher Schaden entsteht. Für die Begleichung der entstehenden Kosten sind unter anderem die Einnahmen des CO₂-Zertifikatehandels zu nutzen.

Hamburg für den Klimawandel fit machen – das Stadtklima verbessern

Die Stadt braucht eine wissenschaftlich fundierte Klimaanpassungsstrategie, um für die kommenden Jahrzehnte geeignete Maßnahmen ergreifen zu können. Für den Erhalt der Lebensqualität auf Freiflächen, Plätzen und Siedlungen brauchen wir eine flächendeckende Wärmekartierung der Stadt, um den Klimaeinfluss auf den Wärmehaushalt der Stadt zu erfassen und zu mindern. Wir benötigen eine integrierte Planung von Entsiegelung, Rückhaltung und Versickerung sowohl in Hochwasserentstehungs- als auch in Überschwemmungsgebieten. Dabei wollen wir Straßen und öffentliche Flächen als Auffangreservoir für Starkregenereignisse ausgestalten. Darüber hinaus wollen wir vermehrt „blaue“ (Brunnen, Wasserspiele) und „grüne“ (Dachbegrünung, Bäume oder Hochbeete) Elemente im öffentlichen Raum, insbesondere in städtischen Hitzeinseln, nutzen und die Hamburger Infrastruktur an Wetterextreme anpassen.

Für einen Umwelt- und Klimaschutz mit den Bürgern

Des Weiteren fördern und stärken wir das lokale, ehrenamtliche Engagement im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes. Hierzu unterstützen wir die Einrichtung von stadteilweiten „Naturschutzteams“ oder die Aufnahme von entsprechenden Programmpunkten in die Angebote des „Ferienpasses“ sowie Kinderpraktika in Grünflächenbereichen, um auch junge Menschen mit der Thematik vertraut zu machen. Private wie unternehmerische Initiativen zur Schaffung und Pflege von Grünflächen, wie zum Beispiel nach dem Prinzip des „Urban Gardening“ werden wir fördern. Ein innovativer Ansatz, um Parks in Hamburg noch effektiver für das Stadtklima zu

gestalten, ist die Integration von Miyawaki-Wäldern.

Öffentliche Gebäude zu Vorbildern des Klimaschutzes machen

Hamburg soll sämtliche Potenziale für PV-Anlagen und Grünflächen an seinen Fassaden sowie auf den Dächern aller öffentlichen Gebäude erfassen. Bis 2029 sind in Bezug auf die öffentlichen Gebäude mindestens 75 % der PV-Potenziale auf Dächern und an Fassaden zu nutzen.

Öffentliche Gebäude haben eine Vorbildfunktion. Deshalb fordern wir für alle öffentlichen Neubauten und Sanierungen bestehender Gebäude den Einsatz modernster Technik und eine umweltfreundliche Bauweise.

Sicheres Hamburg

Hamburg muss sicherer werden. Dafür wollen wir Freie Demokraten sorgen.

Zu alten Kriminalitätsbrennpunkten sind heute neue Bedrohungsformen in der sich wandelnden Gesellschaft hinzugetreten. Dagegen ist schnelles, sichtbares und konsequentes Handeln erforderlich. Nicht nur die Kriminalitätsstatistik, auch das Sicherheitsgefühl aller Bürger muss wieder besser werden. Politik und Behörden brauchen mehr Entschlossenheit, die Polizei mehr Personal und eine moderne Ausrüstung.

Wir setzen Schwerpunkte:

- **Sichere Straßen, Plätze und Parkanlagen:** Um die Gewalt an zentralen Orten und Straßen gezielt zu verringern, fordern wir ein Programm gezielter Bekämpfung von Drogen-, Banden- und Kleinkriminalität.
- **Sicherere Bahnhöfe:** Der Hamburger Hauptbahnhof und viele andere Bahnhöfe brauchen ein Programm der Prävention und Abschreckung von Kriminalität.
- **Sauberkeit:** Die sichere Stadt erfordert gepflegte und saubere Plätze, Straßen, Wohnumfelder, Gewerbe und öffentliche Einrichtungen, da verschmutzte und zerbrochene Infrastruktur weitere Sachbeschädigungen und Kriminalität anziehen.

Was zu tun ist:

- Hamburg braucht eine Aufstockung der Polizeikräfte, die mit den wachsenden Aufgaben Schritt hält. Möglich ist das nur durch eine Erhöhung der Attraktivität der Polizei und insbesondere eine angemessenere Bezahlung.
- Die Polizei ist von Routineaufgaben zu entlasten, die von anderen Verwaltungsstellen wahrgenommen werden können, etwa bei Ruhestörungen, Schwerlasttransporten und Objektschutz. Dokumentationspflichten sind zu verschlanken, Verwaltungsaufgaben an Verwaltungsassistenten zu übertragen.

- Wir brauchen flächendeckend Fußstreifendienste („Bürgernahe Beamte“) als alltägliche Ansprechpartner und Gesicht der Polizei; sie führen zu einer deutlichen Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.
- Die Ausrüstung und die IT-Infrastruktur der Polizei müssen auf dem modernsten technischen Stand gehalten werden.
- Ein bei der Polizei angegliedertes Cyberabwehrzentrum soll Firmen, Behörden und Bürger vor Cyberangriffen schützen. Dies kann für die Ansiedlung von Firmen aus aller Welt ein strategischer Standortvorteil bei einer Investition in Hamburg sein.
- Die Polizei braucht einen internen Polizei-Messenger für den schnellen Austausch von Bildern, Videos oder Visualisierung wichtiger Einsatzinformationen. Die Einsatzkräfte sind mit ausreichend Diensthandys mit Vorrangschaltung und Tablets für die Streifenwagen auszustatten.
- Wir setzen uns für den verstärkten Einsatz mobiler Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen an Meldeschwerpunkten ein, um die zunehmende Belästigung und Gefährdung durch Raser zu beenden.
- Sauberkeit und Ordnung beeinflussen das Sicherheitsgefühl in den Bahnhöfen im öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Verschmutzungen und Zerstörungen sind auf Bahnhöfen und auf den Zuwegungen sofort zu beseitigen. Wir wollen einen Ordnungsdienst neu aufstellen, der diese Aufgaben aus einer Hand regelt. Der „Melde Michel“ soll zusätzlich als Anwendung nach dem Vorbild der App der Hamburger Stadtreinigung verfügbar gemacht werden.
- Wir fordern ein durchgehendes Beleuchtungsprogramm, das die Beleuchtung des öffentlichen Umfelds zu U- und S-Bahnhöfen und Bushaltestellen sowie aller Fuß- und Fahrradwege gewährleistet.
- Wir fordern die Aufwertung unattraktiver, kriminalitätsgefährdeter Orte durch städtebauliche Gestaltung, mehr Grün und konsequente Abfallentsorgung.
- Gefahrenorte und Angsträume, Kriminalitätsschwerpunkte oder Aufenthaltsorte von Obdachlosen und Drogenabhängigen erfordern jeweils besondere Überwachungskonzepte und die zeitnahe Erreichbarkeit der Polizei.
- Wir brauchen die regelmäßige Präsenz der Polizei an zentralen Orten der Innenstadt, an Gefahrenorten der Quartiere und im öffentlichen Nahverkehr.
- Wir werden dezentrale, leicht erreichbare Anlaufstellen der Opferschutz und -hilfe für Opfer von Gewalt schaffen.
- Antiterrormaßnahmen dürfen das öffentliche Leben nicht einschränken und die Kosten nicht auf die Veranstalter öffentlicher Feste umgelegt werden.
- Wir sind gegen die Einführung des Begriffs der „drohenden Gefahr“ in das Hamburgische Polizeirecht wie es im bayrischen Polizeirecht besteht. Eine weitere Vorverlagerung von Überwachungsbefugnissen ist nicht nötig, da die Anforderungen für die bisherigen Maßnahmen bereits hinreichend niedrig sind.

Im Ernstfall zählt jede Sekunde

Mit Maßnahmen wie „Grüne Welle für Retter“ wollen wir dafür sorgen, dass die Einsatzkräfte schneller vor Ort sind. Um dem bestehenden erhöhtes Krebsrisiko der Feuerwehreinsatzkräfte entgegenzuwirken, fördern wir die Ausweitung der Maßnahmen zur Verhinderung einer Kontaminierungsverschleppung und die entsprechende Schulung von Einsatzkräfte.

Die Freiwillige Feuerwehr stärken

Das Ehrenamt, insbesondere im Bereich der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen, ist eine große Bereicherung. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre unsere Stadt nicht so lebenswert wie sie es heute ist. Wir Freie Demokraten anerkennen diese Leistungen an und werden die Bedingungen des Ehrenamts verbessern.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Feuerwehreinsatzkräfte als Anerkennung pauschal und unbürokratisch eine Art „Erfrischungsgeld“ nach einem Einsatz erhalten. Um die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr und der Hilfsorganisationen zu gewährleisten und diese von Wartungsarbeiten zu befreien, soll jedem Standort ein hauptamtlicher Gerätewart zugeteilt werden. Die starre Altersobergrenze von 60 Jahren für den aktiven Einsatzdienst in den Freiwilligen Feuerwehren werden wir aufheben. Auf Antrag und nach ärztlicher Untersuchung soll ab dem 60. Lebensjahr eine Verlängerung des aktiven Einsatzdienstes um jeweils zwei Jahre ermöglicht werden. Auch wollen wir die Alterseintrittsgrenze von 45 Jahren aufheben.

Erste Hilfe geht jeden an – mehr qualifizierte Ersthelfer

Bis die Rettungskräfte eintreffen, kann die Überlebenschance durch geschulte Ersthelfer massiv gesteigert werden. Neben niedrigschwelligen Angeboten wollen wir deshalb innovative Konzepte erproben, wie die Alarmierung ausgebildeter Ersthelfer in unmittelbarer Nähe von Notfallpatienten über eine durch die Leitstelle aktivierte App. Damit mehr Menschen fit in Erster Hilfe sind, setzen wir uns dafür ein, dass Erste Hilfskurse spätestens ab der fünften Klasse als wiederkehrendes Element im Unterricht verankert werden. Für Grundschüler sind auf die Altersgruppe abgestimmte pädagogische Konzepte, wie die Blaulichtzwerge, weiterzuentwickeln und auszubauen. Es ist unser Ziel, an jeder weiterführenden Schule einen funktionierenden Schulsanitätsdienst einzurichten. Dies kann nur in enger Kooperation mit den Hilfsorganisationen und deren Jugendorganisationen erfolgen. Ein Engagement im Schulsanitätsdienst ist den jeweiligen Schülern schulisch anzurechnen, etwa als besondere Lernleistung.

Wertschätzung für aktive und ehemalige Bundeswehrangehörige

Wir Freie Demokraten begrüßen die Einführung eines Veteranentages durch den Deutschen Bundestag, um den Dienst und die Leistungen ehemaliger und aktiver Soldatinnen und Soldaten zu würdigen. Hamburg ist mit der Führungsakademie in Nienstedten, der Helmut-Schmidt-Universität in Jenfeld und dem Bundeswehrkran-

kenhaus in Wandsbek ein wichtiger Bundeswehrstandort. Den Veteranentag wollen wir deshalb auch in Hamburg zu einem würdigen Ereignis gestalten, zu dem die Bundeswehr sich an zentraler Stelle wie z.B. dem Rathausmarkt präsentieren kann. Der Senat soll hierzu gemeinsam mit der Bundeswehr und Veteranenverbänden ein Konzept erarbeiten.

Handlungsfähige Justiz

Wir Freien Demokraten stehen für die Verteidigung der individuellen Freiheit und der Bürger- und Menschenrechte gegen ihre Feinde durch einen handlungs- und durchsetzungsfähigen Rechtsstaat. Freiheitseinschränkungen unterliegen jedoch immer dem Schutz der Grundrechte und müssen begründet und verhältnismäßig sein.

Zur Durchsetzung des Rechtsstaats zählt eine funktionsfähige Justiz. Aufgrund der mangelnden Führung der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz hat sich an den Gerichten ein akuter Personalmangel in allen Gerichtszweigen aufgestaut und zu untragbaren Verzögerungen für Rechtsuchende und Problemen bei der Durchsetzung des Rechtsstaats in allen Rechtsbereichen geführt. Wir Liberale setzen uns für eine hinreichende personelle Aufstockung der Gerichte und der Staatsanwaltschaft durch verbesserte Geschäftsverteilungspläne und vermehrte Einstellung von Justizpersonal, wie u.a. Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern ein.

Nein zu Extremismus und Terrorismus – Keine Toleranz der Intoleranz.

- Die Werte unseres Grundgesetzes gelten für jeden und wir werden sie gegen jeden Angriff verteidigen. Dazu ist es notwendig, Präventions- sowie Deradikalisierungsstrategien und -programme zu evaluieren und stärker zu fördern.
- Unsere Demokratie wurde in den letzten Jahren immer wieder durch Extremismus und Terrorismus von Rechts- und Linksradikalen sowie Islamisten bedroht. Dagegen verlangen wir konsequentes Vorgehen. Das Landesamt für Verfassungsschutz ist bestmöglich auszustatten.

Nein zu ausufernden Reformen des Polizeirechts.

- Eine Ausweitung des Präventionsgewahrsams lehnen wir ab. Die Fixierung von Personen kann aus unserer Sicht nur dem Schutz des Betroffenen dienen. Die Ausweitung auf andere Zwecke lehnen wir ab.
- Grundsätzlich begrüßen wir Maßnahmen der vorausschauenden Polizeiarbeit. Die Vorhersage von potenziellen Straftaten auf der Basis erfasster Kriminalitätsstatistiken darf sich nur auf Orte, nicht auf Personen beziehen.
- Hinsichtlich der bereits vorhandenen staatlichen Überwachungsbefugnisse setzen wir uns für eine Überprüfung und Evaluierung nach wissenschaftlichen Standards ein. Die Ergebnisse dieser Evaluierung sollen zur Mitte der Legislaturperiode

vorliegen. Im Rahmen der Evaluation soll festgestellt werden, ob die Maßnahme dem jeweiligen Zweck gedient hat und wie oft diese durchgeführt wurde. Auf Grundlage dieser Bewertung wird entschieden, ob die Maßnahme weiterhin bestehen bleibt.

Wir Freie Demokraten lehnen die pauschale Online-Durchsuchung, die pauschale Quellen-TKÜ, die pauschale Vorratsdatenspeicherung, die pauschale biometrische Gesichtserkennung/Videoüberwachung und die ziel- oder anlasslose automatische Kennzeichenerfassung ohne umgehende Löschung von Fehltreffern ab.

Nein zu Einschränkungen des Versammlungsrechts.

- Die Versammlungsfreiheit ist keine Staatsschutzvorschrift, sondern ein demokratisches Teilhaberecht. Wir stehen deshalb für ihren umfangreichen Schutz. Einschränkungen über Allgemeinverfügungen werden daher von uns abgelehnt.
- Für Übersichtsaufnahmen einer Versammlung (z.B. durch Drohnen) durch den Staat muss eine neue gesetzliche Regelung geschaffen werden, um dem Gesetzesvorbehalt zu genügen. Wir Liberale lehnen eine automatisierte Gesichtserkennung ab. Ebenso lehnen wir eine namentliche Erfassung von Versammlungsteilnehmern grundsätzlich ab.

Wir uns setzen ein für:

- die unkomplizierte, schnelle psychologische Unterstützung für Gewaltopfer,
- einen rechtlichen Anspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung für alle Betroffenen,
- eine Rücknahme der Kürzungen bei der Finanzierung von Frauenhäusern,
- die Einrichtung eines Opferschutzbeauftragten für die Hansestadt Hamburg,
- die bessere Unterstützung von Fachstellen in ihrer Arbeit mit Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind,
- den Ausbau bundes- und landesweiter Koordinierungs- und Monitoringstellen sowie regelmäßige und umfangreiche Datenerhebung,
- den Ausbau der Arbeit mit Tätern,
- die regelmäßige und bundesweite Sensibilisierung (z.B. durch verpflichtende Fortbildungen) von Behörden, Richterschaft und Polizei,
- das Einmal-Prinzip im Datenschutz: Mit dem Einmal-Prinzip setzen wir uns nicht nur für eine datensparsame Methode in der Verwaltung ein, sondern reduzieren zugleich die Bearbeitungszeit, da nur noch unbekannte Daten an die Behörde übermittelt werden müssen.

Umsetzung des Justizvollzugsfriedens

- Wir Freie Demokraten stehen zu den Zielen des vereinbarten Justizvollzugsfriedens. Mit ihm ist es gelungen, liberale Politik in Regierungshandeln umzusetzen. Für uns spielt die Resozialisierung eine herausgehobene Rolle. Der neue Jugendstrafvollzug ist mit dem Landesresozialisierungs- und Opferhilfegesetz eng verzahnt. Resozialisiert werden bedeutet auch, einen Neustart ins Leben wagen zu können und dabei müssen wir die Jugendlichen unterstützen.

Aufgabenkritik und Modernisierung in der Justiz

- Wer zu einer Geldstrafe verurteilt wurde und nicht in der Lage ist, diese zu zahlen, soll stattdessen gemeinnützige Arbeit leisten können.
- Mutmaßliche Straftäter dürfen nicht wegen zu langer Verfahrensdauer aus der U-Haft entlassen werden müssen. Die Justiz braucht eine bessere Ausstattung, um zeitnah zu agieren.
- Die Justiz braucht mehr Digitalisierung, Online-Klagen als Standard und bundesweit einheitliche elektronische Aktenführung sowie Breitbandzugänge.
- Neu juristische digitale Geschäftsmodelle sind rechtlich zu regeln.

Zeitgemäße Gestaltung der Bestattung

Wir fordern die Liberalisierung des Bestattungsrechts. Dazu gehören die Abschaffung des Friedhofzwangs für Urnenbestattungen, wenn dies im Testament bestimmt ist, das Erlauben weiterer alternativer Bestattungsmethoden wie Reerdigungen (gestattet in Schleswig-Holstein; Transformation des verstorbenen Körpers zu Erde in einem sargähnlichen Behältnis) und Diamantbestattungen sowie die Gewährung der Teilbarkeit der Asche. Die Beisetzungsfristen sind in allen Bundesländern zu harmonisieren.

Betreiber eines Bestattungsunternehmens müssen die Ausbildung zur Bestattungsfachkraft erfolgreich abgeschlossen haben.

Integration und Migration

Hamburg ist in den vergangenen 10 Jahren das Ziel vieler Geflüchteter geworden. Seit 2015 hat der Zustrom an Geflüchteten aufgrund vieler globaler Krisen erheblich zugenommen. In einem Kraftakt wurden Kapazitäten für die Unterbringung geschaffen, die jedoch endlich sind. Gleichzeitig gibt es weiterhin diverse Herausforderungen bei der Integration. Wir setzen uns daher für eine Bekämpfung irregulärer Migration und zugleich für eine lebensnahe und unbürokratische Integration vor Ort ein.

Deshalb fordern wir die Beschleunigung des sogenannten „Spurwechsels“, um Asylbewerber schnellstmöglich zu gut integrierten Bürgern und Steuerzahlern zu machen. Insbesondere die Integrationsprozesse für Arbeitsmigranten müssen digi-

talisiert und verschlankt werden. Wir halten dabei die bestehenden Anerkennungsverfahren für Fachkräfte mit Ausnahme reglementierter Berufe für weitgehend verzichtbar.

Wir leiden in Deutschland unter einem akuten Arbeits- und Fachkräftemangel. Dieser wird sich durch den Eintritt der Babyboomer in den Ruhestand weiter verschärfen. Bis 2030 gehen voraussichtlich 5 Millionen Menschen mehr in den Ruhestand, als Menschen neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Nach Angaben der Wirtschaftsweisen benötigt Deutschland eine Netto-Zuwanderung von jährlich ca. 400.000 Arbeitsmigranten, um die aktuelle Zahl der Arbeitskräfte beizubehalten.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit 2023 in einer leichten Rezession. Eine pragmatische liberale Integrationspolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Sie kann den Arbeits- und Fachkräftemangel lindern und der Wirtschaft so den nötigen An Schub geben.

Wir Liberale wollen nicht nur Wunschfachkräfte anwerben, die zugleich in Kanada, den USA oder Großbritannien nachgefragt sind. Wir stehen für einen pragmatischen Umgang mit den Geflüchteten und Migranten, die bereits in Hamburg sind, sich für unsere Stadt entschieden haben und bereits Kenntnisse der Sprache und Kultur erworben haben. Daher werden wir Arbeitsverbote in Hamburg weitgehend abschaffen.

Reduzierung illegaler Migration

Die hohe Anzahl an Flüchtlingen, die unsere Hansestadt aufgenommen hat, sorgt immer wieder für Herausforderungen. Die infrastrukturellen Kapazitäten sind erschöpft. Eine ausgewogene Integrationspolitik ist unter diesen Umständen oft schwierig. Hierzu kommt die Belastung für das gesellschaftliche Leben in den Bezirken. Daher begrüßen wir den Vorschlag zur Reformierung des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS).

Schnellere Verfahren, vor allem an den EU-Außengrenzen müssen den unkontrollierten Zustrom verringern und den Geflüchteten mit rechtmäßigem Anspruch schneller eine Bleibeperspektive aufzeigen. Gleichzeitig fordern wir auch in Hamburg erhöhte Kapazitäten für die Abschiebehaf, die wirksamstes Mittel der Rückführungen ist.

Verbesserung der Integration Geflüchteter

Eine langfristige Einbindung in die Gesellschaft kann nur gelingen, wenn das Erlernen der deutschen Sprache und eine zügige Eingliederung in den Arbeitsmarkt gelingen. Jeder Mensch, der in Deutschland Asyl sucht, verdient eine faire und respektvolle Behandlung.

Unterbringung

Die Schaffung geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten Geflüchteter belastet die Bezirke in unserer Hansestadt. Die starken Schwankungen beim Zuzug erschweren

eine valide Kalkulation des Kapazitätsbedarfs. In der Vergangenheit wurde zulasten des Breitensports gelegentlich auf Infrastruktur des öffentlichen Lebens wie Sporthallen zurückgegriffen. Dies werden wir zukünftig vermeiden. Wichtig ist, dass bei der Planung neuer Kapazitäten in den Bezirken der enge Dialog mit den Bürgern erfolgt. Die bürgerliche Teilhabe bei der Entstehung neuer Unterkünfte ist Voraussetzung, um gesellschaftliche Akzeptanz zu gewährleisten.

Zudem werden flexible Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete benötigt, die den geltenden Standards entsprechen und menschenwürdige Bedingungen garantieren. Diese Unterkünfte sind baulich so zu gestalten, dass sie je nach Bedarf rasch aufgestockt oder verringert werden können, zum Beispiel durch moderne Wohncontainer.

Um schulpflichtigen Kindern, die mit ihren Familien in öffentlich-rechtlichen Unterbringungen leben, den Zugang zu digitalen Lerninhalten und Erwachsenen eine digitale Antragstellung in Wohnunterkünften zu ermöglichen, sollen alle Hamburger Unterkünfte mit leistungsfähigem WLAN ausgestattet werden.

Sprachförderung

Nur etwa ein Drittel der Teilnehmer schließt die Sprachkurse des Landesprogramms mit einer Zertifizierung ab. Um diesen Anteil zu erhöhen, fordern wir eine Verpflichtung zur Teilnahme und ein fortlaufendes und umfassendes Monitoring der Kurse, bei dem Teilnehmer, Kursträger und Lehrkräfte regelmäßig befragt werden, um notwendige Anpassungen vorzunehmen. Diese Aufgabe sehen wir beim Flüchtlingszentrum Hamburg (Zentrale Information und Beratung für Flüchtlinge gGmbH). Um die hohe Abbrecherquote zu senken, werden wir auch Sanktionsmöglichkeiten in Betracht ziehen. Dies verbessert nicht nur den Lernerfolg der Teilnehmer, sondern erhöht auch die Planungssicherheit der Kursträger.

Gleichzeitig setzen wir uns für den Bürokratieabbau bei Sprachkursen ein. Die Anbieter landesfinanzierter Sprachkurse stehen bei der Abrechnung vor hohen bürokratischen Hürden, die sich von denen der BAMF-finanzierten Kurse unterscheiden. Wir fordern daher die Angleichung der Abrechnungsmodalitäten an die Grundsätze der regulären BAMF-Integrationskurse.

Für den Integrationserfolg durch Sprachkurse ist besonders die Teilnahme von Frauen elementar wichtig. Der Anteil an Teilnehmerinnen an den Sprachkursen ist nach wie vor unzureichend und muss erhöht werden. In vielen Familien sind es die Frauen, die als Multiplikatorinnen der Integration der gesamten Familie dienen. Wir werden deshalb Frauen in den Unterkünften gezielt ansprechen und zur Teilnahme an Sprachkursen motivieren. Kurse mit paralleler Kinderbetreuung haben sich in der Praxis bewährt und sind bedarfsgerecht auszubauen, damit Mütter frühzeitig Deutschkenntnisse erwerben. Spezielle Beratungsangebote helfen dabei, Ängste und Unsicherheiten abzubauen und die Frauen zu bestärken, diese Angebote anzunehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Integrations- und Sprachkurse verstärkt nebenberuflich angeboten werden. Das Absolvieren des Integrationskurses soll nicht den Arbeitsantritt Geflüchteter in Hamburg verzögern, sondern berufsbegleitend erfolgen. Eine längere Kursdauer bei geringeren Wochenstunden ist dahingehend zu bevorzugen, dass der Sprachkurs-Stundenplan eine Erwerbstätigkeit neben dem Sprachkurs ermöglicht. Eine Berufstätigkeit neben dem Sprachkurs bietet Anwendungsmöglichkeiten im Alltag und fördert einen schnelleren Spracherwerb.

Pilotprojekt Bonus-Malus System entwickeln – Verpflichtende kommunale Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete in Hamburg einführen

Gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz haben arbeitsfähige Asylsuchende sowohl Aufgaben innerhalb ihrer Unterkunft als auch Tätigkeiten bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern zu erfüllen. Dafür wird als Vergütung eine Aufwandsentschädigung zusätzlich zur Regelleistung ausgezahlt. Erbracht werden Tätigkeiten, die der Allgemeinheit dienen.

Vordringliches Ziel bleibt es, Geflüchteten schnell eine ihren persönlichen Qualifikationen entsprechende Aufnahme eines festen Arbeitsplatzes durch Fort- und Weiterbildung sowie zusätzliche Qualifizierungen zu ermöglichen oder ihnen Ausbildungs- bzw. Studienmöglichkeiten zu eröffnen.

Dies muss umso mehr angestrebt werden, da die meisten Geflüchteten in Hamburg erst nach Monaten oder Jahren eine Arbeit aufnehmen können und daher häufig ohne strukturierten Alltag in engen Unterkünften ohne Rückzugsmöglichkeiten verbleiben. Die aktuelle Situation der Asylbewerber schafft neben fehlender Integrationsmöglichkeiten auch eine massive Perspektivlosigkeit.

Vor diesem Hintergrund setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass:

- Hamburg ein Pilotprojekt startet, wonach leistungsberechtigte Asylsuchende verpflichtende Tätigkeiten nach § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes auszuführen haben. Dabei findet ein Monitoring der Arbeitsbedingungen statt.
- verpflichtende Praktika besonders in Branchen mit hohem Fachkräftemangel durchgeführt werden; diese sollen einen ersten Eindruck von möglichen Berufsfeldern liefern. Mit der Handwerkskammer werden wir die Einrichtung einer Praktikumsbörse vorantreiben. Wenn bereits Kenntnisse in den entsprechenden Branchen vorhanden sind, sollen attraktive und flexible Arbeitsmodelle im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes möglich gemacht werden.
- in Ergänzung zur gesetzlich vorgesehenen Aufwandsentschädigung setzen wir uns für eine zusätzliche Vergütung in Form von Teilhabegutscheinen an kulturellen, sportlichen oder anderen Veranstaltungen ein. Dies drückt nicht nur die Wertschätzung für erbrachte Leistung aus, sondern fördert wiederum die Integration in die Gesellschaft.

Fachkräftegewinnung

Wir Freie Demokraten machen uns für eine schnellere und gerechtere Anerkennung von ausländischen Qualifikationen stark. Dafür sind bürokratische Hürden abzubauen, beispielsweise durch die digitale Bereitstellung von Formularen in verschiedenen Sprachen. Dies ist eine elementare Voraussetzung für den Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Hamburg bleibt als Metropole für Fachkräfte nur attraktiv, wenn die notwendige Infrastruktur vorhanden ist. Ohne eine Verbesserung der Wohnraumsituation und der Verkehrsinfrastruktur wird Hamburg als Arbeits- und Lebensstandort langfristig nicht genug Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen. Wir wollen daher Unterstützungsmaßnahmen zur Wohnungssuche für Asylbewerber weiter ausbauen, da das lange Verbleiben in öffentlich-rechtlicher Unterbringung verhindert, dass Geflüchtete schnell und unabhängig vom Staat ein eigenverantwortliches Leben in unserer Stadt führen können.

Soziales Miteinander in unserer Stadt

Hamburg ist vielfältig. Unsere Stadt soll allen Menschen gerecht werden. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass allen Altersgruppen, allen Geschlechtern und allen Lebenslagen in Hamburg ein angemessener Raum zur Entfaltung zur Verfügung steht. Es ist unterstützende Aufgabe des Staates, Hürden für Menschen auf dem Weg zur Erreichung ihrer Selbstverwirklichung abzubauen.

Familien stärken

Die Familie ist ein von der Politik besonders zu schützender Raum für Entwicklung. Wir Liberale wollen bei aller Abkehr von klassischen Rollen- und Familienbildern vor allem auch Frauen entlasten und stärken, die nach wie vor den Großteil der Familienarbeit leisten.

Wir werden das Unterhaltsvorschussgesetz reformieren, um Geschiedene und Alleinerziehende besser unterstützen zu können. Dafür soll eine qualitative Bedarfserhebung im Bereich der Einforderung der Unterhaltsbeihilfe in den Behörden stattfinden.

Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass Hamburg sich für das „kleine Sorgerecht“ für Pflegeeltern auf Bundesebene stark macht. Diese Regelung ermöglicht es Pflegeeltern, alltägliche Entscheidungen für das Wohl des Kindes eigenständig zu treffen. Dazu gehören wichtige Aspekte wie Gesundheitsfürsorge, Schulangelegenheiten und Freizeitaktivitäten, ohne dass sie dafür jedes Mal die Zustimmung des Jugendamts oder der leiblichen Eltern einholen müssen.

Zudem wollen wir die Elternschaft auch in der parlamentarischen Arbeit vereinfachen und werden uns für ausreichend Wickelplätze im Rathaus, für das Angebot einer Elternzeit für Abgeordnete, alternative Abstimmungsmöglichkeiten in der Kin-

derpause sowie für eine Möglichkeit der Mitnahme von Säuglingen in den Plenarsaal einsetzen.

Kinder und Jugendliche fördern und schützen

In den ersten Jahren des Lebens werden - neben der Schule und Ausbildung - die meisten Grundsteine für die spätere Entwicklung und damit auch den späteren Lebensweg eines Menschen gelegt. Daher legen wir besonderes Augenmerk auf junge Menschen, deren Stimme oft noch unzureichend wahrgenommen wird.

Konkret setzen wir Freie Demokraten uns für folgende Maßnahmen ein:

- für die personelle Stärkung der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch Erhöhung der Planstellen, damit sie ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen können. Durch Kooperationen mit Schulen sollen mehr Kinder erreicht und die Jugendarbeit im Alltag der Menschen präsenter werden. Insbesondere werden wir Angebote für das Erlernen von Soft Skills weiter ausbauen. Wir werden zudem regionale Beauftragte für Kinder- und Jugendschutz einrichten.
- für das Anbringen von QR-Codes auf Kinderspielplätzen, die beim Aufnehmen von Fotos auf dem Handy automatisch auf Aufklärungswebsites zum Thema Kinderschutz im Internet verlinken. Dies hilft Eltern, sich mit einem einzigen Klick über Gefahren im Netz, die sich aus dem unbedachten Hochladen von Kinderfotos ergeben, zu informieren.
- für die notwendige Unterstützung und den Schutz der Kinder von suchtkranken Eltern, damit ihnen trotz oft erheblicher Belastungen eine gesunde Entwicklung zu gewährleisten. Wir fordern wir daher einen Ausbau der Programme in der Jugendarbeit sowie dem unmittelbaren Schutz von Kindern aus entsprechenden Familien. Insgesamt muss die Politik auf eine Enttabuisierung und Sensibilisierung der Gesellschaft hinarbeiten.
- für eine individuelle Betreuung Jugendlicher in besonders schwierigen Problemlagen: Wir treten dafür ein, die auswärtige Unterbringung schrittweise zu reduzieren. Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen kann am besten in Freiheit gelingen. Geschlossene Systeme neigen zu Isolierung, Entmündigung und Zwangsmaßnahmen. In Hamburg benötigen wir mehr Gästewohnungen und die Stärkung der Koordinationsstelle für die individuelle Unterbringung.
- für eine Stärkung der politischen Beteiligung von Jugendlichen: Über Projekte wie der „HERTIE“-Initiative, „Jugend im Parlament“ und verstärkter Online-Partizipation ist die Einflussnahme von Jugendlichen zu erhöhen. Bei Projekten mit Jugendbeteiligung werden wir auf eine gute Feedback-Kultur achten.
- Vertreter der Religionsgemeinschaften sind in den Jugendhilfeausschüssen der Bezirke beratend tätig und bereichern diese oft. Als Liberale betrachten wir deren Beiträge jedoch stets kritisch, da hier in der Vergangenheit auch Vertreter von Religionsgemeinschaften tätig waren, über deren Verfassungstreue Zweifel besteht.

- für die Verankerung von Kinderrechte im Grundgesetz: Es ist Zeit, Rechte von jungen Menschen konkret in der Verfassung zu normieren, um ihren Schutz auf höchster Ebene zu gewährleisten.

Senioren gehören in die Mitte der Gesellschaft

Durch die demografische Entwicklung wird sich in Hamburg die Bevölkerungsstruktur weiter verschieben. Unsere Liberale Seniorenpolitik stellt sich dieser Herausforderung und wird mit neuen Ideen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, eigenverantwortliches und selbständiges Handeln im Alter zu ermöglichen. Viele ältere Bürger in Hamburg sind aktiv und erbringen eine Vielzahl ehrenamtlicher Leistungen.

Wir werden Senioren dabei unterstützen, in ihrem Stadtteil weiterhin zu wohnen. Mehrgenerationenhäuser sollen als Wohngemeinschaften und soziale Treffpunkte gefördert werden. Angebote unserer vielfältigen Kultur- und Bildungsmöglichkeiten werden ausgeweitet. Mobilität im Alter bedeutet, selbstbestimmt, unabhängig und aktiv zu bleiben. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die öffentlichen Verkehrsmittel auch auf die Bedürfnisse von Senioren eingestellt werden.

Viele Senioren haben den Wunsch, das Wissen und die Zeit, einen großen Beitrag für die Erziehung der neuen Generation zu leisten. Wir wollen daher in Hamburg die „Wunschgroßelternschaft“ fördern und interessierte Familien und Senioren zusammenbringen. Zudem sind die Bedürfnisse von Senioren stärker in der Stadt- und Bauplanungen zu berücksichtigen, dahingehend, dass Einrichtungen des täglichen Bedarfs (z.B. Banken, Supermärkte und Gastronomie) und Sitzgelegenheiten gut erreichbar sind.

Mobilität ist auch im Alter zu gewährleisten. Wir stehen sowohl für eine inklusive und barrierefreie als auch für eine umwelt- und klimafreundliche Verkehrspolitik. Für uns steht im Vordergrund, dass das ÖPNV-Angebot attraktiver gestaltet wird. Dazu gehören überdachte und beleuchtete Haltestellen. Auch bei Umleitungen oder Ersatzhaltestellen ist auf Barrierefreiheit zu achten, wie zum Beispiel abgesenkte Bordsteine oder hinreichende Anschlussmöglichkeiten für Menschen, die schlecht zu Fuß sind.

Wir wollen die Einrichtung von Seniorenheimen in allen Stadtteilen Hamburgs voranbringen, damit Senioren die Möglichkeit haben, in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu bleiben. Dies trägt zur Lebensqualität bei und hilft, bestehende soziale Kontakte und Netzwerke zu erhalten, die für das Wohlbefinden im Alter unerlässlich sind. Das gewohnte Umfeld bietet Senioren eine vertraute Umgebung und ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit. Soziale Kontakte und Nachbarschaften, bleiben erhalten und fördern die psychische und emotionale Gesundheit der Bewohner. So kann sichergestellt werden, dass Senioren in Hamburg auch im hohen Alter ein aktives, selbstbestimmtes und sozial eingebundenes Leben führen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bezirksämter ausreichende finanzielle Mittel erhalten, um bestehende Seniorentreffs instand zu halten und zu sanieren, da sie ei-

ne zentrale Rolle im sozialen Leben der älteren Generation darstellen und wichtige Angebote zur Freizeitgestaltung, Bildung und Begegnung bieten.

Obdachlosigkeit in Hamburg beenden

Obdachlosigkeit ist ein Problem, welches nicht einmal genau beziffert werden kann. Wir Hamburger Liberale werden konkrete Maßnahmen angehen, um Menschen in schwierigen Situationen wieder zu einem selbstbestimmten Leben zu verhelfen.

Das Leben auf der Straße ist ein menschenunwürdiger Zustand und mit unserem Verständnis einer liberalen Gesellschaft unvereinbar. Es ist unser Ziel, Obdachlosigkeit langfristig zu beenden. Wir fördern die das bereits bewährtes Modellprojekt "Housing First", in dem Obdachlosen unbürokratisch eine Wohnung bereitgestellt wird und ein vielseitiges Unterstützungsangebot – von Gesundheitsfragen bis hin zur Begleitung zum Jobcenter – bietet. Entscheidend für den weiteren Erfolg ist eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen.

Ein weiteres Problem stellt die Anschlussversorgung wohnungsloser Menschen nach Krankenhausaufenthalten dar. Oft werden in Krankenhäusern nur akute Verletzungen behandelt, eine umfassende Anschlussversorgung findet nicht statt. Wir fördern eine umfassende Strategie zur vollumfänglichen Versorgung der Betroffenen mittels Schaffung weiterer Pflegezentren oder Pflegeplätze in Krankenhäusern.

Eine reine obdachlosenfeindliche Architektur, die Sitzmöglichkeiten oder Flächen mit Kugeln oder Hindernissen versieht, stellt keine langfristige Lösung der Problematik dar. Wir setzen uns für intelligente Gestaltungskonzepte ein, die eine reguläre Nutzung des öffentlichen Raums sicherstellt, ohne wohnungslose Menschen einseitig zu verdrängen.

Zwar sollte es das vorrangige Ziel sein, dass jeder Betroffene die ihm zustehenden staatlichen Hilfen in Anspruch nimmt und damit nicht mehr auf das Pfandsammeln angewiesen ist. Bis zur Erreichung dieses Ziels und in Anerkennung der Realität soll das Pfandsammeln den Betroffenen so leicht wie möglich gemacht werden. Wir wollen an jedem städtischen Mülleimer einen Hinweis anbringen, Pfandflaschen neben den Mülleimer zu platzieren, und eine Vorrichtung zum Sammeln dieser Flaschen einrichten.

Obdachlosigkeit ist ein in der Gesellschaft wenig beachtetes Thema. Betroffene werden oft stigmatisiert. Das Problem der Zwei-Klassengesellschaft unter Geflüchteten und Obdachlosen, die häufig z.B. zwischen deutschen Staatsbürgern und solchen aus anderen EU- oder Drittländern besteht und sich in unterschiedlichen Behandlungen und Lebensbedingungen äußert, werden wir bekämpfen. Wir fördern die regelmäßige Durchführung von Workshops und Gesprächsrunden mit Betroffenen und Hilfsorganisationen (etwa Malteser, Hinz und Kunzt oder Diakonie) für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, für Schülerinnen und Schüler sowie als freiwilliges Angebot für Unternehmen. Hierbei soll Aufmerksamkeit für Probleme, aber auch für Anlaufstellen geschaffen werden. Projekte wie der Kälte-

bus oder der Mitternachtsbus sind stärker in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu bringen.

Wir Liberale fordern die Schaffung weiterer Obdachlosenunterkünfte speziell für Menschen mit Hund, für Paare oder für Obdachlose mit Kindern.

Häusliche Gewalt wirksam bekämpfen

Häusliche Gewalt kommt in allen Schichten der Gesellschaft vor. Häufig sind Frauen die Opfer, am häufigsten aber sind Kinder betroffen. In Hamburg gibt es lediglich 244 Plätze in Frauenhäusern; diese sind oft überbelegt.

Wir Hamburger Liberale setzen uns ein:

- für eine Ausweitung der Frauenhäuser in Hamburg, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass viele Frauen mit Kindern in die Einrichtungen kommen. Hierzu sind auch Investitionen des Bundes abzurufen. Wohnungsmöglichkeiten für Betroffene sind weiter auszubauen. Bis zum Ende der Legislaturperiode streben wir an, dass Hamburg einen Platz pro 5.000 Einwohnern zur Verfügung stellt.
- für den Ausbau eines Interventionszentrums nach dem Beispiel Landau. Dazu soll eine Erstberatungsstelle eingerichtet werden, die eine Ersteinschätzung zur Lage und zu den nötigen Maßnahmen abgibt und die über ein Notfallteam (wie es die Stadt Stuttgart eingerichtet hat) verfügt.
- für ein Update des Konzepts des Frauenhauses: Der Aufenthalt soll in drei Phasen unterteilt werden. Die erste Phase ist durch psychologische Betreuung geprägt, in der zweiten Phase erfolgt der Übergang in geschützte Wohnmöglichkeiten sowie Unterstützung bei der Suche nach Jobs oder Ausbildungsstellen. Durch stufenweise ansteigende Eigenbeiträge zu den Unterbringungskosten wird eine Rückkehr in die Eigenständigkeit vorbereitet. In der dritten Phase erfolgt die Unterstützung bei der Rückkehr in ein Leben außerhalb der Einrichtung. Die Übergänge zwischen den Phasen erfolgen in Rücksprache mit den Betroffenen.
- für die Aufstockung des Angebotes an Einrichtungen für Männer, sowohl bei Beratungsstellen als auch bei Männerhäusern. Für diese oft unterschätzte Problematik sollen außerdem weitere Sensibilisierungsangebote geschaffen werden. Zudem sollen fehlende Angebote für Minderheiten evaluiert werden.
- für die Stärkung psychologischer Täterarbeit: Nicht nur die Beratungsangebote sind für Täter auszuweiten, sondern Maßnahmen der Präventionsarbeit.

Hamburg – Stadt der Wissenschaft

Der Transfer zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft muss in Hamburg ausgebaut und gestärkt werden. Neue Ideen können nur zu Fortschritt und Wohlstand in Hamburg beitragen, wenn sie auch zu Produkten, Dienstleistungen und funktionierenden Geschäftsmodellen führen. Wissenschaft bedeutet immer, das

gewonnene Wissen zum Wohle der Gesellschaft einzusetzen. Es ist nicht nur ökonomisch nachhaltig, Wissenschaft und Wirtschaft enger zu vernetzen, sondern vor allem auch ökologisch und sozial geboten.

Exzellente Forschung und Entwicklung fördern

Forscher und Wissenschaftler arbeiten an innovativen Lösungen für die Probleme von heute und morgen. Es ist daher von zentraler Bedeutung für eine zukunftsgewandte und progressive Gesellschaft, die Forschung an sich und nicht bestimmte Technologien zu fördern und sich aussichtsreichen Feldern nicht zu verschließen. Liberale Politik fördert exzellente Forschung und Entwicklung in allen Wissenschaftsbereichen. Es ist unser Ziel, die Exzellenz und Leistungsfähigkeit der Hamburger Hochschullandschaft auszubauen und zu sichern.

Die Kooperation verschiedener Forschungsinstitutionen mit dem außeruniversitären Umfeld ist eine Bereicherung. Die Ergebnisse der Forschung sollen Menschen inspirieren, sie fortzuentwickeln und weitere Ideen zu verwirklichen.

Öffentliche Daten für Wissenschaft und Forschung verfügbar machen

Die Zukunft von Wohlstand, Freiheit und Innovation liegt in der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien. Hamburg muss daher strategisch in diese Bereiche investieren und optimale Bedingungen schaffen, insbesondere in den Hauptbranchen der Hamburger Wirtschaft.

Hamburg soll öffentliche Datenbanken für alle zugänglich machen, da diese Daten der gesamten Gesellschaft gehören und entscheidend für die Entwicklung hochwertiger und sicherer Produkte und Dienstleistungen sind. Diese Daten sollen sowohl für Hamburg als auch für bestehende und zukünftige Unternehmen zugänglich sein, um ihr Potenzial voll auszuschöpfen.

Hochschulfinanzierung stetig verbessern

Um Hamburg als Wissenschaftsmetropole zu etablieren, ist die finanzielle Unterstützung der Hochschulen seitens des Landes zu erhöhen. Dabei sind auch private Hochschulen zu berücksichtigen und entsprechend dem Hochschulpakt zu fördern. Bundesmittel für die Förderung der Wissenschaft müssen konsequent in diese Bereiche fließen. Eine Zweckentfremdung wie bei den BAföG-Millionen lehnen wir ab.

Innovation und Digitalisierung aktiv vorantreiben

Die Hochschulentwicklung in Hamburg wird durch mehr Innovation vorangetrieben. Unsere Hochschultradition reicht nicht nur bis zur Gründung der Hamburger Universität im Jahr 1919 zurück, sondern bereits bis 1613 mit bedeutenden Forscherpersönlichkeiten am Akademischen Gymnasium. Unser oberstes Ziel in der Wissenschaftspolitik ist daher die Stärkung der Innovationskraft aller Hamburger Hochschulen sowie der Hamburger Akademie der Wissenschaften, um sie international zu etablieren und die Interessen Hamburgs effektiv zu vertreten. Denn nur durch Innovation bleiben Hochschulen zukunftsfähig und sichern den Erfolg von Wissen-

schaft und Wirtschaft in Hamburg.

Die Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten für eine verbesserte Vernetzung der Hochschulen. Aktuelle Programme enden jedoch an den Landesgrenzen. Wir streben daher an, frühzeitig Verbindungen zu schaffen und Programme kompatibel zu gestalten, um das Potenzial einer länderübergreifenden Vernetzung der Hochschulen zu nutzen und eine Fragmentierung zu vermeiden. Auch auf internationaler Ebene werden wir rechtzeitig die Grundlagen für entsprechende Netzwerke legen.

In Zeiten von Breitband, Clouds und Livestreams kann die Hochschulbildung weit- aus mehr Menschen erreichen als jemals zuvor. Die technologische und institutionelle Öffnung der Hochschulen ist nicht nur eine kluge Antwort auf begrenzte Ressourcen, sondern auch ein effektiver Schritt hin zu mehr Chancengerechtigkeit, flexibler individueller Weiterbildung und lebenslangem Lernen. Offene Hochschulen sind ein unverzichtbares und vielversprechendes Zukunftskonzept in der Bildungslandschaft, um mit digitalen Medien im Kontext des demografischen Wandels zu lehren und zu lernen. Wir wollen daher ein reguläres Online-Studienangebot aufbauen und den flexiblen Erwerb von Prüfungsbescheinigungen und Zertifikaten im Rahmen nicht-abschlussbezogener Weiterbildungsangebote ermöglichen.

Freiheit statt Verbote in der Forschung und Entwicklung

Wir setzen uns für Technologieoffenheit ein, insbesondere in zukunftsweisenden Bereichen wie der Gentechnik. Wir lehnen Forschungsverbote ab, denn übermäßige staatliche Einmischung beeinträchtigt und mindert die Qualität der Forschung. Dies gilt auch für die Forschung der Doktorandinnen und Doktoranden; ihre Kreativität ist ein treibender Motor für innovative Forschung. Die Doktorandenförderung werden wir ausweiten.

Wir Freie Demokraten bewerten die an Universitäten weit verbreiteten Zivilklauseln, die Kooperationen mit militärischer Forschung verbieten, als veraltet. In der neuen Sicherheitslage ist es zur Erhaltung der Souveränität der Bundesrepublik wichtig, dass universitäre und militärische Forschung bei Dual-use-Fragestellungen zusammenarbeiten. Dabei ergänzen sich zivile und militärische Anwendungen und schaffen Innovationen, die den Wirtschaftsstandort stärken und die Verteidigungskraft erhöhen.

Exzellenz in Forschung und Lehre

Der große Erfolg der Universität Hamburg im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes beruht auf der Eigenleistung der Universität. Dieser Erfolg ist als Impuls zu nutzen und soll aktiv vom Senat aufgegriffen werden. Der Bund hat die Anzahl der Exzellenzcluster kurzfristig erhöht, ohne die Gesamtfördersumme zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, die daraus resultierende Unterfinanzierung auszugleichen. Die Exzellenz von Hochschulen lässt sich unter anderem an der Anzahl internationaler Auszeichnungen für herausragende Forschungsleistungen messen. Das Ziel einer exzellenten Universität ist es, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren. Um solche kreativen Potenziale institutionell zu fördern, schaffen wir an den

Hamburger Hochschulen eine neue Forschungskultur, der gemäß bereits in den Bachelor- und Masterstudiengängen eine Teilnahme an innovativen Forschungsprozessen erfolgt.

Neben den bestehenden Programmen zur Förderung exzellenter Forschung werden wir Programme zur Förderung exzellenter Lehre etablieren. Nur so wird Hamburg im Wettbewerb um die klügsten Köpfe bestehen können. Private Hochschulen werden in bestehende und neue Förderprogramme und -preise einbezogen. Um eine insgesamt hochwertige Lehre zu gewährleisten, ist es auch wichtig, hochwertige didaktische Fortbildungen für alle Lehrkräfte anzubieten. Besonders gute Lehrkonzepte müssen nicht nur ausgezeichnet, sondern auch als Modell für andere Lehrveranstaltungen genutzt werden.

Wir betrachten internationale Verbindungen als Chance für die Wissenschaft, die über Staatsgrenzen hinausgeht. Daher werden wir Auslands- und Auslandsstipendien-Programme stärken und das Lehr- und Forschungsbetrieb in englischer Sprache fördern. Die Rückkehr von Forschern aus dem Ausland an unsere Hochschulen werden wir erleichtern und die Anerkennung ausländischer Studienleistungen verbessern.

Gute Forschung braucht gute Räume

Gute Forschung und Lehre sind nur unter guten räumlichen Bedingungen möglich. Das bisher unzureichende Gebäudemanagement der Hochschulen hat zu einem stetigen Wertverlust geführt, der auch mit großen Investitionen nicht unmittelbar behoben werden kann. Zunächst muss eine professionelle Bestandsaufnahme zur Bewertung des baulichen Zustands aller öffentlichen Hochschulgebäude in Hamburg durchgeführt werden. Darauf basierend werden wir im Hamburger Haushalt einen Sanierungspfad festlegen, der nicht nur die bestehenden Mängel beseitigt und die notwendigen Modernisierungen vorsieht, sondern auch den zukünftigen Substanzerhalt berücksichtigt.

Attraktiver Studienstandort Hamburg

Wir Freie Demokraten werden Hamburg als attraktiven Studienstandort stärken.

Wir begrüßen die jüngsten BAföG-Reformen, die mehr jungen Menschen den Zugang zum Studium ermöglichen und ihnen mehr Geld zur Verfügung stellen. Die Studienstarthilfe, mit der bedürftige Studierende zum Beginn ihres Studiums 1.000 Euro erhalten, stärkt das liberale Aufstiegsversprechen.

Wir wollen mehr Wohnheime für Studierende bauen. Die Mittel aus dem Bundesprogramm Junges Wohnen müssen für die Realisierung günstiger Wohnheimplätze genutzt und dürfen nicht einfach verrechnet werden.

Bessere Beratung für Langzeitstudierende

Wir setzen uns für bessere Beratungsangebote für Studierende ein, die die Regelstudienzeit deutlich überschreiten. Dabei sollen die Hochschulen mit allen Langzeit-

studierenden, die Studienaktivitäten aufweisen, verbindliche Pläne vereinbaren, die in einem festgelegten Zeitraum zu einem Abschluss führen. Studierende, die schon seit mehreren Semestern keine Studienleistungen vorweisen oder sich nicht an die Studienpläne halten, sollen von den Hochschulen exmatrikuliert werden.

Juristische Ausbildung modernisieren

Die juristische Ausbildung in Hamburg verdient höchste Qualität und ein modernes Prüfungsrecht. Wir wollen den Prüfungsstoff entschlacken und die juristische Methodik stärken. Wir werden die Option, das Staatsexamen in verschiedenen Zeiträumen abzuschichten, einführen. Nach Einführung des E-Examens sollen auch Klausuren im Rahmen der Ausbildung regelmäßig am Computer geschrieben werden. Datenbanken wie Beck-Online und Juris sollen den Referendarinnen und Referendaren in den Klausuren des zweiten juristischen Staatsexamens zur Verfügung gestellt werden.

Die Bewertung der Klausurleistungen ist in erheblichem Maße subjektiv und muss durch effektive Qualitätssicherung (Standards, Musterprozesse, Lösungsskizzen) verbessert werden. In den Staatsprüfungen hat die Zweitkorrektur unabhängig von der Erstkorrektur zu erfolgen. Prüfungskommissionen müssen qualifiziert und divers besetzt werden.

Wir wollen die Freiversuchsmöglichkeiten verlängern und einen Verbesserungsversuch unabhängig vom Bestehen des Examens ermöglichen. Die Gebühren für den Verbesserungsversuch wollen wir transparent evaluieren und angemessen reduzieren. Alle Examenskandidaten sollen an ihrem Wunschtermin schreiben können, um nötigenfalls zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, die auch Termine mit über 200 Kandidaten ermöglichen. Wir werden die bisherige Limitierung der Stationsvergütung im Referendariat abschaffen und lehnen eine Anrechnung auf die Bezüge ab.

Lebenslanges Lernen, dezentral und überall

Bildung muss für alle in jeder Lebenslage verfügbar sein und darf sich nicht nur auf Schulen oder Universitäten beschränken. Wir werden Bildungsangebote einführen, die für alle verfügbar und einfach abrufbar sind. Dazu wollen wir die digitalen Möglichkeiten besser nutzen. Mit sog. "Massive Open Online Courses" (MOOCs) mit Betreuung durch die örtlichen Hochschulen können wir flexible Bildungsangebote schaffen, die die Menschen frei an ihre Lebenssituation anpassen können. Durch ein Zertifizierungssystem, z.B. European Credit Transfer System (ECTS), werden wir für eine Anerkennung der durch MOOCs erworbenen Fähigkeiten sorgen. Dazu gehört etwa ein Ausbau von Möglichkeiten, Englisch auch nach der Schul- oder Arbeitszeit zu erlernen.

Kulturmetropole Hamburg

Wir Freie Demokraten haben das Ziel, Hamburg zur Kulturhauptstadt des Nordens zu entwickeln. Hamburg soll mit einer innovativen und vielfältigen Kultur- und Me-

dienlandschaft Menschen jeden Alters und aus allen Teilen der Welt anziehen. Kunst und Kultur auf hohem Niveau sind wesentliche Bestandteile des Lebens in einer weltoffenen Metropole. International anerkannte Festivals, erstklassige Produktionen in Schauspiel, Oper, Ballett und Musical sowie eine lebendige Stadtteilkultur sind genauso wichtig wie große Konzerte und kulturelle Events. Diese Vielfalt ermöglicht emotionale Bindungen zur Stadt und stärkt die Identifikation der Bewohner und Besucher mit Hamburg.

Entwicklung des Kulturstandorts Hamburg

Um den Standort Hamburg als weltoffene Kulturmetropole weiterzuentwickeln, ist es notwendig, neben der Elbphilharmonie eine weitere Konzerthalle mit etwa 4.000 Plätzen zu errichten. Das Diebsteichquartier bietet dafür optimale Voraussetzungen, insbesondere das Areal der ehemaligen Thyssen-Krupp-Schule an der Waidmannstraße. Eine privat betriebene Konzerthalle könnte dort als weiterer zentraler Ort für kulturellen Austausch und gemeinschaftliche Erlebnisse dienen. Stadtentwicklungsmaßnahmen haben die Bedürfnisse der Musik-, Theater- und Kunstszene zu berücksichtigen. Es müssen Möglichkeiten für Festivals, Freilufttheater, Skulpturenparke und Musikhaltestellen eingeplant werden, um die kulturelle Landschaft Hamburgs weiter zu bereichern.

Die Hamburger Sternwarte in Bergedorf soll für den Rang als UNESCO-Weltkulturerbe qualifiziert werden. Hierfür müssen angemessene Mittel bereitgestellt und alle Optionen zur Akquise von Fördergeldern von Bund und Europäischer Union ausgeschöpft werden, um die nötigen Instandsetzungsarbeiten sicherzustellen.

Kultur für alle Menschen zugänglich machen

Hamburgs Museen spielen eine zentrale Rolle in der kulturellen Bildung und im Austausch. Sie verbinden Tradition und Moderne und fördern den intellektuellen Diskurs. Um international konkurrenzfähig zu bleiben, ist der Etat der Hamburger Museen, insbesondere für moderne, digitale und inklusive Vermittlungsformate, zu erhöhen. Wir fordern den Verzicht auf Eintrittsgelder in allen staatlichen Museen, um kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen. Begleitend sollen Reformen im Gemeinnützigkeits- und Stiftungsrecht durchgeführt werden.

Die Einführung mehrsprachiger, virtueller Führungen in Museen soll dazu beitragen, die Ausstellungen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Damit wird eine liberale und weltoffene Gesellschaft gefördert, in der alle Bevölkerungsgruppen am kulturellen Leben teilnehmen können.

Um besonders junge Menschen für das kulturelle Angebot der Stadt zu begeistern, soll ein landesweites Projekt in Kooperation mit den Veranstaltern auf den Weg gebracht werden. Ein Kulturticket soll Studierenden und Auszubildenden vergünstigten Zugang zu möglichst allen Kultureinrichtungen bieten. Dieses Vorhaben soll über eine App realisiert werden, die alle Angebote gebündelt und tagesaktuell darstellt.

Eine lebendige und zukunftsgerichtete Erinnerungskultur

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur ein, die eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte Hamburgs in der Zeit des Nationalsozialismus und des Kolonialismus einschließt. Viele halten sich zwar für gut informiert über die Verbrechen des Nationalsozialismus, doch es gibt erhebliche Wissenslücken, insbesondere hinsichtlich der verschiedenen Opfergruppen und der Tätersvielfalt. Alle Hamburger Schülerinnen und Schüler sollen im Laufe ihrer Schulzeit die KZ-Gedenkstätte Neuengamme sowie Orte heutigen jüdischen Lebens in Hamburg besuchen. Das gleiche gilt für die Bornplatzsynagoge, sobald diese wieder aufgebaut ist.

Ebenso setzen wir uns für eine offene und kritische Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe der Stadt ein. Am Baakenhafen soll ein Dokumentations- und Erinnerungszentrum errichtet werden, das von der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe“ betrieben werden kann. Ein umfassendes Erinnerungskonzept soll die Zivilgesellschaft einbeziehen und eine Brücke zwischen Wissenschaft und Bevölkerung schlagen. Bei der Rückgabe von Kunstgegenständen aus kolonialer Raubkunst sollen rechtstaatliche Prinzipien und fundierte historische Bewertungen maßgeblich sein.

Straßennamen, die historisch belastet sind, sollen nur umbenannt werden, wenn keine Alternative besteht. Dabei sollen die Anwohner intensiv in den Prozess einbezogen werden, denn der Aufklärungsprozess selbst ist ein wichtiger Bestandteil der Erinnerungskultur. Im Falle einer Umbenennung hat die Stadt die Kosten zu übernehmen und dürfen die Anwohner nicht belastet werden. Alternativ oder ergänzend zu einer Umbenennung wird eine sichtbare Kontextualisierung, etwa durch Infotafeln, Medienstationen oder digitale Angebote wie QR-Codes, angestrebt.

Nach der lange von uns geforderten Schließung des IZHs setzen wir uns für eine Umwidmung der Blauen Moschee in eine Gedenkstätte für die Opfer von Islamismus ein. Die Gedenkstätte soll nach Jina Amini benannt werden.

Mehr Raum für Kreativität und Clubkultur

Die Hamburger Kulturpolitik muss ein produktives Spannungsverhältnis zwischen Subkultur und kommerziellen Nutzungsinteressen fördern. Hamburgs Bands, Songwriter und DJs sind international bekannt, und der Musikstil der „Hamburger Schule“ prägt seit den 1990er Jahren viele Bands in Deutschland. Wir werden die Weiterführung der jährlichen Festivals wie beispielsweise „ElbJazz“, „Reeperbahn Festival“ oder „Dockville“ sowie den Erhalt der über 100 Musikclubs in der Stadt unterstützen, da sie Hamburg zu einem Ort machen, an dem Musiker ihrer Leidenschaft nachgehen können. Hamburgs einzigartige Clublandschaft soll nicht nur erhalten, sondern aktiv gefördert werden. Wo Konflikte mit Anwohnern entstehen, soll ein Nachtbürgermeister vermitteln. Dieser soll auch neue Orte für Veranstaltungen und Clubkultur in der Stadt identifizieren. Festivalgelände müssen erhalten bleiben, und für das Dockville-Festival muss ein alternativer Standort gefunden

werden, sollte die Hamburg Port Authority die Freiflächen in Wilhelmsburg für den Hafenbetrieb nutzen wollen. Durch eine Anpassung des Hotelentwicklungsplans wollen wir der Verdrängung von Musikclubs entgegenwirken. Neue Hotels auf dem Kiez müssen auch kiezaffine Nutzungen beinhalten. Das Palomaviertel ist endlich zu bebauen, da eine Brachlandschaft auf St. Pauli nicht länger hinnehmbar ist.

Die Entwicklung der Kreativwirtschaft ist unverzichtbar für Hamburg. Sie ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der innovative Projekte und kulturellen Austausch fördert. Besonders die Games-Branche bietet großes Potenzial, Hamburg als Kreativstandort zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, diese Branche durch Förderprogramme, Flächen und Veranstaltungen weiter zu unterstützen und in Hamburg zu verankern.

Graffiti – Kunst vs. Vandalismus

Graffitis kennzeichnen das Stadtbild. Zum einen sehen wir Vandalismus – auch durch Graffitis – als Teil der Stadtverschmutzung an. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Graffiti-Taskforce nach dem Vorbild der Stadt Essen ein, welche nach Meldung im „Melde Michel“ die Graffitis fachgerecht und schnellstmöglich entfernt sowie Anti-Graffiti-Schutzanstriche aufträgt.

Gleichzeitig erkennen wir Graffitis als Kunstform an und möchten diese im Stadtbild fördern. Graue städtische Betonbauten können durch Graffitikünstler verschönert und zu einer Touristenattraktion werden nach dem Vorbild Melbourne.

Lesen als Kulturtechnik fördern

Lesen ist eine grundlegende Kulturtechnik, die für das Gelingen von Gemeinschaft, Zusammengehörigkeit und zivilisierter Verständigung unverzichtbar ist. Um den Zugang zur Kultur zu sichern, muss Lesekompetenz in allen Altersgruppen gefördert werden. Alle Schulen müssen mit Bibliotheken und Mediatheken ausgestattet sein, deren Nutzung die Freude am Lesen vermittelt. Eine verpflichtende Lerneinheit über den Aufbau und Gebrauch von Bibliotheken soll in den Lehrplänen verankert werden. Um die Lesemotivation von Kindern zu erhalten, sollen Lesefeste, -Wettbewerbe und übergreifende Aktivitäten wie „Lesen Darstellen“ und „Filmen-Zeichnen“ gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Angebote wie „Die Leselotsen“ bekannter zu machen, um ihre Reichweite zu erhöhen.

Poetry Slams und Literatur aufwerten

Mit der jährlich stattfindenden Meisterschaft „Kampf der Künste“ ist Hamburg zur deutschen Hauptstadt der Poetry Slams geworden. Dieses Event soll weiter aufgewertet und zu einem zentralen kulturellen Ereignis entwickelt werden. Der „Literaturbel“, eine Kooperation der beiden großen Hamburger Literaturvereinigungen „Verband der Schriftsteller“ und „Hamburger Autorenvereinigung“, soll wieder zu einem echten Kulturevent werden. Schriftsteller und Dichter aus Hamburg und aller Welt sollen auf dem Rathausmarkt vor einem breiten Publikum lesen können.

Denkmalschutz reformieren

Das 2013 in Kraft getretene Denkmalschutzgesetz muss überarbeitet werden, da die aktuellen Kriterien zur Bestimmung der Denkmalwürdigkeit zu weich sind und Probleme verursachen. Wir streben einen Denkmalschutz an, der Hamburgs bauliche Kulturschätze bewahrt, dabei aber transparent und nachvollziehbar bleibt. Es sollen konkrete Kriterien festgelegt werden, die zu einer Erklärung zum Denkmal führen. Der Erhalt der Denkmäler muss gesichert werden, gleichzeitig soll eine innovative Nutzung der Gebäude ermöglicht werden. Umbauten sollen immer dann möglich sein, wenn sie den historischen Wert und Charakter des Denkmals erhalten.

Der Denkmalrat soll zu einer unabhängigen Institution ausgebaut werden, die mit einem Budget für eigene oder externe Gutachten ausgestattet ist. Vor dem Abriss städtischer Denkmäler ist die Zustimmung des Denkmalrats einzuholen, der zwischen Fachbehörden und Eigentümern vermittelt. Ein Denkmalschutz-Servicebüro soll als erste Anlaufstelle für alle praktischen Fragen zum Denkmalschutz in Hamburg dienen.

Medienstandort Hamburg ausbauen

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Hamburg ein bedeutender Medienstandort bleibt. Wir unterstützen die Ausbildung an Journalistenschulen und fördern Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Medienbereich. Hamburg soll als Produktionsstandort für Filme und Serien gestärkt werden. Moderne Kommunikationstechnologien und die globale Vernetzung durch das Internet eröffnen neue Möglichkeiten der Entfaltung für Medienschaffende. Die Digitalisierung verändert die Realität von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und stellt den Rechtsstaat vor neue Herausforderungen.

Für uns Liberale gilt: Grundrechte sind online wie offline zu respektieren. Unsere Medienpolitik schafft einen Ordnungsrahmen für publizistische Medien und fördert die Meinungs- und Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen Hamburg als attraktiven Standort für Medienschaffende erhalten, indem wir die technische Infrastruktur modernisieren und flexible Arbeitsbedingungen fördern. KI-Technologien werden zunehmend im Medienbereich eingesetzt und wir unterstützen die Chancen und Perspektiven, die sich aus ihrem Einsatz ergeben.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll modernisiert und verschlankt werden, indem er sich auf Information, Kultur, politische Bildung und Dokumentation konzentriert. Der Rundfunkbeitrag soll gesenkt und unnötige Parallelangebote reduziert werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich im Internet auf audio-visuelle Formate beschränken und den Wettbewerb mit privaten Anbietern vermeiden.

Säumige Rundfunkgebühren sollen ab 2025 nicht mehr durch Vollstreckungsmaßnahmen der Stadt Hamburg eingetrieben werden. Diese Aufgabe ist staatsfern zu organisieren und von den Rundfunkanstalten zu übernehmen.

Zukunft der Gesundheitsversorgung

Die Pandemie hat die Schwächen unseres Gesundheitssystems wie eine Vorschau auf die absehbaren Folgen des demographischen Wandels in Deutschland schonungslos offengelegt: Überfüllte Notaufnahmen, lange Wartezeiten auf Facharzttermine und mangelnde Ressourcen in der psychischen Gesundheitsversorgung sind keine Ausnahme, sondern alltägliche Realität. Ärzte, Pfleger und andere Gesundheitsdienstleister arbeiten am Limit ihrer Kapazitäten, oft unter Bedingungen, die nicht nur ihre Gesundheit, sondern auch die der Patienten beeinträchtigen.

Der Gesundheitssektor in Hamburg ist einer der größten, wachstumsstärksten und zukunftssichersten Wirtschaftszweige und wir wollen diesen Bereich mit allen Akteuren weiterentwickeln. Wir Freie Demokraten wollen unser Gesundheitssystem zukunftssicher machen. Mit gezielten Programmen zur Umschulung, Weiterbildung und vereinfachten Anerkennung von Abschlüssen machen wir Hamburgs Gesundheitseinrichtungen attraktiv für Fachkräfte aus der ganzen Welt. Wir werden dafür sorgen, dass diese Fachkräfte ihre Zeit für die Patienten aufwenden können, anstatt sich durch die Mühlen der Bürokratie zu kämpfen. Mit städtebaulicher Unterstützung der Arztpraxen, einer sicheren Finanzierung unserer Krankenhäuser und einem Ausbau der sektorübergreifenden digitalen Plattforminfrastruktur stellen wir die medizinische Versorgung für die Menschen und Heilberufler in allen Stadtteilen Hamburgs sicher.

Wir machen Hamburg attraktiv für Fachkräfte aus der ganzen Welt

Der Personalmangel ist eines der zentralen Probleme der Zukunft, insbesondere im Gesundheitssektor. Wir bauen Bürokratie ab und erleichtern die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Durch unnötig strenge Vorgaben für die Berufsausbildung in der Pflege, insbesondere die Verkleinerung der Ausbildungsklassen und ausschließlich akademische Ausbilderinnen und Ausbilder hat Hamburg die Personalknappheit in der Pflege noch verschärft. Wir halten die Bundesvorgaben für ausreichend und wollen die Ausbildung in Hamburg künftig daran orientieren.

Wir unterstützen die Integration, indem wir berufsspezifische Sprachkurse fördern. Unternehmen und Organisationen insbesondere im Gesundheitsbereich, die Fachkräfte anwerben möchten unterstützen wir mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle in der Sozialbehörde. Die Richtlinie der Sozialbehörde zur Förderung von Fachkräften, die ihre Qualifikation im Ausland erworben haben, werden wir überarbeiten. Sie erschwert mit einigen Regelungen die zügige Anerkennung und Unterstützung bei der Integration in den Gesundheits-Arbeitsmarkt.

Viele Fachkräfte können nur deshalb nicht einreisen, weil kein passender Wohnraum zur Verfügung steht. Die Beschleunigung des Wohnungsbaus ist deshalb eine der wichtigsten Maßnahmen, zur Bekämpfung des Personalmangels. Die Verbindung von Pflegeeinrichtungen und Wohnungsbauprojekten für Beschäftigte wollen wir vereinfachen.

Migranten, die bereits in Deutschland leben und arbeiten oder arbeiten möchten, stellen ein enormes Potenzial dar, das wir für unser Gesundheitswesen nutzen müssen. Neben den branchenspezifischen Sprachkursen brauchen wir mehr Um- und Weiterbildungsangebote im Gesundheitsbereich.

Einführung einer einjährigen Ausbildung zum Krankenpflegehelfer

Der Fachkräftemangel führt in Hamburg dazu, dass nicht genügend Pflegekräfte mit der klassischen dreijährigen Ausbildung zur Verfügung stehen. Bereits heute arbeiten in Hamburg Assistenzkräfte, die Pflegekräfte bei einfachen Aufgaben unterstützen und den Pflegekräften dadurch mehr Zeit für Patienten verschaffen. Durch einen einjährigen Ausbildungsgang können diese Mitarbeiter weiterqualifiziert und zu anerkannten Assistenzkräften für Gesundheits- und Krankenpfleger ausgebildet werden. Dieses Angebot soll insbesondere Migrantinnen und Migranten unbürokratisch offenstehen.

Gesundheitsversorgung vor Ort – Praxisabdeckung in den Stadtteilen

Die Sicherstellung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung für die Hamburger Bürger ist für die Gesundheitsversorgung von elementarer Wichtigkeit und die primäre Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung. Wir Freie Demokraten unterstützen die Selbstverwaltung. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. So sollen bei Neubauprojekten, ebenso wie bei Umbauten und Renovierungen, Arztpraxen und andere Praxismöglichkeiten für Pflege- und Heilberufe immer mitberücksichtigt und priorisiert werden.

Zudem werden wir dafür sorgen, dass insbesondere vor und in der Nähe von Arztpraxen ausreichend Parkraum vorhanden ist. Ärzte müssen für ihre Patientinnen und Patienten gut erreichbar sein. Parkplätze sind ein wichtiges Standortkriterium für Praxen und geben der Politik ein Mittel zur Hand, bestimmte Standorte und Stadtteile für Praxen besonders attraktiv zu machen. So sorgen wir für eine ärztliche Versorgung in allen Stadtteilen.

Stationäre Versorgung in den Krankenhäusern gewährleisten

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Hilfs- wie Servicekräfte und Stationsassistenten stärker in die Personalplanung der Pflege einzubeziehen. In Hamburg gibt es strenge Personaluntergrenzen, die festlegen, wie viele Pflegekräfte in besonders pflegeintensiven Krankenhausbereichen vorhanden sein müssen, um die Pflegequalität zu sichern. Aufgrund des Fachkräftemangels sind jedoch oft nicht genügend Pflegekräfte verfügbar. Durch diese starren Regeln drohen den Hamburger Kliniken Betten- oder sogar Schließungen ganzer Stationen sowie Strafzahlungen, wenn die notwendigen Pflegekräfte fehlen. Auch Hilfskräfte leisten einen wesentlichen Beitrag zur stationären Versorgung und sind bei der Berechnung der Personaluntergrenzen stärker zu berücksichtigen.

Long- und Post-Covid-Kompetenzzentrum einrichten

Niedergelassene Ärzte haben in Hamburg keinen zentralen Ansprechpartner für die Long- und Post-Covid-Behandlungen, um sich über den aktuellen Forschungsstand und Behandlungsmethoden zu informieren oder schwere Fälle zu überweisen. Wir fordern die Einrichtung eines interdisziplinären Kompetenzzentrums mit einer entsprechenden Ambulanz nach dem Vorbild der Charité in Berlin, um die Versorgung zu verbessern, Wissen zu bündeln und die niedergelassenen Ärzte bei der Behandlung zu unterstützen.

Rettungsdienst modernisieren

Wir setzen uns dafür ein, den Rettungsdienst zu modernisieren und die Notfallversorgungsstrukturen bedarfsgerechter und vernetzter zu gestalten. Wir lassen uns dabei von der Maxime „ambulant vor stationär“ leiten. Damit dies gut gelingt, wollen wir den ambulant-kassenärztlichen Notdienst und die Rettungsleitstellen besser miteinander vernetzen. Rettungsdienste und die Notaufnahmen der Hamburger Krankenhäuser werden wir entlasten, indem wir die Menschen vorab erreichen und ihnen z.B. mittels mobiler Notrufe, telefonischer und KI- bzw. videobasierter Vorberatung durch ärztliche Bereitschaftsdienste effektive und verlässliche Zugänge zu den Gesundheitsdiensten ermöglichen.

Medizinische Versorgungszentren kontrollieren

Die Befugnis von Krankenhäusern, Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zu gründen, soll möglich bleiben. Von versorgungsfremden Investoren betriebene MVZ müssen wirksam kontrolliert werden. Diese stellen insbesondere im zahnärztlichen Bereich eine Gefahr für die Patientenversorgung dar. Häufig werden diese Zentren durch den Kauf weit entfernter maroder Kliniken als Trägerkrankenhaus gegründet. Wir fordern für die Erteilung der Gründungsgenehmigung die zwingende Vorgabe eines räumlichen und fachlichen Bezugs zu einer solchen Klinik. Es muss klare Vorgaben gegen eine unbegrenzte Ausweitung solcher Strukturen geben.

Kindergesundheit stärken

Gesund aufwachsende Kinder und Jugendliche werden im Erwachsenenalter weniger krank. Wir setzen uns für einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst in den Bezirken ein, der Familien und Schulen unterstützt und insbesondere für die Kindergesundheit eine tragende Säule ist. Das Angebot an Schuleingangsuntersuchungen soll in allen Bezirken sichergestellt und langfristig erhalten bleiben. Zudem prüfen wir einen weiteren Ausbau von Reihen-, schulärztlichen und schulzahnärztlichen Untersuchungen, um alle Bevölkerungsgruppen bestmöglich zu erreichen und frühzeitige Potentiale insbesondere in Bezug auf Bewegungsförderung, Ernährungsgesundheit und Impfprävention besser zu heben.

Kinderwunschbehandlung

Wir wollen die Selbstbestimmung von Frauen mit unerfülltem Kinderwunsch stärken, indem wir den Zugang zur Reproduktionsmedizin erleichtern. Zur Entlastung bei den Behandlungskosten soll die Teilnahme am Förderprogramm des Bundes durch die erforderliche Landesbeteiligung ermöglicht werden. Wir wollen den Zugang zu Verfahren der künstlichen Befruchtung auch gleichgeschlechtlichen und unverheirateten Paaren sowie alleinerziehenden Frauen eröffnen. Langfristig sollen die Krankenkassen die Kosten für die ersten drei Versuche vollständig übernehmen. Zudem wollen wir die Eizellspende und die Leihmutterschaft unter definierten Voraussetzungen zulassen. Dazu zählen die Freiwilligkeit der beteiligten Frauen, eine umfassende Aufklärung und Beratung sowie der Ausschluss kommerzieller Interessen. Die Krankenkassen sollen außerdem die Kosten für die Kryokonservierung (Tiefgefrierung) von Ei- und Spermazellen übernehmen.

Eltern von Sternenkindern

Etwa jede zehnte Frau in Deutschland durchlebt eine Totgeburt, jede dritte eine Fehlgeburt. Ein solches Erlebnis ist für die Betroffenen hochgradig traumatisierend. Dennoch wird über dieses Thema bisher kaum gesprochen und die Versorgungslage nach einer Tot- oder Fehlgeburt ist nicht immer zufriedenstellend. Die Stadt Hamburg als Dienstherr oder Arbeitgeber soll auch nach Fehlgeburten ein nach Dauer der Schwangerschaft gestaffeltes Mutterschutzurlaub einführen. Auch der Partner sollte im Falle einer Totgeburt einen Anspruch auf Sonderurlaub bekommen, um die Mutter bei ihrer Traumabewältigung zu unterstützen. Dieses Vorbild im öffentlichen Dienst kann auf die Arbeitgeber in Hamburg ausstrahlen und dort Nachahmer finden.

Fairer Wettbewerb bei der Krankenversicherung

Wir streben einen fairen Wettbewerb der Krankenversicherungen an. Daher lehnen wir die sogenannte pauschalierte Beihilfe ab, bei der der Dienstherr einen Beitrag zur Versicherung von Beamten in der gesetzlichen Krankenversicherung leistet. Diese führt zu erheblichen Mehrkosten und für die Betroffenen gibt es kein Zurück zur klassischen Beihilfe. Daher muss dieser Fehltritt korrigiert werden.

Bezahlbarkeit sichern, Patientenfreundlichkeit erhöhen

Unser Gesundheitswesen ist hochkomplex und eines der teuersten der Welt. Die Krankenversicherungs- und Pflegebeiträge der Versicherten und der Arbeitgeber waren noch nie so hoch wie heute und haben die 40%-Grenze bei den Sozialversicherungsabgaben bereits überschritten. Ein Grund für die hohe Kostenbelastung ist die Verschiebung von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung zu Lasten der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Wir setzen uns für die Entlastung der Sozialversicherungen von diesen Kosten ein. Der Allgemeinheit zugutekommende Leistungen sind durch Steuermittel zu finanzieren. Das Gesundheitssystem muss übersichtlicher und patientenfreundlicher werden. Lokales und familiäres Engagement zum Patientenwohl wollen wir zur Ent-

lastung des Gesundheitssystems unterstützen.

Krankenhäuser auskömmlich finanzieren

Den meisten Krankenhäusern geht es wirtschaftlich schlecht. Ein Grund dafür ist, dass Hamburg seiner finanziellen Verpflichtung für die Investitionskosten schon seit Jahren nicht ausreichend nachkommt. Wir setzen uns für den Schutz getätigter Investitionen und eine bedarfsgerechte Erhöhung bei den zur Verfügung gestellten Mitteln für die Investitionskosten ein. Da jeder dritte Krankenhauspatient in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen wohnt, wollen wir in Verhandlungen mit den Nachbarländern eine Kostenbeteiligung entsprechend des Nutzungsanteils ihrer Bevölkerung erreichen.

Chancen der Digitalisierung endlich nutzen

Im Gesundheitssektor ist Hamburg die führende Metropole Deutschlands und eine Modellregion für das digitale Gesundheitswesen, von der in Zukunft alle Hamburger stärker profitieren sollen. Wir Freie Demokraten setzen uns daher dafür ein, dass die Gesundheits- und Pflegeversorgung Versicherte und ihre Angehörigen selbstbestimmt und digital z.B. mittels Telemonitoring, Telemedizin, Robotik und KI-Diensten lokal dort erreicht und entlastet, wo sie sind. Wir setzen uns in Zusammenarbeit mit den Hamburger Organen der Gesundheitswirtschaft und Selbstverwaltung dafür ein, dass Heilberufler bei der digitalen Transformation stärker unterstützt werden.

Krankenhäuser von Bürokratie entlasten

Der Verwaltungsaufwand der Kliniken, insbesondere die Dokumentations-, Melde- und Prüfbürokratie sind in den letzten Jahren übermäßig angestiegen. Das bindet wertvolle Arbeitszeit bei Ärzten sowie in der Pflege, die anschließend in der Patientenversorgung fehlt. Wir setzen uns dafür ein, die Einrichtungen von überflüssiger Bürokratie zu entlasten. Die effektiv erforderlichen Melde- und Dokumentationswege müssen digital und automatisiert ausgestaltet sein und die Datenübertragung ohne Medienbrüche und zusätzliche manuelle Aufwände auskommen.

Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern

Hebammen in der klinischen Geburtshilfe müssen von fachfremden Tätigkeiten (Assistententätigkeiten, Materialbeschaffung oder Putzdienste) befreit werden, da diese Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben fehlt. Zudem bedarf es einer besseren Kommunikation und eines engeren Austauschs zwischen den Berufsgruppen sowie auf allen Hierarchieebenen. Hebammen sollen in die Leitung und Organisation der geburtshilflichen Abteilungen eingebunden werden. In jeder geburtshilflichen Abteilung sollen hebammengeleitete Kreißsäle eingerichtet werden.

Gesundheitsprävention im Öffentlichen Dienst

Die Zahl der Krankheitstage pro Arbeitskraft ist dramatisch gestiegen. 2023 fielen Beschäftigte im Schnitt 20 Tage aus, in Hamburg sogar 23,5 Tage. Dieser Anstieg

führte zu erheblichen Produktionsausfällen und Kosten, was statt eines Wirtschaftswachstums von 0,5 % zu einer Rezession führte. Es leidet nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die von dieser Entwicklung teilweise noch stärker betroffen ist. Wir brauchen verlässliche Studien zur Ursachenforschung für die gestiegenen Krankheitstage in Hamburg und im öffentlichen Sektor die Entwicklung eines Programms zur gezielten Gesundheitsprävention und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die negative Entwicklung muss gestoppt werden, um eine funktionale Verwaltung und eine funktionierende Stadt zu gewährleisten.

Drogen- und Suchtpolitik

Der Drogenkonsum in Hamburg nimmt weiterhin besorgniserregend zu. Besonders die steigende Verbreitung von Crack ist alarmierend, da diese Droge schnell zu einer schweren Abhängigkeit und Verelendung führt. Am Hauptbahnhof und anderen Brennpunkten wird das Ausmaß dieses Problems deutlich sichtbar. Wir Freie Demokraten verfolgen einen klaren Grundsatz: Wir wollen den Abhängigen helfen und gleichzeitig entschlossen gegen den Drogenhandel vorgehen.

Prävention und Hilfe

Ein zentraler Schwerpunkt unserer Drogenpolitik liegt auf der Prävention, insbesondere in Schulen. Junge Menschen müssen frühzeitig über die Gefahren des Drogenkonsums aufgeklärt werden, um gar nicht erst in die Abhängigkeit zu geraten.

Wir unterstützen den Betrieb von Konsumräumen wie dem Drob Inn. Diese Einrichtung verhindert eine Verlagerung des Drogenkonsums in die Wohnviertel und bietet eine sichere Umgebung, in der Abhängige zielgerichtet Hilfe erhalten können. Wir sehen die enge Verzahnung von Konsumräumen mit Hilfsangeboten wie der Straßensozialarbeit als unerlässlich an. Durch diese Vernetzung können Abhängige direkt angesprochen und in weiterführende Hilfsmaßnahmen integriert werden. Die Kombination von sofortiger Hilfe vor Ort und langfristigen Unterstützungsangeboten ist der Schlüssel, um Menschen aus der Sucht zu holen und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Drogenhandel bekämpfen

Wir Freien Demokraten verfolgen eine ganzheitliche Drogenpolitik, die auf Prävention, Hilfe und konsequentes Vorgehen gegen den Drogenhandel setzt. Wir sind fest entschlossen, den Abhängigen in unserer Stadt zu helfen und die Ursachen des Drogenproblems anzugehen.

Sport und Bewegung

Sport und Bewegung sind elementare Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens. Sport fördert die Entwicklung und Erhaltung körperlicher und seelischer Gesundheit

in jedem Alter, die Vermittlung sozialer Kompetenzen sowie Bildung von Werten und bietet außergewöhnliche Integrations- und Inklusionsleistung. Wir Freie Demokraten fördern Sport und Bewegung, das ehrenamtliche Engagement, den Freizeitwert und den Leistungsgedanken auf allen Ebenen. Die olympischen und paralympischen Sommerspiele in Paris haben eindrucksvoll gezeigt, welche völkerverbindende und integrative Kraft vom Sport ausgeht.

Wir wollen in Hamburg für Aktive und ihre Trainer und Betreuer, für ehrenamtlich Engagierte, für Zuschauer und Fans, für Medien, Vereine und Verbände, Schulen und Kindertagesstätten Rahmenbedingungen schaffen, die dem Sport eine kontinuierliche Entwicklung ermöglichen. Tägliche Bewegung ist aus unserer Sicht wichtiger Bestandteil frühkindlicher Bildung und Erziehung. Bewegung stärkt Motorik, Sensorik, soziales Miteinander, Resilienz, Gesundheit, den lebenslangen Sportzugang und die Konzentrations- und Aufnahmefähigkeit für das Lernen. Der Schulsport ist daher essenzieller Bestandteil des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags. Er fördert die Leistungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen körperlich und geistig gleichermaßen.

Sport und Bewegung in den Stadtquartieren fördern - Global Active City

Seit 2018 trägt Hamburg den Titel „Global Active City“ und weist sich selbst damit einen hohen Eigenanspruch in Belangen des Sports aus. Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Umsetzung der im Jahr 2022 beschlossenen Hamburger Active City-Strategie durch konkrete Vorhaben zur Förderung von Sport und Bewegung in allen Stadtquartieren. Wir fordern für die Umsetzung der Active City-Strategie eine verbindliche Einbeziehung des organisierten Sports. Wir werden gemeinsam mit dem organisierten Sport die Ziele der Active City-Strategie zu einem konkreten Maßnahmenkatalog weiterentwickeln. Nur mit einem herausragenden Angebot für Freizeit-, Breiten- und Leistungssport kann die Stadt ihrem selbst gesetzten Anspruch gerecht werden.

Neben der herausragenden Bedeutung von Sport für die Gesundheit einer zunehmend alternden Gesellschaft ist ausreichende Bewegung auch im Jugendalter maßgeblich für eine positive körperliche Verfassung sowie für die geistige und motorische Entwicklung. Wir wollen unsere Stadt mit einem auf Kinder und Jugendliche zugeschnittenen Konzept daher auch zur Young Active City machen. Dies erfordert niedrigschwellige Bewegungsangebote im Freizeitbereich sowie im organisierten Sport, die in allen Bezirken leicht zugänglich sind.

Hamburg ist ein international anerkannter Gastgeber sportlicher Großveranstaltungen. Internationale Ereignisse wirken in unsere Gesellschaft hinein und tragen ein positives Bild unserer Stadt in die Welt. Wir wollen eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte der Organisation und Durchführung von Sportgroßereignissen – ökonomisch, ökologisch, humanitär und nachhaltig. Die Vergabe der Großereignisse muss demokratischer und transparenter ablaufen. Wir unterstützen jede Bewerbung Hamburgs um die Ausrichtung internationaler Meisterschaften, die diese Maßgaben einhält und die Bevölkerung einbezieht. Dies gilt insbesondere für eine

Bewerbung um die Ausrichtung olympischer und paralympischer Sommerspiele.

Als Sportmetropole hat Hamburg ein Defizit an modernen multifunktionalen Sportstätten für Leichtathletik, American Football und Drittligafußball, die den internationalen Maßstäben genügen. Wir Freie Demokraten werden daher das Gespräch mit Sportverbänden und Investoren zur Ertüchtigung geeigneter Sportstätten oder für Neubauten aufnehmen. Dies steht nicht in Konkurrenz zum Neubau eines Regionalligastadions an der Waidmannstraße, das von uns weiterhin unterstützt wird.

Eine Herzensangelegenheit ist für uns die dauerhafte Sicherung des traditionellen Derby-Parks in Klein Flottbek als internationale Sportstätte für den Spring- und Dressursport sowie die Errichtung einer Doppelrennbahn für Galopp- und Trabrennsport in Hamburg-Horn.

Sport von Anfang an

Wir werden Sport, Spiel und Bewegung im Schulalltag und in den Kindertagesstätten den ihrer Bedeutung entsprechenden Stellenwert einräumen und die Ausweitung des Sportunterrichts (vierte Sportstunde) und der flächendeckenden Talentsichtung durchsetzen. Voraussetzung dazu sind angemessene Sport- und Schwimmstätten, eine attraktive Schulhofgestaltung als Anreiz für tägliche Bewegung und fachkompetente Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher.

Sport im Quartier

Hamburg braucht einen verlässlichen Plan zum Neubau und zur Modernisierung von Sport- und Freizeitanlagen sowie Schwimmbädern, insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung und Gestaltung von Wohnquartieren. Bei der Planung neuer Stadtviertel und Entwicklung von Quartieren muss der Sport von Anfang an berücksichtigt werden. Die Sportanlagen müssen dabei die Anforderungen des Vereinssports und des inklusiven Schulunterrichts gleichermaßen erfüllen.

Das Landessportamt muss dabei seine Rolle als zentrale Instanz der Verwaltung für die Sportentwicklung aktiv wahrnehmen. Zur besseren Vernetzung des Landessportamtes, der Sportverwaltung in den Bezirksämtern, Schulen, Kitas und Vereinen setzen wir uns für die Durchführung "Regionaler Sportkonferenzen" ein. Die Sportinfrastruktur muss mit den Standteilen wachsen. Das Verhältnis von Sportflächen zur Einwohnerzahl darf auch bei Nachverdichtung nicht sinken. Stattdessen wollen wir die vorhandene Fläche so ertüchtigen, dass die Nutzungszeiten ausgebaut werden können.

Modernisierung und intensive Nutzung der Sportstätten

Um ein qualitativ hochwertiges Sport- und Bewegungsangebot vor Ort zu gewährleisten, sind Investitionen in die Modernisierung und ein guter Zustand der Sportstätten unabdingbar. Die nachhaltige Instandhaltung und Pflege der öffentlichen Sportanlagen ist eine Daueraufgabe des Sportstättenmanagements in den Bezirken, die mit ausreichenden Mitteln verlässlich auszustatten sind.

Hierfür ist neben vergrößerten Sportfläche insbesondere auch die intensivere Nutzung der vorhandenen Fläche, z. B. durch Umwandlung von Naturrasen- und Grandplätze in moderne Kunstrasenplätze, bessere umweltgerechte Ausleuchtung von Sportplätzen bei Dunkelheit und Lärmschutzanlagen bei Bedarf. Um die verfügbare Netto-Nutzungszeit in den Hamburger Sportstätten insgesamt zu erhöhen, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der Vergabe ein. Wir wollen die Ausweitung der Spätnutzungszeiten bis 24:00 Uhr in städtischen Sporthallen ermöglichen. Zudem werden wird der Umwandlung von Sportflächen für den Wohnungsbau nur zustimmen, wenn in erreichbarer Nähe zeitnah gleichwertiger Ersatz geschaffen wird.

ParkSport

Wir setzen uns dafür ein, dass das Konzept von ParkSport als Freiraumgestaltung im Rahmen geeigneter städtebaulicher Entwicklungsprojekte berücksichtigt wird. Wir fordern die weitere Errichtung von Bewegungsinseln in bestehenden Parks, die inklusiven Möglichkeiten für Sportaktivitäten bieten. Zudem befürworten wir die Einrichtung von "Urban Playgrounds", die bedarfsorientiert und flexibel für Sportangebote zur Verfügung gestellt werden können.

Zusammenarbeit mit dem organisierten Sport

Der in Vereinen und Verbänden organisierte Sport bildet in Hamburg mit seinen über 550.000 Mitgliedern das Rückgrat unserer Sportentwicklung. Das ehrenamtliche Engagement leistet einen Großteil der Arbeit, die für den Sport und die Gesellschaft so wertvoll ist. Wir bekennen uns zum Sportfördervertrag und wollen ihn in den nächsten Jahren noch langfristiger aufstellen, um allen Beteiligten Planungssicherheit zu geben. Mittelfristig streben wir den Übergang zu einem Sportfördergesetz an. Der Sportfördervertrag ist angesichts der erheblichen Kostensteigerungen im Energiesektor, die sich auch auf den Betrieb der Sportstätten auswirken, um eine Betriebskostenunterstützung zu ergänzen.

Vereinsleben und Ehrenamt

Vereinseigene Sportanlagen sind Ausdruck einer lebendigen Vereins- und Verbandslandschaft und ein wichtiger Bestandteil des Sportangebots in unserer Stadt. Wir unterstützen durch Bundes- und Landesprogramme finanzierte Bauvorhaben von Sportverbänden und Vereinen und wollen weiterhin günstige Sportdarlehen über die städtische Investitions- und Förderbank zur Verfügung stellen. Zudem werden wir neu gegründete Vereine dabei unterstützen, verlässliche Nutzungszeiten auf öffentlichen Sportflächen zu erhalten.

Das ehrenamtliche Engagement von Betreuern, Übungsleitern, Organisatoren, Trainern und Schiedsrichtern spielt für den Breitensport eine herausragende Rolle. Viele sportbegeisterte Menschen in Hamburg engagieren sich in Vereinen und Clubs mit großem Einsatz, oft generationenübergreifend. Bereits seit längerem ist jedoch ein verstärkter Rückgang im Engagement im Sport zu beobachten. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, das Ehrenamt im Sport in moderner Form

analog zu den etablierten Sportlerehrungen auf Bezirksebene zu würdigen sowie lokal zugeschnittene Förderungen für freiwilliges Engagement zu entwickeln.

Sicherheit im Sport

Sportveranstaltungen in Hamburg gelten als sicher. Das gilt überwiegend auch für den Besuch der Fußballstadien in den unterschiedlichen Ligen. Um Gewalt vorzubeugen, ziehen wir notwendigen repressiven Maßnahmen die weitere Intensivierung des Dialogs zwischen Vereinen und Verbänden, Fans, Ordnungsdiensten und -behörden, Fan- und Sicherheitsbeauftragten, Fanprojekten und der Polizei vor. Die Erfahrung im Hamburger Sport lehrt: Prävention ist oft wirksamer als Abschreckung und Bestrafung.

Wir lehnen eine Beteiligung der Hamburger Sportvereine an den Kosten der Polizeieinsätze aus Gleichheitsgrundsätzen ab. Die Wahrung der Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine originäre Staatsaufgabe, die nicht privatisiert werden darf. In den Stadien haben die Vereine ihr Hausrecht mit hinreichendem Ordnungsdienst auf eigene Kosten zu wahren. Der Profisport leistet mit seinen Steuern und Abgaben seinen Beitrag; kleinere Vereine wären völlig überfordert.

Nachhaltigkeit bei den Finanzen – Effiziente öffentliche Verwaltung

Wir Freie Demokraten stehen für eine nachhaltige Politik, die rechnen kann. Wir setzen uns für einen finanziell gesunden Staat ein, der nachhaltigem Wirtschaften verpflichtet ist. Die Politik darf nicht mehr verteilen, als die Bürger erwirtschaften. Für die Höhe der Belastung der Steuerzahler dienen wir Hamburger Liberale als Leitplanke: Die Belastung der Bürger durch direkte Steuern und Abgaben darf nie mehr als 50 % des Einkommens betragen. Deswegen haben wir erfolgreich für die Einführung der Schuldenbremse gekämpft. Dies ist eine Verpflichtung für alle Regierungen im Bund und in Hamburg.

Unser Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt, der Zukunftsinvestitionen den eindeutigen Vorzug gegenüber kurzfristig motivierten Ausgaben gibt. Die Beibehaltung eines nachhaltig doppisch ausgeglichenen Haushalts und die Entschuldung der Stadt bzw. des „Konzerns“ Hamburg haben daher für uns die höchste Priorität. Notwendige Mehrkosten müssen durch Einsparungen vollständig ausgeglichen werden. Insoweit stehen neue Maßnahmen generell unter Finanzierungsvorbehalt.

Hamburg entschulden

Es zeigt sich, dass die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse ihre Wirkung bisher lediglich im Kernhaushalt der Verwaltung entfaltet, jedoch wenig über die wirtschaftliche Lage der Stadt aussagt. In Wahrheit ist der „Konzern Freie und Hansestadt Hamburg“, das heißt der Kernhaushalt zusammen mit allen öffentlichen Unternehmen, überschuldet.

Deshalb treten wir Freie Demokraten für eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten solide Finanzpolitik ein, mit dem Ziel, die Überschuldung zunächst weiter im Kernhaushalt und bis 2050 im Konzern nachhaltig abzubauen. Das geht nur, wenn wir von der bisherigen kameralen zur doppelten Schuldenbremse übergehen und diese in der hamburgischen Verfassung festschreiben. Für den Schuldenabbau wollen wir zusätzliche Einnahmen und Zinseinsparungen zur Nettoschuldentilgung verwenden.

Über den Bundesrat werden wir verhindern, dass der Bund den Ländern weitere finanzielle Lasten über Gebühr aufbürdet – hier setzen wir auf das Bestellerprinzip: „Wer bestellt, der bezahlt“.

Um die Kontrollrechte des Parlaments zu stärken, soll die Bürgerschaft das Recht der regelmäßigen Befassung bei großen Kreditaufnahmen (> 50 Mio. Euro) öffentlicher Unternehmen erhalten. Wir werden für Transparenz im Sponsoring der öffentlichen Unternehmen sorgen und die regelhaften Zuwendungen der Stadt hinsichtlich Doppelförderung und Zweckbindung überprüfen.

Ein schlanker und leistungsfähiger Staat

Die finanzielle Konsolidierung wird nur mit systematischer Aufgabenkritik, Vermeidung von Doppelarbeit und konsequenter Digitalisierung gelingen. Deshalb werden wir eine umfassende Aufgabenkritik in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel durchführen, die Anzahl der Verwaltungseinheiten auf jeder Ebene zu reduzieren. Dabei gehören alle gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen auf den Prüfstand, um sie zu evaluieren und gegebenenfalls ersatzlos zu streichen. Wo es rechtlich möglich ist, sollen Genehmigungs- und Informationsanforderungen durch Genehmigungsfiktionen ersetzt werden.

Bei den Investitionen muss der Einsatz von Haushaltsmitteln zukünftig wieder effizienter erfolgen und damit den Haushaltsgrundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Der Personalkörper im öffentlichen Dienst steht aufgrund des demographischen Wandels vor Herausforderungen. Ein zukunftssicheres Personalmanagement ist dafür unerlässlich. Zum leistungsfähigen Staat gehört ein modernes und leistungsgerechtes Tarifsysteem für den öffentlichen Dienst, dessen Entwicklung wir vorantreiben wollen, ebenso wie die Beschränkung der Verbeamtungen auf hoheitliche Aufgaben im engeren Sinne. Die Gründung einer neuen konzerneigenen öffentlich-rechtlichen De-facto-Hausbank, der „Freie und Hansestadt Hamburg FinanzServiceAgentur AöR“ (FSA), lehnen wir Liberale ab. Wir werden ein etwaiges zukünftiges Bemühen der FSA um eine eigene Banklizenz nicht unterstützen. Ein Desaster wie bei der HSH Nordbank darf sich nicht wiederholen.

Steuer- und Gebührenpolitik mit Augenmaß

Steuern sind kein Freifahrtschein für staatliche Experimentierlust, ideologische Spielwiesen und Klientelversorgung. Steuergeld gehört den Bürgern und muss ihnen in Form von Leistungen zurückgegeben werden. Für die Kernaufgaben des

Staates stehen auch in Hamburg ausreichende Steuereinnahmen zur Verfügung.

Deutschland ist Hochsteuerland, sowohl für Bürger als auch Unternehmen. Dem steht Hamburg mit hohen Hebesätzen und Gebühren in nichts nach. Unsere Stadt muss attraktiv und bezahlbar bleiben. Deshalb wollen wir die Gewerbesteuerhebesätze in Hamburg senken und uns für eine Überprüfung der Gebührenordnungen mit dem Ziel einsetzen, dass Gebühren maximal in Höhe der verursachten Kosten erhoben werden.

Kalte Progression abbauen und Solidaritätszuschlag streichen

Über Bundesratsinitiativen werden wir uns weiterhin für die komplette Streichung des Solidaritätszuschlags und damit für die einhergehende Entlastung aller Steuerzahler sowie für den Abbau der kalten Progression einsetzen und damit die Ungerechtigkeit beseitigen, dass weniger als die Hälfte von Gehaltserhöhungen für den Arbeitnehmer zur freien Verfügung bleibt.

Zusätzliche oder höhere Steuern lehnen wir ab.

Eine echte Reform der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern

Die letzte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen war de facto nur Umverteilung und Mehrbelastung für die Steuerzahler. Diese werden wir revidieren und uns für ein föderales Finanzsystem einsetzen, das an die regionale Wertschöpfung anknüpft, Wachstumsanreize setzt, die steuerliche Eigenverantwortung der Bundesländer stärkt, die Steuerautonomie der Länder durch ein eigenes, landesspezifisches Hebesatzrecht bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer festigt und die Finanzkraft und den Wettbewerb der Länder fördert.

Digitale und leistungsfähige Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung beeinflusst mit ihren Anforderungen und Leistungen erheblich die Lebensqualität der Bürger, die Erfolgsaussichten der Wirtschaft und das Gesellschaftsbild insgesamt. Sie muss frei von politischer Einflussnahme, demokratisch legitimiert und rechtlich einwandfrei sein und im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen rechtfertigen, das diese in sie setzt. Davon hängt entscheidend ab, ob das Vertrauen der Menschen in die Leistungsfähigkeit und Neutralität des Staatswesens erhalten bleibt.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass die Metropole Hamburg in der Verwaltung höchste Qualität, Effizienz und Schnelligkeit anstrebt. Hier muss mehr getan werden. Es muss möglich sein, alle Anliegen online klären und durchführen zu können. Damit werden unnötige Termine in den verschiedenen Kundenzentren und Ämtern vermieden. Menschen sollen ihre Zeit nicht mit Warten auf staatliche Verwaltungsakte verbringen müssen. Speziell für Familien fordern wir eine Vereinfachung der Antragsstellung für die jährlichen Kita- und Betreuungsgutscheine sowie für das Kinder- und Elterngeld.

Bürgerfreundlichkeit vor Verwaltungsbequemlichkeit: Ein einziger Kontakt des Bürgers mit Verwaltungsbehörden muss ausreichen, auch wenn mehrere Behörden betroffen sind. Bürger und Unternehmen sollen nicht mehr zu verschiedenen Behörden anlaufen müssen, um etwas zu erledigen, sondern nur noch einem Anlaufpunkt erhalten, an dem alles Erforderliche erledigt werden kann – am besten online.

Die Bürger Hamburgs erwarten einen kompetenten, zügigen und freundlichen Service. Genehmigungen müssen so schnell wie möglich erteilt werden. Wo keine zwingenden Gründe vorliegen, ist auf Genehmigungserfordernisse zu verzichten. Aktive Zusammenarbeit mit Bürgern und Unternehmen ist mit heutigen Kommunikationsmitteln kein Problem mehr.

Hamburg hat zu viele Behörden. Als kleines Bundesland stehen wir an der Spitze der Behördenzahl. Das werden wir in Senatsverantwortung ändern und die Behördenstruktur in Hamburg effizienter aufstellen. Beispielsweise hat sich die Trennung von Wirtschaftsbehörde und Verkehrsbehörde nicht bewährt. Wir wollen diese Behörden wieder zusammenlegen, damit die Wirtschafts- und Verkehrspolitik aus einem Guss geplant wird. Durch diese Maßnahme werden wir beim politischen Leitungspersonal sparen. Die Ausweitung des Stellenplans der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA) gehört auf den Prüfstand. Wir werden den Zweck dieser Stellen hinterfragen, sie ggf. streichen oder die Kapazitäten auf andere Behörden verteilen, wo sie dringender benötigt werden.

Wir setzen uns für die Modernisierung der Hamburger Verwaltung durch die digitale Kommunikation als vorrangigem Kanal und weitgehende Datenvernetzung unter Beachtung von Datensouveränität ein. Zur Entlastung und Weiterentwicklung der Kundenzentrum soll das Onlinezugangsgesetz nutzerorientiert gestaltet werden. Wir wollen verstärkt moderne Berufsbilder in der Hamburger Verwaltung einführen. Wir setzen uns dafür ein, jede behördliche Dienstleistung in elektronischer Form über das Internet bereitzustellen. Termine beim Kundenzentrum sollen zur Ausnahme werden.

Es soll aber weiterhin die Möglichkeit geben, Verwaltungsdienstleistungen vor Ort zu erhalten. Terminvereinbarungen sind daher auch per Telefon oder direkt im Kundenzentrum zu ermöglichen.

Die Amtssprache in der Verwaltung muss verständlich, lesbar und (maschinen-)vorlesbar bleiben. Wir erwarten weiterhin von allen öffentlich-rechtlichen Institutionen die Anwendung der amtlichen deutschen Rechtschreibung, wie sie auf Beschluss der Ministerpräsidenten zum 1. August 2006 für alle Behörden und Schulen in Kraft getreten ist und vom Rat für deutsche Rechtschreibung fortgeschrieben wird. Wir werden die Anwendung dieser amtlichen Rechtschreibung im Rahmen der Weisungsbefugnisse und Einflussmöglichkeiten durch die Politik in staatlichen Institutionen und Bildungseinrichtungen sowie öffentlichen Unternehmen für deren Kommunikation und im Unterricht sicherstellen.

Damit auch Unternehmen und Menschen aus anderen Ländern in Deutschland Innovation und Wachstum schaffen können, muss die Verwaltung weltoffener agieren. Dies erfordert nicht nur eine Kommunikation auf Deutsch, sondern insbesondere auch auf Englisch. Wir wollen Englisch deshalb landesweit als weitere Verwaltungssprache einführen.

Wir Liberale wollen Paaren die Eheschließung in den Standesämtern erleichtern, denn die Vorfreude auf einen der schönsten Tage des Lebens soll nicht durch die frustrierende Terminsuche getrübt werden. Auf einer gemeinsamen Internetseite auf hamburg.de sollen alle Standesämter inklusive möglicher Außenstellen übersichtlich aufzufinden sein und Termine zentral vergeben werden.

Stichwortverzeichnis

A

Abbau der kalten Progression 88
Abfallentsorgung 56
Abschiebehaf 60
Active City-Strategie 82
Agrarbetriebe 18
Aktienmärkte 43
Allgemeinbildende Schulen 40
Alsterlauf 52
Ampelschaltung 34
Anerkennung ausländischer Abschlüsse 64, 77
Anschlussversorgung wohnungsloser Menschen 67
Antisemitismus und Rassismus 46
Antiterrormaßnahmen 57
Anwendung der amtlichen deutschen
Rechtschreibung 90
Arbeitsbedingungen für Hebammen 82
Arbeitsmarkt 15, 20, 60, 62, 78
Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete 63
Arbeitsplätze 8, 14-17, 26, 29
Artenschutz 49, 52
Aufforstung 51
Aufgabenkritik 60, 87
Aufstieg durch Bildung 38
Ausbildung zum Krankenpflegehelfer 78
Ausbildungsberufe 49
Ausbildungsstandort 6
Ausbreitung invasiver Arten 53
Ausgleichsmaßnahmen 19, 51
Auslands- und Auslandsstipendien-Programme 71
Auslaufwiesen für Hunde 53
Außengastronomie 17-18, 24, 25
Auszubildende 6, 25, 74
Auto 6, 31, 44
Autobahn 12, 28, 34
Autofahrer 28, 31
Automatisierte Gesichtserkennung 59
Autoverkehr 29, 31

B

Bahnhof Bergedorf 37
Bahnhof Altona 37
Barrierefreiheit 24, 37, 66
Bauanträge 21
Baugenehmigung 5, 21-22
Baugenossenschaften 20
Baukosten 21-22, 27
Baum-, Beet- und Grünstreifenpatenschaften 51
Baumschutzverordnung 49
Baurecht 21-22
Baustellen 6, 34
Beauftragte für Kinder- und Jugendschutz 65
Bebauungsplan 20, 22
Behörden 17, 53, 55-56, 60, 64, 89-90

Belastungsmoratorium 4-5
Beleuchtungsprogramm 56
Berufsausbildung 49, 77
Berufsorientierung 6, 48
Beschränkung der Verbeamtungen auf hoheitliche
Aufgaben 88
Bestellerprinzip 87
Beteiligungen 18
Betreuungsschlüssel 38-39
Bewässerungssysteme 49
Bewohnerparken 29-30
Bezirksverwaltung 5, 6, 9, 17, 21, 30, 32-33, 60, 62, 66,
80, 84-85
Bezirklicher Ordnungsdienst 52, 56, 86
Bildung 6, 22, 27, 38-39, 42-49, 67, 72, 77, 82
Biodiversität 52
Biometrische Gesichtserkennung 59
Bleibeperspektive 60
Blockchain 8, 16-17
Bodenpolitik 20
Bodenversiegelung 52
Branchen 6, 9, 14-16
Brötchentaste 24
Brücken 12, 28
Bundesstraßen 34-35
Bundeswehr 58
Bürger- und Menschenrechte 58
Bürgernahe Beamte 56
Bürokratie 5, 21, 24, 41, 62, 77, 81

C

Clublandschaft 74-75
Cluster 8, 9, 13
Containerumschlag 10
Containerverkehr 11
Cyber-Sicherheit 43, 56

D

Dach- und Vertikalbegrünung 49
Daseinsvorsorge 18
Datenschutz 5, 43, 60
Dedicated Terminals 12
Demokratiebildung 43
Denkmalschutz 76
Deutschlandtakt 9
Dienstleistungen 4, 9, 14-15, 30, 68
Digitale Kommunikation 4, 9, 39, 42, 89
Digitales Lehren und Lernen 42
Digitalisierung 9, 15, 24, 32-33, 39, 42, 49, 60, 70, 76,
81, 87
Doktorandenförderung 70
Dokumentations- und Erinnerungszentrum 74
Drogen- und Suchtpolitik 82
Drogenhandel bekämpfen 82

E

Eheschließung 90
Ehrenamt 57, 86
Einmal-Prinzip 60
Einsatzkräfte 56-57
Einzelhandel 17, 29-30
Elbtower 26
Elektronische Aktenführung 60
Eltern von Sternenkindern 80
Emissionshandel 54
Energie 4, 8, 13-15, 17
Entschuldung der Stadt 87
Entsiegelung 53-54
Erbbaurecht 20, 22
Erhaltensverordnungen 23
Erinnerungskultur 74
Ersatz- bzw. Ausgleichspflanzungen 51
Erste Hilfe 57
Erzieherausbildung 39
E-Scooter 38
Europa 7, 12, 16, 29
Extremismus und Terrorismus 58
Exzellenz und Leistungsfähigkeit der Hamburger
Hochschullandschaft 68, 71
Exzellenzinitiative Berufliche Bildung 49

F

Fachkräfte 4, 6, 7, 15, 20, 42, 60, 63-64, 77-78
Fachkraft-Kind-Schlüssels 38
Fähren 37
Fahrrad 29, 31-32, 37, 44
Familien stärken 64
Fehlbelegungsabgabe 23
Fehmarnbelttunnel 8, 12, 29
Fernstraßen 34-35
Fernwärmenetz 14
Festivals 72, 75
Feuerwehr 57
Finanzierungsvorbehalt 87
Flächenreserven 20
Flächenversiegelung 20, 51
Flaniermeile 26
Flüchtlingszentrum Hamburg 62
Flughafen 13, 32
Förderung mentaler Gesundheit 46
Forschung 4, 7-8, 14, 16, 27, 53, 68, 70-71
Frauenhäuser 59, 68
Freigängerkatzen 53
Freihafen 13
Freihandel 15
Freiheit 7, 28-29, 33, 58, 65, 68, 70
Freiräume für Lehrkräfte 41
Freizeiteinrichtungen 19, 23
Frühkindliche Bildung 38-39
Fußgänger 26, 29, 31-34

G

Gastronomie 17-18, 24, 29, 66
Gebäudemanagement 71
Gedenkstätten 46
Gemeinsamen Europäischen Asylsystems 60
Genehmigungsfreiheit 20
Genussstadt 25
Gerichte 58
Geschützte Kreuzungen 31
Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen 56
Gesundheitsprävention im Öffentlichen Dienst 82
Gesundheitsversorgung 77-78
Gesundheitswirtschaft 8, 15, 81
Gewässer 49, 52
Gewerbeflächen 5
Gleitzeitmodell beim Schulbeginn 47
Global Active City 83
Graffiti 75
Grillflächen 24, 52
Großbauprojekte 26
Großveranstaltungen 17-18, 84
Grunderwerbsteuer 22
Grundrechte 58, 76
Grundschule 41-42
Grundsteuer 22
Gründungsoffensive 7
Grüne Welle für Retter 57
Grünflächen 26, 29, 49, 52, 55
Gymnasien 48

H

Hafen 5, 7, 9-13, 15, 25, 28-29
HafenCity 24-25
Hafenentwicklung 12
Hamburg entschulden 87
Hamburg radelt 44
Hamburg räumt auf 44
Hamburger Akademie der Wissenschaften 70
Hamburger Berufsschulen 49
Hamburger Museen 72
Hamburger Schulgesetz 41
Hamburger Sternwarte 72
Hamburger Unterkünfte 62
Hamburgisches Polizeirecht 57
Handel 5, 7, 14, 24
Handlungsfähige Justiz 58
Handwerk 4-6, 30, 49
Hauptbahnhof 25, 32, 36-37, 55
Hauptverkehrsstraßen 27-29, 31
Haushaltsführung 18, 87
Häusliche Gewalt 68
Hinterlandanbindung 28-29
Hochbegabung 45-46
Hochgeschwindigkeitsstrecke 29
Hochschulen 8, 15-16, 68, 70-72
Holstenquartier 26-27
Housing First 67

HVV 26, 37-38

I

Industrie 4-7, 14, 20
Informatikunterricht 43
Infrastruktur 4, 8-9, 12, 24, 27-28, 32-34, 36, 42, 49, 54-56, 62, 64, 77
Inklusion 45-46
Innenstadt 19, 24-25, 56
Innovation 4, 8, 16-17, 54, 68, 70, 90
Integration 24, 26, 45, 55, 60, 62-64, 78
Internationale Beziehungen 7
Internationalen Vorbereitungsklassen 41
Investoren 20, 23, 79, 84
Islamisten 58

J

Jagd 53
Jugend im Parlament 66
Jugendhilfeausschüssen 66
Jugendstrafvollzug 60
Juristische Ausbildung 72
Justizvollzugsfrieden 60

K

Kältebus 68
Katastrophenschutz 53
Kindergesundheit stärken 80
Kinderrechte im Grundgesetz 66
Kinderschutz im Internet 65
Kinderspielplätze 65
Kindertagespflege 39
Kinderwunschbehandlung 80
Kita 38-41
Kleines Sorgerecht 65
Klimaschutz 22, 43, 49, 51, 54-55
Köhlbrandbrücke 28
Kontrollrechte des Parlaments 87
Konzerthalle 72
Koordinationsstelle für die individuelle Unterbringung 65
Krankenhäuser 77, 79, 81
Krankenversicherung 80
Kreativwirtschaft 8, 15, 75
Kreisverkehre 31, 35
Kreuzungen 26, 31-33, 35
Kriminalitätsschwerpunkte 55-56
Kriminalitätsstatistik 55
Kulturmetropole Hamburg 72
Kulturticket 74
Künstliche Intelligenz 8, 16, 49

L

Ladeinfrastruktur 30
Landesamt für Verfassungsschutz 58

Landessportamt 84
Landschaftsschutzgebiete 51, 54
Landwirtschaft 18-19
Langzeitstudierende 72
Lebendige Innenstadt 19, 25
Lebenslanges Lernen 72
Lebensqualität 17, 19, 23-24, 26, 28-29, 34, 52, 54, 67, 88
Lebensraum für Insekten 52
Lebenswerte Quartiere 19, 23
Lehramtsstudium 44
Lehrerarbeitszeit 45
Lehrkräfte 41, 42, 44-47, 62, 71
Leitsysteme für Blinde 37
Lernentwicklungsgespräche 41
Lernmittel 42
Lernorte 41
Lernumfeld 42
Lesen als Kulturtechnik 75
Leuchtturmprojekte 8, 15
Liberale Seniorenpolitik 66
Liberalisierung des Bestattungsrechts 60
Lichtverschmutzung 53
Lieferzonen 24
Literaturbel 76
Logistik 8, 17
Long- und Post-Covid-Kompetenzzentrum 79
Luft- und Raumfahrtindustrie 15

M

Magistralen 27
Marktwirtschaft 4, 18
Maschinenbau 15
Medien 8, 39, 42-43, 47-48, 70, 76
Mehrgenerationenhäuser 66
Melde Michel 56, 75
Mentale Gesundheit 47
Metropole 6, 7, 13, 18-19, 26, 64, 72, 81, 89
Metropolregion 8, 12-13, 15, 19, 28, 34, 36
Migration 60
MINT 39, 41, 49
Mittelstand 4-6
Mobilität 13, 28-30, 33-34, 38, 66
Modellregion für das digitale Gesundheitswesen 81
Mönckebergstraße 25
Moore 51, 54
MSC-Deal 10-11
Mülltrennung 44
Müllvermeidung 44, 52
Multifunktionale Sportstätten 84
Musical 17, 72

N

Nachbarn 7
Nachhaltigkeit 4, 13, 17, 33, 86
Naherholung 49, 51

Nahversorgung 18, 24
Natürliche CO₂-Senken 54
Naturschutz 19, 49, 51, 54
Netzausbau 13, 30
Neue Technologien 4, 13
Norddeutscher Verkehrsverbund 37
Norddeutschland 12, 28, 36
Nordeuropa 15

O

Obdachlosigkeit 67-68
Oberbillwerder 27
Obstbäume 49
Offene Kinder- und Jugendarbeit 65
Öffentliche Datenbanken 68
Öffentliche Unternehmen 18
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk 77
Öffentlich-rechtliche Unterbringung 64
Ökologische Modernisierung 4
Olympische und paralympische Sommerspiele 82-83
One-Stop-Shops 21
Online-Klagen 60
Online-Studienangebot 70
Opferschutz 57, 59-60
ÖPNV 29, 32, 35-37, 66
Orte des jüdischen Lebens 46

P

Paketzustellung 24
Palomaviertel 26, 75
Parkerlaubnis 6
Parkplatzmanagement 29, 34, 78
Pendelverkehr 28, 30, 38
Planetarium 42
Poetry Slams 76
Politikunterricht 43
Polizei 55, 56, 59-60, 86
Polizei-Messenger 56
Praktika 39, 42, 48, 63-64
Produktionsstandort für Filme und Serien 76
Psychologische Unterstützung für Gewaltopfer 59
Psychologische Täterarbeit 68
PV-Potenziale 55

Q

Quartiere 6, 23-24, 26, 40, 49, 56
Quartiersdichte 20
Quartiersgaragen 30
Quartierszentren 24, 27
Quellen-TKÜ 59

R

Radfahrer 28, 30-34
Rasselisten für Hunde 53

Rechtsstaat 58
Reedereien 10-12, 14
Reform der Finanzbeziehungen 88
Reform der Studienstufe 47
Reform des Bildungsföderalismus 47
Regionalligastadion 84
Religionsunterricht 41-42
Resozialisierung 60
Rettungsdienst modernisieren 79
Rundfunkbeitrag 77

S

Sanierung 9, 28, 32-33
Sauberkeit 25, 52, 55-56
Schienennetz 9, 12, 28-29, 35-37
Schlanker und leistungsfähiger Staat 87
Schuldenbremse 86-87
Schuleingangsuntersuchungen 80
Schülerausweis 48
Schulkantinen 44
Schulpsychologische Betreuung 46
Schulsanitätsdienst 57
Schulstrukturfrieden 47-48
Schutz der Kinder von suchtkranken Eltern 65
Schwammstadt 51
Schwimmunterricht 40
Science City 26-27
Selbstverantwortete Schule 41
Senioren 20, 24, 33, 66-67
Shoppingcenter 24-25
Sicherheit 4, 9, 14, 25, 29, 31, 33, 40, 54, 55-56, 67, 86
Soziales Miteinander 4, 64
Spediteure 9, 12
Spielplätze 24
Sport 17, 19, 23-25, 27, 44, 62, 82, 84-86
Sportförderung 85
Sportunterricht 47, 82
Sprachförderung 38, 41, 45, 62
Staatsanwaltschaft 58
Staatskirchenverträge 42
Stadtentwicklung 21, 26, 53
Städtepartnerschaften 7
Stadtklima 49, 54-55
Stadtreinigung 49, 52, 56
Stadtteile 18-19, 23-24, 27, 36, 38, 66, 78, 84
Stadtteilkultur 72
Stadtteilschulen 48
Standort Hamburg 2, 4, 7, 14-15, 56, 72
Starkregenereignissen 51, 53
Startchancen-Programm für Kitas 38
Startchancen-Programm für Schulen 38, 40
Stationäre Versorgung in den Krankenhäusern 79
Stellplatzangebot 29
Steuer- und Gebührenpolitik 88
Steuern 4, 16, 86, 88
Straße 12, 25, 28, 31-32, 67
Straßenzustandsbericht 33
Streichung des Solidaritätszuschlags 88

Stromnetze 13
Studienstandort Hamburg 71
Subventionen 7, 14

T

Tagespflegekräfte 39
Technologieoffenheit 36, 70
Tempo 30 29
Tiere in der Stadt 50
Tierschutz 53
Tor zur Welt 6
Tourismus 8, 17-18
Trennung von Staat und Kirche 42

U

U- und S-Bahnlinien 36
Überflutungsschutz 53
Überwachungsbefugnisse 59
Überwachungskonzepte 56
Uferzonen 52
Umleitungen 35, 66
Umwelt 44, 50-53, 55, 89
Umwelterziehung 43
Umwidmung der Blauen Moschee 74
Universitäre und militärische Forschung 70
Unterhaltsvorschussgesetz 64
Unternehmen 4, 6-9, 12-17, 43, 51, 68, 78, 87-90
Unterrichtsausfall 45
Unterrichtsfreie Tage 47
Unterrichtsqualität 45, 48

V

Veloroutenplanung 31
Verbindungsbahn-Entlastungstunnel 37
Verkehrsfluss 29, 31, 34-35
Verkehrsmittel 6, 28-29, 31-33, 66
Verkehrsplanung 28, 35
Verkehrspolitik 28, 66, 89
Vernetzung der Hochschulen 70
Versammlungsfreiheit 59
Versickerung 53-54
Versiegelung von Böden 51

Versorgungssicherheit 13, 20
Versorgungszentren 19, 79
Verwaltung 4-6, 17, 37, 60, 82, 84, 86-90
Volksbefragung 11
Vorratsdatenspeicherung 59
Vorschule 41

W

Wachstum 4, 90
Wärmekartierung 54
Wasserqualität 52
Wasserstoff 13-15, 54
Wasserstofffahrzeuge 30
Wehrhaftigkeit der Deiche 53
Weiterbildung 38, 45, 63, 70, 77
Wertschöpfung 5, 13-14, 88
Wettbewerb 4-5, 7-10, 12, 14, 27, 71, 77, 80, 88
Wiesen 49, 52
Wildtiere 53
Windkraft 15
Wirtschaft 4-9, 14-17, 20, 29, 60, 68, 70, 76, 82, 88
Wirtschaftsverkehr 13, 24
Wissenschaft 7-8, 15, 17, 27, 68, 70, 71, 74
Wissenstransfer 4
Wochenmärkte 23
Wohlstand 4, 8-9, 17, 25, 68
Wohneigentum 20, 22-23
Wohnheime für Auszubildende 49
Wohnheime für Studierende 72
Wohnraum 6, 19-23, 25, 27-28, 67, 78
Wohnungsbau 5, 19-23, 27, 33, 78
Wunschgroßelternschaft 66

Y

Young Active City 84

Z

Zentralabitur 47
Zertifikatehandel 14
Zielbetreuungsquote 39
Zu Fuß zur Schule 44
Zukunftstechnologien 8-9, 54